

Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen
und Sozialisten
Deutschlands e.V.

CuS 4/19 – Sonderausgabe

Dezember 2019 · 72. Jahrgang
Einzelverkauf 7,- €

**CHRISTIN
CHRIST UND
SOZIALISTIN
SOZIALIST**

CuS

Basistexte des Religiösen Sozialismus

Ausgewählte Texte aus Christ*in und Sozialist*in

KREUZ UND ROSE



IMPRESSUM

**CuS. Christin und Sozialistin/
Christ und Sozialist. Kreuz und Rose.**
Blätter des Bundes der Religiösen
Sozialistinnen und Sozialisten Deutsch-
lands, erscheint seit 1948.

Herausgeber:

Bund der Religiösen Sozialistinnen und
Sozialisten Deutschlands e.V., gegrün-
det 1919/1926

Vorstand:

Gerhard Fuchs-Kittowski, Jürgen
Gorenflo, Sabine und Andreas Herr,
Thomas Kegel

Redaktion:

Thomas Kegel (v.i.S.d.P.)
Oeltzenstr. 16, D-30169 Hannover
Tel.: +49/(0)5 11/34 08 92 53
E-Mail: brsd.nord@mailbox.org
Wilfried Gaum, Jürgen Gorenflo,
Thomas Kegel

Textauswahl:

Dr. Reinhard Gaede, Anneke und
Florian Ihlenfeldt, Thorsten de Jong
und die Redaktion

Redaktions-Beirat:

Friedrich-Wilhelm Bargheer, Blomberg
Volker Beckmann, Herford
Reinhard Gaede, Herford
Wilfried Gaum, Hannover
Jürgen Gorenflo, Norderstedt
Dietlinde Haug, Bad Oeynhausen
Dieter Hönerhoff, Bielefeld
Elmar Klink, Bremen
Helmut Pfaff, Frankfurt

CuS/BRSD im Internet:

www.BRSD.de

Webmaster:

Thomas Kegel, Hannover

Abonnements:

Erscheint mit ca. 3 Ausgaben im Jahr –
auch als PDF-Datei abonnierbar
Bundessekretariat, Andreas Herr,
Effnerstr. 26, D-85049 Ingolstadt,
brsd-sued@gmx.de

Preise:

Einzelheft: € 7,-, Jahresabonnement,
Inland: € 20,-, Welt: € 30,-, Förder-
abonnement € 25,- oder mehr.
Kündigungen werden zum Jahresende
wirksam. Bitte überweisen Sie den
Betrag jeweils zum Jahresbeginn an
den BRSD e.V., KD-Bank,
IBAN DE15 3506 0190 2119 4570 10,
BIC GENODED1DKD

Gestaltung & Layout:

Thomas Biedermann, Kreativ-Schmie-
de, Hamburg, www.kreativ-schmie-

Druck:

Harald Hermann Offsetdruck,
Ingolstadt

ISSN 0945-828-X

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	1
Zur gegenwärtigen Situation des BRSD	2
Reinhard Gaede	
Leitsätze für die Arbeit des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. (BRSD)	5
Erwin Eckert	
Was wollen die Religiösen Sozialisten?	18
Martin Buber	
Drei Sätze eines Religiösen Sozialisten	23
Clara Ragaz-Nadig	
Die Frau und der Friede	25
Ein Wort der religiös-sozialistischen Internationale über Nationalismus und Faschismus an die europäi- sche Christenheit	26
Helmut Gollwitzer	
Warum bin ich als Christ Sozialist?	36
Reinhard Gaede	
Wirtschaftsordnung des demokratischen Sozialismus ..	42
Franz Segbers	
Autoritärer Kapitalismus und Schuldenerlass	44
Paul Tillich, Carl Richard Wegener	
Der Sozialismus als Kirchenfrage	55
Hamideh Mohagheghi	
Was verbindet uns, was trennt uns	56
Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Geld	62
Internationale Liga religiöser Sozialistinnen und Sozialisten – ILRS	64
Satzung des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. (BRSD)	67

Vorwort

Unter der roten Fahne mit schwarzem Kreuz trafen sich vom 1. bis 5. August 1926 mehr als einhundert religiöse Sozialist(inn)en, meist aus Baden und Württemberg. Damit war aus der seit 1924 bestehenden »Arbeitsgemeinschaft« süddeutscher und norddeutscher Gruppen der Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands geworden.

Der Bund sollte sich in Landesverbände gliedern. Zur Bundesleitung gehörten die Pfarrer Erwin Eckert (geschäftsführend), Emil Fuchs und der Gewerkschaftssekretär Bernhard Göring. Ihr Organ war das »Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes«. Ihre Kundgebung enthielt ein Bekenntnis »zur Bewegung des internationalen Sozialismus« und die Erklärung der Verbundenheit »mit dem arbeitenden Volk, seinen Parteien und freien Gewerkschaften«. Ihr Protest richtete sich gegen Verhältnisse, in denen »Geld alles und der Mensch nichts bedeutet«. Innerhalb der Kirche wollten sie dafür kämpfen, dass »die Grundsätze des Christentums durchgeführt werden auch in den öffentlichen Ordnungen des Daseins: Gerechtigkeit unter den Menschen, Friede auf Erden und allen Volksgenossen Freude und volles Genüge.« »Durch das Evangelium zum Sozialismus! Durch den Sozialismus zum Evangelium!« lautete die Losung.¹⁾

90 Jahre nach der Gründung des BRSD geben wir »Basistexte zur Geschichte, zur

gegenwärtigen Situation und zur Organisation« heraus, nachdem die Hefte in der Auflage von 1985 und 1991 vergriffen sind.

Liebe Leserinnen und Leser! Wir freuen uns über Euer/Ihr Interesse und hoffen, dass die Texte dieser Broschüre Anregungen geben. Ein Teil der Texte war bisher in den Ausgaben 1985 und 1991 enthalten, andere wurden durch solche ersetzt, die besonders interessant schienen.

An Nachfragen und Vorschlägen sind wir sehr interessiert und würden uns freuen, wenn durch die Lektüre der folgenden Artikel das Interesse am Religiösen Sozialismus, unserem Bund und unserer Zeitschrift ChristIn und SozialistIn (CuS) bestärkt würde.

Die in unserer Liste von Anschriften angegebenen Kontaktpersonen stehen gern für Auskünfte zur Verfügung.

Herford im Juli 2016



Dr. Reinhard Gaede

1) vgl. CuS 23/2011 »85 Jahre BRSD«

Anm. d. Red.: Das Heft gibt einen Stand der Diskussion zum 90-jährigen Bestehen des BRSD wieder. Die Red. plant ein Heft, das den aktuellen Diskussionsstand 2020 wiedergibt. Ein Erscheinungstermin ist noch offen.

Zur gegenwärtigen Situation des BRSD

Reinhard Gaede

Der BRSD ist überparteilich und ökumenisch orientiert. Seine Mitglieder engagieren sich in Kirchen, Gewerkschaften, Parteien Vereinen und verschiedenen Gruppen. Es gibt mehr evangelische als katholische Mitglieder. Jedoch werden wir im Bereich der katholischen Kirche durch die Initiative Kirche von Unten (IKvu) vertreten, bei der wir Mitglied sind.

Vernetzt sind wir auch durch Mitgliedschaft mit dem Ökumenischen Netz in Deutschland (ÖNiD) und deren Mitgliedsgruppen Kairos Europa, Oikocredit, (ehemaliger Name Ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft). In der Schweiz sind Religiöse Sozialist(inn)en und Christ(inn)en für den Sozialismus (Cfs) fusioniert, die es auch in Deutschland gibt und denen wir uns partnerschaftlich verbunden fühlen. Eine Kooperation auch mit dem ihnen nahe stehenden Institut für Religion und Politik ist ganz in unserem Sinne. Auch mit der Solidarischen Kirche von Westfalen besteht eine Kooperation. Seit der Weimarer Zeit gibt es eine Verbindung und eine gemeinsame Tradition mit den Bruderhöfen.

Denn Mitarbeit in den Massenorganisationen ebenso wie das Wohnen in Lebensgemeinschaften, in Produktions-, Konsum- und Wohngenossenschaften gehört zur religiössozialistischen Tradition. Im politischen Bereich sind wir Mitglied bei Attac.

Religiöse Sozialist(inn)en – der Name ist eine allgemein anerkannte Bezeichnung, bedarf aber immer noch der Erklärung. Andere Namen wie ChristlichSoziale oder

EvangelischSoziale waren durch konservative und liberale Parteien und Gruppen besetzt. Eine Partei wollten die religiösen Sozialist(inn)en nie sein. Aber der Name bot sich an, weil zur Gründerzeit in den 20er Jahren der Bund offen sein wollte für die Mitgliedschaft von Jüdinnen und Juden. Martin Buber war der bekannteste Vertreter. Es war auch eine Kampfansage an den vorherrschenden Antisemitismus.

Nach dem Krieg gab es Namen wie Arbeitskreis für Christentum und Sozialismus. Zusätzlich wurde auch der Name Gemeinschaft für Christentum und Sozialismus geführt. Auf diesen hat die Mitgliederversammlung am 7.9.1980 verzichtet. Heute ist der Name wieder wichtig, weil der Dialog mit Jüdinnen und Juden, mit Muslimas und Muslimen geführt werden sollte.

Kreuz und Rose – unser Symbol. Kreuz und Rose war seit unserem Aufbruch 1976 das Symbol, getragen auf Buttons, Aufklebern, Holz-Ansteckern.

Nach einer Diskussion im Vorstand und Redaktionsbeirat schien uns das Symbol geeignet. So wird es nicht nur gelegentlich im Bild gezeigt, sondern auch im Wort angesagt als Einladung zur Meditation, auch für Fernerstehende. Das Kreuz – eigentlich ein »Skandalon«, »Ärgernis« (Luther) – ist doch Zeichen der »Kraft und Weisheit« Gottes (1. Kor. 1,23.24), Zeichen der Versöhnung Gottes mit den feindseligen Menschen durch die opferbereite Liebe Jesu Christi. Es enthält die »Botschaft von der Versöhnung« für die in Klassen, feindselige Nationen und Religionsgruppen oft tief gespaltene Welt. Das Kreuz versammelt Christinnen und Christen.

Die rote Rose ist Symbol für den Sozialismus, der das alte christliche Symbol der Paradieses Rose aufnahm. 1911 wurde in Schweden die rote Rose zum offiziellen Symbol des Maifeiertags erkoren. 1912 entstand das Lied Bread and Roses während des großen Streiks der Arbeiterinnen in den Textilfabriken von Lawrence, Massachusetts/USA. Die Sozialistische Internationale, die Sozialdemokratische Partei Europas und die Jusos zeigen die Rose. Die Religiösen Sozialisten in Norwegen baten darum, unser Symbol Kreuz und Rose, etwas verändert, auch übernehmen zu dürfen. Mit der roten Rose zeigen wir Solidarität mit der Arbeiter(innen)bewegung und dem Sozialismus. In christlicher Perspektive wird das Kreuz zum Lebensbaum, der Blüten und Früchte trägt, wie in der Tradition der Basisgemeinden Lateinamerikas.

Der Bund ist, wie die Satzung schreibt, Mitglied bei der International League of Religious Socialists (ILRS)¹. Besonders beteiligen sich zurzeit an den Konferenzen der ILRS Gruppen aus Schweden, Finnland, Norwegen, den Niederlanden, Spanien, Deutschland, Österreich und der Schweiz. Eine große Gruppe in England hält sich zurzeit abseits. Frühere Verbindungen nach Osteuropa und Südafrika sind unterbrochen.

Seit der Bodensee-Konferenz in Bregenz im Juni 2013 ist die Verbindung mit der Arbeitsgemeinschaft Christentum und Sozialdemokratie (ACUS) in Österreich (Organ: Kommentar. Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Christentum und Sozialdemokratie) und der Religiös-Sozialistischen Vereinigung der Deutschschweiz (RESOS. Organ: Neue Wege. Beiträge zu Religion und Sozialismus und resos.ch. Bulletin) gewachsen. Die schweizerische

Bewegung ist die ältere Schwester unserer Bewegung. Im Internet² ist die Zeitschrift Neue Wege seit der ersten Nummer 1906 einsehbar.

An den evangelischen Kirchentagen und seltener bei den Katholikentagen (hier im Rahmen der Initiative Kirche von unten, IKvu) nehmen wir seit vielen Jahren mit Informationsständen und Veranstaltungen teil. Hier treffen sich auch unsere Mitglieder und Leser(innen) unserer Zeitschrift Christ(in) und Sozialist(in) (CuS), und es entstehen neue Kontakte mit verwandten Gruppen.

Unsere Zeitschrift CuS wirkt über den Kreis unserer Bundesmitglieder hinaus. Sie erscheint zurzeit dreimal im Jahr, wobei meist die mittlere eine Doppelnummer ist. Sie ist die wichtigste Verbindung zwischen ihren Lesern und Leserinnen, die von den kleinsten Dörfern bis zu den größten Städten in Deutschland verstreut wohnen. Sie hat zurzeit ca. 84 Seiten, wird herausgegeben vom Vorstand, und die Redaktion wird unterstützt vom Redaktionsbeirat. Sie erscheint zurzeit in einer Auflage von 300 Exemplaren. 150 Exemplare gehen an Mitglieder des BRSD und an Abonnent(inn)en, 150 Exemplare werden frei verkauft oder sind als Werbeexemplare gedacht.

Vergriffene Ausgaben können zum Teil auf der Homepage eingesehen werden.

Unsere Homepage BRSD.de versucht, eine größere Öffentlichkeit zu erreichen durch neue Beiträge, historische Texte und Vorstellung sowie Online-Ausgaben von CuS.

Unsere Jahrestagung ist nach wie vor unsere wichtigste Veranstaltung auf Bundesebene. Referate geben Impulse für ein aktuelles Thema. Die Teilnehmenden genießen die Zeit in Gesprächen und Gesel-

ligkeit. Öfter sind Resolutionen zu aktuellen Themen herausgegeben worden.

Für die Zukunft wäre die Bildung von überregionalen Arbeitsgruppen über zentrale Themen (wie Frieden, Gerechtigkeit, Arbeit, Integration von Flüchtlingen etc.) wichtig. Frühere Arbeitsgruppen litten unter der weiten Entfernung zwischenden Teilnehmenden. Heute kann der Kontakt über das Internet helfen. Auch die Grün-

dung von Leser(innen)-Gruppen um die aktuellen Ausgaben von CuS ist wünschenswert. Das war die Praxis in der Weimarer Zeit. Über regionale Gruppen des BRSD spricht die Satzung. Wir würden uns über die Gründung von mehr regionalen Gruppen freuen.

1 ilrs.net

2 <http://www.eperiodica.ch/digbib/volumes?UID=new001>

*das könnte manchen herren so passen
wenn mit dem tode alles beglichen
die herrschaft der herren
die knechtschaft der knechte
bestätigt wäre für immer*

*das könnte manchen herren so passen
wenn sie in ewigkeit
herren blieben im teuren privatgrab
und ihre knechte
knechte in billigen reihengräbern*

*aber es kommt eine auferstehung
die anders ganz anders wird als wir dachten
es kommt eine auferstehung die ist
der aufstand gottes gegen die herren
und gegen den herrn aller herren: den tod*

Kurt Marti, Leichenreden, lucherhand, 1969, 4. Aufl., S. 65

Leitsätze für die Arbeit des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. (BRSD)

1. Einleitung: Allgemeine Zielsetzung

1.1. Als Christinnen und Christen sind wir Teil einer Bewegung, die auf Sozialismus zielt. In unserer Arbeit nehmen wir Bezug auf biblische Traditionen und Erfahrungen. Wo Menschen für eine gerechte und humane Gesellschaft kämpfen und sich nach Befreiung von Unterdrückung sehnen, erkennen wir die Hoffnung auf das Reich Gottes, von der der Schweizer religiöse Sozialist Leonhard Ragaz sagt: »Gottes Reich ist nicht von dieser Welt, aber für diese Welt!« Wir wissen: Das Reich Gottes ist uns nicht verfügbar. dennoch ist es unsere Aufgabe, daran mitzuarbeiten. Den Weg des Sozialismus sehen wir als eine unserer Möglichkeiten, am Reich Gottes mitzuarbeiten.

1.2. Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaftsordnung, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen. Richtschnur dieser Praxis ist für uns das Evangelium und das verheißene Reich Gottes.

Die Bibel spricht von dem Gott, der aus Unterdrückung und Ausbeutung befreit, der Unrecht anprangert und Gerechtigkeit will, der »die Mächtigen vom Thron stößt und die Erniedrigten aufrichtet«. Jesus von Nazareth hat das »Reich Gottes« für diese Erde verkündet.

1.3. Wo wir als Christinnen und Christen innerhalb von Kirchen und Religionsgemeinschaften leben, achten wir darauf, dass sich in ihnen die folgenden biblischen und theologischen Impulse durchsetzen können:

- Option für die Armen (d.h. unter anderem Zuwendung zu den gesellschaftlich Ausgegrenzten und Hinwendung zum Fremden)
- Bewahrung der Schöpfung
- gesellschaftliche Arbeit in der Nachfolge Jesu und der Jesusbewegung.

In ihrer Geschichte haben sich die Kirchen aller Bekenntnisse nur selten auf die Seite der Unterdrückten und Entrechteten gestellt und dadurch das Evangelium verfehlt. Das Erbe der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten nach 1918, die ökumenische Bewegung und die Bekehrung weiter Teile der Kirchen »durch die Armen« im Zusammenhang der »Theologie der Befreiung« in den letzten Jahrzehnten führte inzwischen in den Kirchen, die sich in ihrer Geschichte so gleichförmig dem Kapitalismus angepasst haben, zu einer Öffnung, die zu einer grundlegenden Erneuerung führen kann.

1.4. Als religiöse Sozialistinnen und Sozialisten sind wir für alle theologischen Richtungen offen, die keinen Absolutheitsanspruch erheben und sich einem rationalen Diskurs nicht verschließen.

Theologien und Kirchen dürfen nicht hinter die bürgerliche Aufklärung zurückfallen, wie es in den christlichen Kirchen leider von fundamentalistischen Gruppen angestrebt und versucht wird. Dogmatismus, Fanatismus und moralischen Rigorismus lehnen wir ab.

Innerhalb der sozialistischen Bewegung geben Christinnen und Christen darauf acht, dass nicht »der Zweck die Mittel

Die Vorläufigen Leitsätze unseres Bundes stellen den theologisch-politischen Konsens unseres Bundes dar und bestimmen Ziel und Weg der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten.

Sie wurden über zwei Jahre in Gruppen und auf Tagungen diskutiert und überarbeitet und 1996 verabschiedet.

heilig«. Seine Feinde zu lieben, bedeutet dabei aber z.B. nicht, Konflikte zu umgehen, sondern nach gewaltfreien Wegen zu suchen, um Gegensätze auszutragen und zu überwinden. Gewalt kann nur ein letztes Mittel sein, wenn andere Wege versagen.

1.5. Als religiöse Sozialistinnen und Sozialisten setzen wir uns für eine radikale und grundsätzliche Veränderung der privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung zu einer sozialistischen Gesellschaft durch einen Prozess der Solidarisierung, Selbstbestimmung und Vergesellschaftung ein. Von diesem Prozess erwarten wir, dass er schwierig und langwierig sein wird. Der unmittelbare Ansatzpunkt unserer Arbeit ist die Situation in der Bundesrepublik und in Europa.

1.6. Die kapitalistische Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass ihre Produktivkräfte in Destruktivkräfte umschlagen. Die sozialistische Bewegung ist seit ihren Anfängen als Protestbewegung gegen diese, dem Kapitalismus innewohnende Tendenz zu verstehen. Als Teil dieser Bewegung stellen wir fest:

Unser kapitalistisches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ist über Privateigentum an den Produktionsmitteln und freie Konkurrenz an Profitmaximierung und Warenproduktion orientiert und wird dadurch den Bedürfnissen der Menschen und dem, was sie benötigen, nicht ge-

recht. Diese Gesellschaftsordnung produziert Arbeitslosigkeit, Armut, ökologische Zerrüttung und weltweite Verelendung, selbst bei gleichzeitig steigenden Profitraten, und löst ihre periodisch auftretenden Krisen durch Problemabwälzung auf die Schwächsten. Wir sind der Überzeugung, dass der Kapitalismus auch in Zukunft diese von ihm erzeugten und reproduzierten Probleme lediglich zu verwalten, nicht aber zu lösen imstande sein wird, da die Probleme strukturell bedingt sind und systematischen Charakter haben.

Die kapitalistische Ordnung der Produktion, Verteilung und des gesellschaftlichen und privaten Verbrauchs selbst steht der Lösung dieser Probleme entgegen.

1.7. In unserem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem sind die Menschen weitgehend nicht selbstbestimmt handelnde Subjekte, sondern sie werden als Abhängige fremdbestimmt und zu Objekten der Produktionsverhältnisse erniedrigt.

Dies betrifft auch ihre Rolle als Konsumentinnen und Konsumenten, denn die moderne kapitalistische Bedürfnisweckung und -steuerung und die damit einhergehende zentralistische Lenkung des Konsumsverhaltens sind Fremdbestimmungen, denen sich nur wenige entziehen können. In der kapitalistischen Gesellschaft erscheinen alle sozialen Beziehungen der Individuen zueinander als gesellschaftliche Beziehungen der Sachen. Dieses Phänomen wurde in der sozialistischen Theorie als Entpersönlichung, als Verdinglichung bezeichnet.

Für uns folgt daraus, dass der Kampf für eine Transformation der kapitalistischen Gesellschaftsordnung das vernünftige Ziel von Sozialistinnen und Sozialisten war und bleibt. Es gilt, die

Ausbeutung der Vielen durch die Wenigen, das Leben der Wenigen auf Kosten der Vielen zu überwinden und eine demokratische Gesellschaftsordnung durchzusetzen, in der die Klassengegensätze abgeschafft, die Teilhabe aller am Sagen und Haben durchgesetzt sind und vernunftgeleitete Planung möglich wird.

Es gilt, einen Weg zu einer neuen Gesellschaftsordnung zu beschreiten, in der die Verdinglichung der Menschen überwunden werden kann.

Zweck, Inhalt und die Art und Weise der gesellschaftlichen Produktion und Verteilung müssen vom grundlegenden Prinzip einer konsequenten Demokratisierung des Wirtschaftslebens ausgehen.

Diese Demokratisierung können wir uns nur als basisdemokratisches Selbstverwaltungsmodell vorstellen.

»Der Sozialist kämpft für eine strukturelle Veränderung, insofern ist er revolutionär. Die Veränderung, um die es geht, ist ein langer Prozess, insofern denkt er evolutionär.« (Helmut Gollwitzer)

1.8. Uns ist bewusst, dass die Durchsetzung der sozialistischen Demokratie auf größte Widerstände stößt. Wir sehen die Fähigkeit des kapitalistischen Systems, gerade auch seine Opfer an sich zu binden, indem die zerstörerischen Folgewirkungen als schicksalhafte Naturereignisse erscheinen und durch die Hoffnung auf zukünftige Privilegien gegenwärtige Loyalität auch bei den Unterprivilegierten sichergestellt werden kann.

Wir sehen die Bereitschaft weiter Teile der herrschenden Eliten in den kapitalistischen Zentren, jede Art von fundamentaler Systemveränderung effizient zu verhindern, unter Androhung und Anwendung aller zur Verfügung stehen-

den ideologischen und militärischen Mittel.

Wir sehen die geringe Akzeptanz für sozialistische Politik und Inhalte in der Öffentlichkeit durch die Gleichsetzung solcher Ansätze mit dem, was »im Namen des Sozialismus« in der Vergangenheit Menschen angetan wurde.

Wir sehen auch, dass durch den Zusammenbruch der »realsozialistischen« Ostblockstaaten die Resignation im Angesicht des übermächtig erscheinenden kapitalistischen Weltsystems auch bei solchen Sozialistinnen und Sozialisten zugenommen hat, die sich mit diesem »Realsozialismus« nie identifizierten.

So droht in dieser Gesellschaftsordnung ausschließlich jene Geisteshaltung als vernünftig anerkannt zu werden, die sich mit der unvernünftigen kapitalistischen Produktionsweise einverstanden und sie als beste aller Welten erklärt.

Dagegen halten wir daran fest, dass die Überwindung des Kapitalismus und die Durchsetzung einer neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung von Vernunft und Moral geboten bleiben und daher auch in Zukunft die Zielrichtung für unser politisches Handeln bestimmen werden.

1.9. Diese Überwindung des Kapitalismus und der Aufbau einer neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung erfasst die Gesellschaft als Totalität.

Sie verändert nicht nur das Eigentum an Produktionsmitteln, sondern betrifft ebenso die Formen und die Inhalte des menschlichen Zusammenlebens.

Der Bereich der Geschlechterverhältnisse, der Erziehung, der Ausbildung, der Sozialbezüge, der Stellung im Arbeitsprozess, die Rolle der Medien und der Kulturindustrie, der Umgang mit der Natur und ihren Ressourcen sind in der Ge-

schichte der sozialistischen Bewegung nur unzureichend beachtet worden. Für eine neue sozialistische Bewegung, zu der wir uns zählen und an deren Stärkung wir mitarbeiten, sind diese Bereiche keine zu vernachlässigenden Nebenwidersprüche mehr, sondern zentrale Fragen und Aufgaben, an denen sich die Legitimation und die Chancen einer sozialistischen Alternative entscheiden.

1.10. Das Scheitern des staatssozialistischen Weges im Osten (»realer Sozialismus«) und das ebensolche Scheitern (allerdings nicht in so spektakulärer Form wie beim »Realsozialismus«) des sozialdemokratischen Sozialstaats-Sozialismus stellen einen nicht staatsfixierten Sozialismus auf die historische Tagesordnung.

Macht und Herrschaftsverhältnisse wie z.B. Hierarchien und Bürokratien müssen abgebaut werden. Die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln ist für uns die notwendige Voraussetzung einer sozialistischen Gesellschaft, aber nicht ihr zentraler oder gar alleiniger Inhalt.

2. Historische Wurzeln

2.1. Die Bezeichnung »religiöse Sozialistinnen und Sozialisten« ist in Deutschland 1919 in einer bestimmten historischen Situation und Kampfstellung entstanden. Diese Bezeichnung ist eine Quelle ständiger Fehlinterpretationen und Missverständnisse. Nicht gemeint ist:

- religiös im Sinne eines allgemeinen Religionsbegriffes (Jede/r glaubt doch an irgend etwas!)
- »religiöser Sozialismus« als etwas Unterschiedliches zu nichtreligiösen Sozialismusdefinitionen und Konzeptionen (dies hat die CDU 1947 als »christlichen Sozialismus« im Ahlener

Programm versucht und manche Vertreter der SPD nach dem Zusammenbruch des Ostblocks)

- die Ineinssetzung von Reich Gottes und Sozialismus
- die Herbeiführung des Reiches Gottes durch menschliches Tun.

Mit »religiöse Sozialistinnen und Sozialisten« war und ist immer gemeint:

- (a) Wir sind als Christinnen und Christen zugleich Sozialistinnen und Sozialisten.
- (b) Wir sind dies aus christlichem Glauben heraus, wir warten auf Gottes kommendes Reich – aber wir warten »tätig«.
- (c) Die Verwirklichung des Liebesgebotes und die Befreiung des Menschen durch Jesus lässt uns nach sozialistischen Konzeptionen suchen, in denen die gegenseitige geschwisterliche Hilfe und die Möglichkeit und die Selbstentfaltung des einzelnen Menschen – als Bedingung der Selbstentfaltung aller – Leitlinien sind.

2.2. Sozialismus

a.) Frühsozialismus:

Etwa seit Beginn des 19. Jahrhunderts machten sich vor allem in Frankreich und England politische Lehren bemerkbar, die ideengeschichtlich als »utopischer oder Früh-Sozialismus« eingeordnet werden. Der Begriff »Sozialismus« wird seit 1830 gebraucht und bedeutete im damaligen Kontext eine neue Lebensform.

Der »utopische Sozialist« Karl Grün sprach vom Sozialismus als dem »alles bezeichnenden Wort für die neue Epoche, für die neue wahre Bildung. Das schön unruhige Wogen der Menschheit im sicheren Kahne neuer organischer Lebensgesetze wird wesentlich und durchaus sozial sein.« Der »Frühsozialismus« brachte

eine Vielzahl unterschiedlichster Modelle und Ansätze heraus, die allesamt eine bessere Gesellschaft schaffen sollten.

Da konkurrierte ein Agrarsozialismus mit Modellen, in denen das Geld abgeschafft war, Vertreter von Konzepten, die auf Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln abzielten, mussten sich in den eigenen Reihen mit Verfechtern des Privateigentums auseinandersetzen.

In dieser Vielzahl von Tendenzen und Ansätzen gab es auch eine Strömung, die von einem Bergpredigt-Christentum ausgehend argumentierte.

So trat etwa Moses Heß (1812–1875) für eine »Religion der Liebe und Menschlichkeit« ein.

Schon vor ihm hatte der französische Priester und Abt Felicite de Lamennais (1782–1854) die Vision eines Gottesreiches auf Erden entworfen.

Dieses Gottesreich verwirklichen bedeute, die natürliche Gleichheit und Freiheit der Menschen sowie die Brüderlichkeit unter ihnen wiederherzustellen.

In Deutschland ist dieser »Liebeskommunismus« vor allem mit der Person des Schneiders und »Handwerker-Kommunisten« Wilhelm Weitling (1808–1878) verbunden.

Weitling vertrat im jesuanischen Sinne die Gütergemeinschaft und entwarf eine Verfassung der künftigen kommunistischen Gesellschaft, die bereits Anklänge an spätere rätekommunistische Konzepte aufweist.

Eine besondere Bedeutung kommt den Frühsozialisten Charles Fourier, Robert Owen und Saint Simon zu. Charles Fourier steht dabei für seine phantasievolle Denkweise bei allgemein anerkanntem soziologischem Scharfsinn gegen einseitig

rationale Handlungsschemata wie sie bspw. der Stalinismus hervorgebracht hat.

b.) Anarchismus

Ein bedeutsamer Traditionsstrang ist die breit ausdifferenzierte Bewegung des Anarchismus.

Anarchismus wird zu Unrecht auf seinen kleinen terroristischen Flügel reduziert, und die theoretischen und praktischen Leistungen werden ignoriert.

Der Anarchismus wurde oft durch die Brille bürgerlicher und stalinistischer Darstellung gesehen und verzerrt und als Synonym für Unordnung und Chaos betrachtet. Der französische Anarchist Pierre Joseph Proudhon definierte Anarchie demgegenüber so: »Anarchie ist nicht Chaos, sondern Ordnung ohne Herrschaft«. Im Zentrum des Anarchismus, der von vielen seiner VertreterInnen auch als »libertärer Sozialismus« definiert wird, stehen der sozialistische Freiheitsgedanke und die Abschaffung des Staates, der als Zwangsgewalt verstanden wird.

Wesentlich ist die Freiheit des Individuums und seine Assoziation mit anderen. Gegen den in der marxistischen Arbeiterbewegung herrschenden Zentralismus setzte die anarchistische Kritik auf dezentrale Strukturen, gegen die Tendenz der Bürokratisierung die Selbstverwaltung der ProduzentInnen und KonsumentInnen. Sozialismus ist keine Parteisache, sondern die Sache der Menschen selbst! Auch wenn es der anarchistischen Bewegung nicht gelang, ihre Ziele zu realisieren, und es über kleine Ansätze etwa 1920/21 in der Ukraine und 1936 in Katalonien nicht hinausging, hat die anarchistische Bewegung wichtige Impulse für Theorie und Praxis religiöser SozialistIn-

nen geliefert. So hat etwa der Anarchist Gustav Landauer stark Martin Buber beeinflusst und auch die Kibbuzim-Bewegung steht in der Traditionslinie anarchistischer Kommunen. Leonhard Ragaz zog Analogien zwischen dem »heiligen Anarchismus« der Bibel und einem Anarchismus, wie er etwa von Tolstoj vertreten wurde. Gerade nach dem Ende der staatssozialistischen Experimente ist es wichtig, sich der Kritik des Anarchismus an einer »Verstaatlichung« des Sozialismus zu erinnern und die Anfragen nach individueller Freiheit, kommunitärem Aufbau, Selbstverwaltung und Dezentralisierung aufzunehmen.

2.3. Marxismus

a.) Marxismus als pluraler Marxismus

Der Marxismus, verstanden als Lehre von Karl Marx und Friedrich Engels, ist wirksam als radikale Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus. Hierin liegt für uns die bleibende Aktualität marxistischer Ansätze. Wir wählen den Plural bewusst, denn den »einen« Marxismus hat es schon zu Lebzeiten von Marx nicht gegeben. Das Werk von Marx und Engels teilt das Schicksal der Interpretationsfähigkeit mit vielen Philosophen, und bei Gesellschaftswissenschaftlern wie diesen ist die Vielzahl der Interpretationsmöglichkeiten eher noch größer.

Dies belegt die kaum noch zu überblickende Zahl von »Schulen«. Angesichts starker Bestrebungen in der Öffentlichkeit, mit dem Verweis auf Irrtümer von Marx und Engels sich auch ihrer zutreffenden Gesellschaftsanalyse zu entledigen, stellen wir fest: Ein pluraler Marxismus, verstanden als Soziologie, d.h. als Theorie gesellschaftlicher Entwicklungen, ist für uns überaus nützlich und bei der

Beurteilung gesellschaftlicher Vorgänge unverzichtbar.

Die Schwächen der marxistischen Theorie, wie z.B. Ausblendung der ökologischen Fragestellung und die Bewertung der Frauen(/Männer)-Frage als Nebenwiderspruch gilt es in der Fortentwicklung der Theorie aufzuheben.

Allerdings wissen wir uns mit Marxistinnen und Marxisten in der Ablehnung verschiedener Marx-Deutungen einig.

- Dazu gehört ein Marxismus, der zur Behördenverwaltung durch das ZK einer Partei führt, welches verfügt, was im Sinne des »Marxismus« falsch oder richtig zu sein hat.
- Dazu gehört ein Marxismus, der sich zu einer totalen Philosophie aufwirft, ideologisiert, kanonisiert und undialektisch zu einer Weltanschauung gerinnt, vor der sich Religion, Philosophie und alle anderen Wissenschaften zu verantworten haben. Der ideologische Kollaps der ehemaligen Ostblockstaaten ist auch ein Ausfluss dieser Marx-Fehldeutungen.
- Dazu gehört ein Marxismus im Sinne einer Theorie, die entweder ganz zu akzeptieren ist, oder gar nicht. Eine solche Forderung widerspricht allen Voraussetzungen wissenschaftlichen Denkens.

Im Gegensatz zu denen, die an den Marxismus »glauben« und denen, die von uns eine Distanzierung vom Marxismus verlangen, halten wir an den Errungenschaften von 130 Jahren marxistischer Theorie und Strategiebildung fest.

b.) Leninismus

Lenin und die alte Garde der Bolschewiki haben eine Revolution in einem Land durchgeführt, indem alle Voraussetzungen für einen Sozialismus fehlten. Dies

wissend, weigerte sich Lenin lange, von einer »sozialistischen Revolution« in Russland zu sprechen und sah in keiner Weise die russische Erfahrung als Vorbild und nachzuahmendes Beispiel für die internationale sozialistische Bewegung an. Erst die Isolierung Russlands durch das Ausbleiben der Revolution im Westen und der daraufhin proklamierte Aufbau des »Sozialismus in einem Land« und die Kanonisierung eines »Marxismus-Leninismus« durch Stalin und seine Epigonen machte die Ausnahme zur Regel. Die Herrschaft der Sowjets (=Räte) wurde durch die Herrschaft der Bürokratie ersetzt, in der Partei herrschte erst das ZK und dann nur noch Stalin, Abweichler wurden erst wie Trotzki ins Exil geschickt, später zu Millionen umgebracht. Die Diktatur des Proletariats wurde zu einer Diktatur über das Proletariat pervertiert.

Gegenüber dieser Ausprägung des Leninismus, die kenntlich machte, zu welchen fürchterlichen Konsequenzen Systeme kommen können, in denen der Zweck die Mittel heiligt und in der die bürgerliche Demokratie, statt zu einer sozialistischen Demokratie weiterentwickelt zu werden, ersatzlos abgeschafft wurde, vertreten wir den Gedanken und das ursprüngliche Konzept einer sozialistischen Demokratie.

Streikrecht, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, Meinungsfreiheit und die Freiheit der Reise sind kein Luxus, sondern unverzichtbare Voraussetzungen eines Sozialismus, für den sich Menschen engagieren können. Auch im Sozialismus wird es weiterhin einen Streit unterschiedlicher Positionen geben. Diese Positionen bedürfen ihres organisatorischen

Ausdrucks, seien es nun Parteien oder andere Organisationsformen.

2.4. Der historische Strang des religiösen Sozialismus

In Anknüpfung an den »Liebeskommunismus«, wie er von der christlichen Urgemeinde berichtet wurde (Pazifismus, Güter-Gemeinschaft etc.), zieht sich durch die Kirchengeschichte eine Unterströmung von sozialen und revolutionären Ideen und Bewegungen. Diese Unterströmung trat manchmal als Teil der »offiziellen Kirche« in Erscheinung, zu nennen sind hier u.a. Thomas von Aquin, Thomas Morus (der Verfasser von »Utopia«) und der Jesuitenstaat in Paraguay.

Häufiger aber standen diese Bewegungen im Widerspruch zur »offiziellen Kirche« und wurden von dieser ausgegrenzt, verfolgt, ihre Anhänger getötet. Als einige Beispiele seien die Franziskaner-Spiritualen, die Beginen, die Waldenser, die Anhänger Wyclifs, die Hussiten und die Täufer genannt.

Evangelische und katholische Kirche verfolgten ihre jeweiligen Ketzler in einer beinahe »Ökumene von oben«. Diese Ideen haben aus den unterschiedlichsten Entwürfen heraus immer wieder fortgelebt.

Als 1899 und 1900 mit Christoph Blumhardt, einem Pietisten, und Paul Göhre, einem Liberalen, unabhängig voneinander zwei bekanntere evangelische Theologen der SPD beitraten, begann eine Bewegung zu entstehen, die ihren Ausdruck und ihre Form im religiösen Sozialismus fand. Von Anfang an kamen religiöse Sozialistinnen und Sozialisten aus den verschiedensten theologischen Lagern des jüdisch-christlichen Spektrums. Es gehört zu den Kennzeichen des religiösen Sozia-

lismus, selbst keine neue theologische Richtung geschaffen zu haben.

Auch die oft mit dem religiösen Sozialismus gleichgesetzten Theologien der Schweizer Hermann Kutter und Leonhard Ragaz sind nur zwei von vielen Entwürfen, die diese Bewegung geprägt haben. Nach 1920 wendeten sich verstärkt auch Mitglieder des liberalen evangelischsozialen Kongresses dem Sozialismus zu. So fanden sich im Religiösen Sozialismus schon bald neben Liberalen und PietistInnen auch orthodoxe LutheranerInnen, katholische MontanistInnen, AnhängerInnen der dialektischen Theologie wie auch orthodoxe, zionistische und liberale Jüdinnen und Juden. Diese Liste lässt sich heute, nach fast 100 Jahren, sicher noch erweitern. Aus der Arbeit religiöser Sozialistinnen und Sozialisten sind der Theologie wichtige Anstöße erwachsen.

Vor allem die evangelische Sozial- und Wirtschaftsethik hat davon profitiert. Dieses Erbe der theologischen Pluralität und Kompetenz gilt es in Zeiten, in denen auf der einen Seite Fundamentalismus und auf der anderen moralischer Rigorismus fröhliche Urständ feiern, zu bewahren und neu zu beleben.

Bei der Suche nach einer neuen Spiritualität war für die Laiinnen- und Laienbewegung religiöser Sozialismus ein wichtiges Anliegen. Schon früh wurden Gottesdienste und andere Formen von Glaubensfeiern (z.B. zum ArbeiterInnen-Kampftag, zum Anti-Kriegstag etc.) erprobt. Auch dieses Bemühen um eine Verbindung von Spiritualität und politischer Arbeit gilt es heute weiterzuführen und weiterzuentwickeln.

2.5 Der Bund der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten (BRSD)

Nach dem 1. Weltkrieg bildeten sich in Baden, Thüringen, im Rheinland und in Norddeutschland Gruppen religiöser SozialistInnen. Im Dezember 1919 entstand in Berlin die erste Organisation, die den Namen »Bund der religiösen Sozialisten« trug. 1924 schlossen sich diese regionalen Verbände zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen und 1926 entstand daraus die Reichsorganisation des BRSD.

1933 bestanden 11 Landesverbände mit ca. 25.000 Mitgliedern. An überregionalen Organen erschienen die Wochenzeitung »Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes« und die theoretische »Zeitschrift für Religion und Sozialismus«.

Neben den Landesverbänden bestanden:

- eine AG der katholischen Sozialisten, die von Heinrich Mertens und Otto Bauer geleitet wurde
- und eine AG jüdischer Sozialisten, die besonders stark in Berlin und Frankfurt vertreten war
- die Bruderschaft sozialistischer Theologen, die 1930 210 von 16.000 evangelischen Pfarrern umfasste.

Von seinem Ursprung her war der BRSD ein doppelter Versuch:

- Einerseits ging es darum, in der bürgerlichen deutschnationalen Kirche das »Heimatrecht« für sozialistische Arbeiterinnen und Arbeiter durchzusetzen und die Kirche so zu verändern, dass sich diese auch in ihr wohl fühlen konnten. Dies charakterisiert den BRSD als Kirchenreformbewegung in seinem klassischen Dreischritt: »In der Kirche – Gegen die Kirche – Für die Kirche!«
- Andererseits war er der Versuch, die sozialistische Option für religiöse (christliche wie jüdische!) Bevölke-

rungsgruppen aus der Arbeiterschaft und den Zwischenschichten attraktiv und gangbar zu machen!

Der BRSD führte in der Weimarer Republik einen entschiedenen Kampf gegen Militarismus, Nationalismus und sehr früh gegen den aufkommenden Faschismus. Dies machte den BRSD gerade bei der gesellschaftlichen Rechten verhasst und bedeutete nach dem Beginn der Nazi-Ära sein Ende durch die staatliche Repression.

Nach 1945 entstand der BRSD neu. Die 1946 in der SBZ entstandenen Regionalgruppen verfielen der Auflösung, viele ihrer InitiatorInnen flohen in den Westen, einzelne wurden inhaftiert.

Im Westen wurde der Bund im kalten Krieg zwischen den Machtblöcken zerrieben. In den 70er Jahren war nur ein kleiner Rest übrig geblieben, der zusammen mit Christinnen und Christen aus der Studentenbewegung den Bund neu aufbaute.

Der »Internationale Bund der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten« wurde 1928 gegründet und umfasst heute Organisationen in einer Vielzahl von Ländern in den meisten Erdteilen, darunter u.a. in Nicaragua, Schweden, den USA, Österreich und den Niederlanden. Der BRSD ist seit Gründung des Internationalen Bundes Mitglied.

2.6. Die religiösen Sozialistinnen

Eine weitere Wurzel ist die breite Frauenbewegung der Weimarer Zeit. Es war kein Zufall, dass etwa der rheinische BRSD 1929 auf der Kirchensynode ein Vikarinnen-Gesetz beantragte, das den Frauen die gleichen Rechte wie den Männern im Pfarramt bis hin zur Ordination gewährte.

Namen wie Minna Cauer, Lydia Stök-

ker, Hildegard Wegscheider usw. sind als aktive BRSDlerinnen zu nennen. Ihrem Wirken ist es zu verdanken, dass sich der Bund in der Bewegung zur Abschaffung des Paragraph 218 engagierte und die Arbeit der von der Frauenbewegung und fortschrittlichen Medizinerinnen eingerichteten Sexuaufklärungs- und beratungsstellen unterstützte. Der BRSD hatte unter seinen Mitgliedern sehr viele Frauen (z.B. in Berlin lag der Frauenanteil bei ca. 40 %), was sich im Gegensatz zu anderen Organisationen auch in den Funktionen auswirkte. Arbeiterinnen, Lehrerinnen usw. waren in vielen Bereichen die Trägerinnen der örtlichen und regionalen Arbeit. Da die bisherige Geschichtsschreibung des religiösen Sozialismus sich überwiegend mit den »großen Männern« beschäftigt hat, ist die Geschichte der religiösen Sozialistinnen noch nicht geschrieben.

Diese steht noch aus und wird hoffentlich bald geschrieben werden.

3. Hauptziele und Perspektiven unserer Arbeit

3.1. Der »fortschrittliche Block« und die »Hegemoniegewinnung«

In der Weimarer Republik und in den ersten Jahren nach 1945 verstand sich der BRSD als Einheitsorganisation, die Mitglieder christlichen und jüdischen Glaubens umfasste, die sich politisch in den beiden Arbeiterparteien SPD und KPD beheimatet fühlten. Ebenso waren die Mitgliedschaft und das Engagement in den DGB-Gewerkschaften selbstverständlich.

Durch die Transformation der SPD zur Volkspartei und die Veränderung der gesamten politischen Landschaft der BRD ist zu konstatieren, dass es eine sozialisti-

sche Bewegung in der BRD nur marginal gibt und dass diese gerade im klassischen ArbeiterInnenbereich äußerst schwach ist. In den Parteien links von der Mitte gibt es wie in SPD und PDS nur sozialistische Minderheiten unterschiedlicher Stärke und die Herausbildung einer Partei hat das traditionelle Parteiensystem nachhaltig verändert.

Es gibt seit der 68er Bewegung eine Vielzahl von kleinen Gruppierungen, in denen (auch) SozialistInnen organisiert sind. Die linke Bewegung ist heute keine Parteienbewegung mehr, sondern besteht aus unterschiedlichsten Tendenzen, Motivationen und Konzeptionen. In dieser pluralen und bunten Gesamtheit haben wir unseren Platz im Spannungsfeld von Kirche und Gesellschaft.

Der BRSD versteht sich als linke Bündnisorganisation und ist mit keiner Partei verbunden. Wir unterstützen alle Bestrebungen in den Parteien, die auf soziale Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung gerichtet sind. Wir sehen für die Zukunft die Notwendigkeit der Herausbildung eines fortschrittlichen Blocks über die Parteigrenzen hinweg. Dieser »fortschrittliche Block« konstituiert sich aus einer ökologisch neu orientierten ArbeiterInnenbewegung, den sozialen Bewegungen und den progressiven Teilen der Kirchen. Hieran und bei der Gewinnung der gesellschaftlichen Hegemonie für ökologische und sozialistische Positionen mitzuwirken, ist Hauptziel unserer Arbeit.

Die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und das Verhältnis zu Parteien bestimmt sich durch unsere Grundauffassung, wie sie in diesen »Leitsätzen« definiert sind. Auf diesem Hintergrund können wir uns nicht vorstellen, dass der-

zeit etwa BRSD-Mitglieder sich politisch in CDU oder FDP oder in stalinistischen Sekten wiederfinden können.

Wir fühlen uns mit Gruppen und Bewegungen verbunden, die in basisdemokratischen Strukturen und in der Tendenz in die gleiche Richtung arbeiten wie wir. Dazu rechnen wir Friedensgruppen, Umwelt- und Frauengruppen, Gruppen, die sich für die Solidarität mit der 3/4 Welt engagieren, Initiativen in Schulen und Hochschulen, Selbstorganisationen von Arbeitslosen, Sozialhilfe-EmpfängerInnen u.v.m. Ebenfalls wollen wir alternative Netzwerke unterstützen und in ihnen mitarbeiten.

3.2. Wir betrachten die DGB-Gewerkschaften als die historisch als Selbsthilfeorganisationen der Lohnabhängigen entstandenen Organisationen.

Hierin haben sie auch heute noch ihre Legitimation. Aber ebenso wie die traditionellen Parteien der Arbeiterbewegung haben sich auch die Gewerkschaften verändert. Die gesellschaftlichen Brüche und der Niedergang der traditionellen Arbeiterbewegung bilden sich auch in den Gewerkschaften ab, große Einzelgewerkschaften orientieren sich mehr an einer abstrakten Sozialpartnerschaft, was oftmals völlig konträr zu den Interessen der Mitglieder steht, während andere DGB-Gewerkschaften weiterhin vom Interessengegensatz von Lohnarbeit und Kapital ausgehen.

Hinzu kommt eine weitgehende Verbürokratisierung, mit der ein immer stärker werdender Verlust der gewerkschaftlichen Ethik einhergeht.

Die Skandale um die Neue Heimat, COOP, individuelle Bereicherung von Gewerkschaftsführern etc. macht die DGB-Gewerkschaften im Bewusstsein ihrer

Mitglieder und der übrigen Bevölkerung als gesellschaftliche Alternative immer ungläubwürdiger. Aber die Alternative zum DGB wäre eine atomisierte Masse von Einzelwesen, die individuell mit den Arbeitgebern kämpfen müsste und dabei nur verlieren kann. Wir ermuntern unsere Mitglieder, den Schritt zu einer Organisation in ihrer zuständigen DGB-Gewerkschaft zu tun und sich möglichst aktiv darin betätigen. Dies mit dem Ziel, auch im DGB für die klassischen gewerkschaftlichen Ziele einzutreten: die Demokratisierung der Wirtschaft, Humanisierung der Arbeitswelt, Sicherung der sozialen Systeme und des Wertes der Ware Arbeitskraft, Ausweitung der Mitbestimmung und für eine stärker konfliktorientierte Gewerkschaftspolitik. Wir unterstützen alle Bestrebungen, die Mitgliedsrechte auszuweiten, den Einfluss der Basisgliederungen zu stärken und in den Gewerkschaften eine Kultur des Streites, der Selbstverwaltung und der Gleichberechtigung der Geschlechter, der Nationalitäten und der Generationen zu erreichen.

3.3. Die Kirchen von heute sind nicht mehr die Kirchen der Weimarer Republik. In der katholischen Kirche ist es den herrschenden Konservativen nicht gelungen, alle Veränderungen im Gefolge des Zweiten Vaticanums zurückzuschrauben, und die Theologie der Befreiung ist immer noch eine wichtige Kraft. Millionen von Basis-ChristInnen und Zehntausende von Priestern und Nonnen stehen an der Seite der Armen, der gesellschaftlich Ausgegrenzten und Vergessenen.

Auch in Deutschland ermutigen uns das Beispiel und das Zeugnis vieler katholischer Geschwister.

Die evangelische Kirche hatte 1945 die

Veränderung von einer mehrheitlich monarchistisch-reaktionären Amtskirche zu einer den kapitalistischen Verhältnissen mehr entsprechenden demokratischen Volkskirche vollzogen. In ihr machten sich der Einfluss des linken Flügels der Bekennenden Kirche und die Langzeitwirkung des religiösen Sozialismus (Stichwort: Darmstädter Wort 1947) im Sinne einer wichtigen Minderheitsströmung bemerkbar. Im Gefolgeder 68er-Bewegung bekam diese Minderheit breite Unterstützung. Die Politisierung breiter Teile der Gemeinden durch die Kirchentage, die Friedensbewegung, die Frauenbewegung und die ökumenische und 3/4-Weltbewegung hat es erreicht, dass vielerorts die evangelische Kirche in Verlautbarungen und gesellschaftlichem Zeugnis links von der gesellschaftlichen Mehrheit steht. Demgegenüber ist die Aufnahme sozialer und wirtschaftlicher Fragestellungen als Ursache gesellschaftlicher Probleme kaum geleistet worden.

Den biblischen Auftrag der Kirche als Gemeinde der Jesus Nachfolgenden, wie er uns z.B. in der Bergpredigt (Mt 57) entgegentritt, vergleichen wir mit dem Erscheinungsbild der Kirche in der spätkapitalistischen Gesellschaft. Wir möchten zu ihrer weiter notwendigen Erneuerung und Umkehr beitragen. Noch immer stehen viele ChristInnen gesellschaftlichen Systemen und Parteien nahe, die unter Berufung auf vorgeblich christliche Werte soziale und ethnische Ungleichheit oder sogar politische Unterdrückung befürworten: noch immer finden sich ChristInnen, die unter Hinweis auf äußere Feinde (früher der Weltkommunismus, heute der Islam, morgen??) eine Politik der militärischen Stärke, der wirtschaftlichen und politischen Abschottung in der »Festung

Europa«, der Rassendiskriminierung und der Privilegiensicherung betreiben.

Wir sehe u.a. unsere Aufgabe darin, in den Kirchen die Interessen der Unterprivilegierten bei uns und in der Welt zur Sprache zu bringen, die Ursachen von Armut, Verelendung und ökologischer Krise zu benennen und für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft zu arbeiten.

Wir solidarisieren uns mit allen Bestrebungen in den Kirchen, die bisherige Rolle der Kirche im Kapitalismus zu überdenken und diese von einer Volkskirche zu einer Kirche des Volkes weiterzuentwickeln.

Wir orientieren uns am Priestertum aller Gläubigen und wenden uns gegen eine Pastorenkirche.

Auch in den Kirchen sind die Rechte der Basis, d.h. der Gemeinden, zu stärken. Tendenzen zu einer Behördenkirche müssen beseitigt werden.

4. Konkretionen

Die folgenden Ausführungen sind auf unsere augenblickliche Situation bezogen und bedürftiger regelmäßigen Fortschreibung.

4.1. Basisarbeit

Vordringlich ist eine Erweiterung und Festigung unserer Basis, insbesondere durch folgende Aktivitäten

- Aufbau von lokalen und regionalen Basisgruppen
- Arbeit in thematischen Projektgruppen
- Kooperation mit anderen Gruppen und Mitarbeit in Netzwerken wie z.B. der »Initiative Katholikentag von Unten«
- Informationsarbeit durch Tagungen

- Beteiligung an Kirchentag und Katholikentag
- Herausgabe einer Zeitschrift und von Info-Material
- Vertiefung und Präzisierung des Selbstverständnisses und der Zielsetzungen religiöser SozialistInnen

4.2. Christliche Verkündigung

In Einzelveranstaltungen, Tagungen und ggf. Freizeiten suchen wir nach Erneuerung im Glauben.

Dabei sollen Umkehr und persönlicher Glaube immer in ihre politische Tragweite und Auswirkung eingebunden bleiben. Individuelle Hoffnung und gesellschaftliche Wirksamkeit auf das Reich Gottes hin bilden eine Einheit.

4.3. Individuelle Praxis

Für unsere Arbeit erachten wir als entscheidend, dass die Erfahrungen der einzelnen im Beruf, in der Ausbildung und in der kirchlichen wie gesellschaftlichen Praxis in die Gruppe und den Gesamtbund eingebracht werden. Je nach Gruppentypus kann dies unterschiedlich geschehen:

- a.) In einer BRSD-Gruppe, die sich mehr als Reflektionsgruppe versteht, wird ein Beitrag zur Rückkoppelung von Theorie und Praxis geleistet. Zweitens erhält jedeR Mitarbeiter/in Ermutigung und Unterstützung in ihrem/seinem Engagement. Drittens wird das so über die christliche Verkündigung Gesagte konkretisiert. Bei den regelmäßigen Treffen einer derart strukturierten BRSD-Gruppe gehören daher Erfahrungsaustausch, Analyse von Erfahrungen und Zuspruch für die nächsten Schritte eines/einer Jeden in seiner Praxis zu den permanenten Themen.
- b.) In einer thematisch ausgerichteten

BRSD-Gruppe wird durch Bildungsarbeit, Diskussion und Reflexion versucht, die gesellschaftliche Wirklichkeit von der religiössozialistischen Sichtweise her zu betrachten und zu verstehen. Die Erfahrungen der Mitglieder werden hier gebündelt und bilden die Grundlage politischer und theologischer Stellungnahmen.

Die konkrete politische Praxis kann nur von den Einzelnen im konkreten Arbeitsfeld geleistet werden, die Gruppe leistet hierzu nach Möglichkeit Hilfestellung.

- c.) In einer BRSD-Basisgruppe in einer Kleinstadt, einer Hochschule oder ähnlich überschaubaren Bereichen gibt es auch einen Gruppentyp, der auch als Gruppe eine kontinuierliche praktischpolitische Arbeit ermöglicht.

Das betrifft z.B. die Hochschulpolitik etwa an einer Fakultät oder die konkrete Kommunalpolitik über einzelne Aktionen hinaus.

Wichtig sind bei allen verschiedenen Typen der Austausch und die lebendige Wechselbeziehung von Theorie und Praxis. Richtschnur ist für uns der Dreischnitt der Befreiungstheologie: Sehen – Urteilen – Handeln.

4.4. Stellungnahmen

Im Rahmen unserer Möglichkeiten neh-

men wir zu politischen und theologischen Fragen Stellung.

Insbesondere sehen wir dort unsere Aufgabe, wo die politischen Parteien und die Großorganisationen teils aus Überzeugung, teils aus Angst vor dem Verlust von Wahlstimmen oder Austritten von Mitgliedern sich nicht oder nicht klar genug gegen menschenunwürdige Handlungen und Verhältnisse aussprechen. Wir erheben unsere Stimme dort, wo wir die Überzeugungen und die Werte der Humanität, des Sozialismus und der Bibel beider Testamente verletzt sehen.

Gegen die herrschende Meinung, die immer noch weitgehend die Meinung der Herrschenden ist, versuchen wir einen kleinen Beitrag zur Aufklärung zu leisten. (Beispiele: Golf-Krieg, Bürgerkrieg in Jugoslawien, Bundeswehreininsatz in Somalia, Abschaffung des Asylrechtes, Wirtschaftspolitik und Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Wohnungsnot). In Kirche und Gesellschaft unterstützen wir Stellungnahmen und Initiativen, die in unsere Richtung gehen und machen gleichzeitig unsere weitergehenden Positionen deutlich.

Was wollen die Religiösen Sozialisten?

Erwin Eckert

Es gibt seit dem Zusammenbruch 1918 überall in Deutschland religiöse Sozialisten. Ganz unabhängig sind sie zur selben Zeit, fast mit denselben Worten und Methoden in die Öffentlichkeit getreten. Das ist ein Zeichen dafür, dass die religiös-sozialistische Bewegung nichts künstlich Gemachtes ist, sondern eine notwendige Bewegung, die sich durchsetzen konnte, als die alten Gewalten zusammenbrachen.

In steigendem Maße hat sich die öffentliche Meinung mit den religiösen Sozialisten beschäftigt, und der Kreis der religiösen Sozialisten, der seit 1926 in einem »Bund der religiösen Sozialisten« vereinigt ist, hat sich ständig vergrößert. Aber auch die Gegnerschaft der jungen Bewegung ist gewachsen und sucht unsere Arbeit und unseren Kampf zu hindern. Weithin herrscht Unklarheit und Voreingenommenheit gegen den Bund und seine Ziele. Es ist darum notwendig, in Kürze zuzusagen, wer die religiösen Sozialisten sind und was sie wollen.

Wir sind Sozialisten

Wir wollen wie alle Sozialisten die kapitalistische Herrschaft stürzen und die sozialistische Ordnung errichten, weil wir von ihr eine höhere Art menschlichen Lebens erhoffen.

Die sozialistische Ordnung hebt das Privateigentum an den Produktionsmitteln auf und damit die Ungerechtigkeit des Besitzes. Sie erlöst die Masse von der wirtschaftlichen Herrschaft Einzelner durch die Aufhebung der Lohnknechtschaft.

Erwin Eckert war Pfarrer und 1926 Mitbegründer des Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands und 1926 bis 1931 dessen geschäftsführender Bundesvorsitzender.

Er war Wortführer der Linken in der SPD (»Klassenkampf-Gruppe«). Konflikte des kämpferischen Antifaschisten und Sozialisten mit der SPD führten zum Parteiausschluss (2.10.1931). Am 3.10.1931 trat Eckert der KPD bei. Nach mehreren Disziplinarverfahren und Amtsenthebung wurde er am 11.12.1931 aus dem Kirchendienst entlassen. Von März bis Oktober 1933 war er inhaftiert, 1936 zu drei Jahren und acht Monaten Zuchthaus verurteilt und anschließend unter Polizeiaufsicht gestellt.

Nach der Befreiung vom Faschismus war Eckert Vorsitzender der KPD Baden (1946–1950), Staatsrat der provisorischen Regierung und Vizepräsident der Verfassung gebenden Versammlung Badens sowie Mitglied des Landtages bis zum Verbot der KPD 1956. Als Kommunist und Gegner von Restauration und Wiederaufrüstung stand er 1959/60 erneut vor Gericht und wurde zu 9 Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Er starb am 20.12.1972 in Mannheim.

Er formulierte 1928 die Mehrheitsposition des Bundes in dem Text »Was wollen die religiösen Sozialisten?«. Diese Position wurde im Wesentlichen vom 4. Bundeskongress vom 1.–5. August 1928 bestätigt.

Sie macht die Proletarier zu freien Menschen. Sie erlöst die Besitzenden von der Last des Besitzes und der Logik der Ausbeutung. Sie macht Arbeit zu einem alle verpflichtenden Dienst des Einzelnen für die Gesamtheit. Sie entzieht dem Schmarotzertum, dem Betrug, allem sich Bereichern, allem Mammonsdiens die Unterlage und Möglichkeit. Sie lässt den Ertrag der Arbeit aller allen zugute kommen. Die sozialistische Ordnung erneuert die menschliche Gesellschaft.

Sie schafft ein neues Verhältnis des Einzelnen zur Gesamtheit, ein Recht, das der Gerechtigkeit näher ist. Sie überwindet die Klassen und Schichten in den einzelnen Völkern. Sie vereinigt die verschiedenen Völker und Rassen zu friedlichem Dienst an der kommenden Gemeinschaft. Sie schenkt durch straffste Rationalisierung der Produktion und des Konsums dem Einzelnen Zeit, sich selbst zu finden und zu bilden. Sie gibt der Gesamtheit genügend Mittel zur besten Ausbildung und Ertüchtigung aller Kinder und Heranwachsenden. Sie sorgt für die Veteranen und Invaliden der Arbeit, für die Kranken und Krüppel. Die sozialistische Ordnung erzwingt eine neue Kultur. Wissenschaft und Kunst, Sittlichkeit und Religion werden – aus den Fesseln kapitalistischer und egoistischer Interessen befreit – der Gemeinschaft freier, brüderlicher Menschen dienen und ihrem Leben den tiefsten Inhalt geben.

Für den Klassenkampf

Wir wissen, dass diese neue Ordnung nicht von selbst kommt, dass sie erzwungen werden muss im Kampf gegen die Nutznießer der bestehenden Ordnung und ihren Anhang. Die unter der gegenwärtigen Ordnung leidenden Massen un-

dalle diejenigen Menschen, die die Unzulänglichkeit der bestehenden Ordnung erkannt haben, obwohl sie selbst nicht unter ihr zu leiden haben, müssen zusammenstehen, um die sozialistische Ordnung zu erkämpfen gegen die Schichten, die besitzen, was ihnen nicht gehört, die herrschen statt zu dienen, die von einer Gemeinschaft nichts wissen wollen. Dieser erbitterte geistige, wirtschaftliche, politische, kulturelle und gesellschaftliche Kampf zwischen beiden Gruppen in allen Völkern, die eine kapitalistische Wirtschaftsordnung kennen, ist der Klassenkampf, den die religiösen Sozialisten in allen Abschnitten und Auswirkungen restlos mitkämpfen in bewusster Verantwortung vor Gott.

Für die Religion

Wir sind religiöse Sozialisten, weil uns der Kampf um den Sozialismus ein heiliger Kampf ist, zudem Gott uns zwingt.

Wir sind religiöse Sozialisten, weil nach unserer Ansicht die sozialistische Ordnung nicht nur durch den Kampf um die politische Macht im Staate und die Durchführung der Gemeinwirtschaft kommen und bestehen wird, sondern auch seelisch, innerlich, vorbereitet sein muss in den Herzen der Menschen. Egoistische, gewalttätige, lieblose, unverantwortliche Menschen, die sich nicht in den Dienst eines Höheren und Ewigen gestellt wissen, die sich nicht von innen her zum Dienst an den Mitmenschen gezwungen sehen, werden die sozialistische Gemeinschaft nie bauen können.

Die Disziplinierung und Erziehung der Massen, wie sie der politische und wirtschaftliche Kampf mit sich bringt und die Kulturbewegung der Arbeiterschaft, kann diese inneren Voraussetzungen der soziali-

stischen Gemeinschaft nicht schaffen. Gerade weil wir Sozialisten sind, müssen wir religiöse Menschen sein, müssen wir Christen sein.

Für das Christentum

Wir sind überzeugt, dass in keiner Sittenlehre und in keiner Religion mehr Kraft liegt für die innere Vorbereitung und Er-tüchtigung des kämpfenden Sozialisten als im rechtverstandenen Evangelium Jesu Christi und in der prophetischen Offenbarung des Alten Testaments. Wir sind religiöse Sozialisten, weil unsere Hoffnung auf die neue Ordnung unter den Menschen ihre Kraft aus dem Glauben nimmt, dass es eine Vorwärtsentwicklung gibt nach dem Reiche Gottes zu, dem Reich der Gerechtigkeit und des Friedens, der Freude im heiligen Geist, hier auf dieser Erde. Wir sind weit entfernt davon, die sozialistische Ordnung mit dem Reich Gottes zu verwechseln, wir sehen aber in ihr einen notwendigen Schritt in der Richtung auf das Reich Gottes hin.

Gegen die Kirche

Wir kämpfen gegen das offizielle Christentum, das »Kirchentum«, weil es die Aufgaben der Gegenwart und Zukunft nicht sieht, das Reich Gottes nicht baut, das Evangelium unter Menschenwerk und Theologiege-zänk verschüttet hat. Die Kirchen sind an Händen und Füßen gebunden, direkt oder indirekt abhängig von den Mächtigen der Welt. Sie dulden den widerchristlichen Kapitalismus, der zu Imperialismus und Nationalismus führt, ohne dagegen ernsthaft Front zu machen, ja, sie stellen sich durch Angriffe auf die proletarischen Kampforganisationen und durch Inschutznahme des Besitzes in den Dienst der reaktionären Bourgeoisie und

deren Helfershelfer. Sie wollen die revolutionären Kräfte niederhalten.

Sie sind selbst mehr politische und wirtschaftskapitalistische Organisationen als Gemeinschaften frommer Menschen. Sie nehmen genau den selben Zins von ihren ausgeliehenen Kapitalien wie die andern, sie bauen zur »Ehre Gottes« prachtvolle Kirchen, die leer stehen und reden über die Wohnungsnot des Proletariats. Sie ver-trösten die Armen auf das Jenseits und machen den Reichen ein gutes Gewissen. Sie lehren »Gott ist Gott« und schützen den Mammonsdiener in Banken und Palästen. Sie lehren »du sollst den Namen Gottes heiligen« und sie sehen zu, wie im Namen Gottes die Schwachen ausgebeutet und von den Heerführern Kriege geführt werden. Sie lehren, »du sollst den Sonntag heiligen« und wissen zugleich, dass ungezählte Hunderttausende am Sonntag arbeiten müssen.

Sie lehren »du sollst Vater und Mutter ehren« und sehen nicht, dass die kapitalistische Ordnung die Familie rettungslos zerstört.

Sie lehren »du sollst nicht töten« und segnen durch ihre Divisionspriester und Pfarrer die Waffen, mit denen sich die Völker gegenseitig ermorden.

Sie lehren »du sollst nicht ehebrechen« und segnen die Gesellschafts- und Amüsementsehen ein.

Sie lehren »du sollst nicht stehlen«, aber sie kämpfen nicht gegen den Kapitalismus, der sich auf offenen und geheimen Diebstahl aufbaut.

Sie lehren »du sollst nicht lügen und betrügen« und schweigen zu dem Riesenbetrug, den der kapitalistische Staat, die Finanz und die Börse täglich an der Masse ausübt.

Sie lehren »sei nicht neidisch, sei zufried-

den«, kämpfen aber nicht für die Voraussetzungen zu einem Leben, das für alle, die Menschenantlitz tragen, ein menschenwürdiges ist.

Das Salz des offiziellen Kirchentums ist dumm geworden, das Licht ist unter den Scheffel versteckt!

Wir religiösen Sozialisten rufen daher, als Sprecher der Masse des Proletariats, die Kirchen und ihre Führer zur Umkehr, zur Buße.

Eure »Wohltätigkeit« ist Geschäft – eure betriebsame »Liebestätigkeit« ist ein Pflästerchen nebender eiternden Wunde – eure Predigt ist Geschwätz – euer Trost hat keine Kraft – euer Segen ist verfault – und (ihr) wisst es nicht!

In den Kirchen

Der Bußruf gegen die Kirchen und ihre Betätigung allein tut es nicht. Die in den Kirchen Mächtigen spotten über uns »Idealisten und Illusionisten«, über uns »Schwärmer und Utopisten«. Darum müssen wir uns maßgebenden Einfluss in den Kirchen erzwingen, um sie von Grund auf zu erneuern aus dem Geiste Jesu Christi.

Wir bleiben in den Kirchen, um den praktischen Nachweis zu liefern, dass man zugleich eingläubiger Christ und ein klassenbewusster Sozialist und Kommunist sein kann. Wir bleiben in den Kirchen, weil in ihnen trotz allem der heilige Geist vielen Trost und Kraft, Hilfe und Zuversicht für Leben und Sterben geschenkt hat und schenken wird: weil wir der Ansicht sind, dass nicht die Priester und Pfarrer, nicht der Papst und die Kirchenregierungen die Kirche ausmachen, sondern das Volk, die Masse der Sehnsüchtigen und Verlangenden, der Mühseligen und Beladenen, die durch den Kampf des Proletariats von der äußeren Not bereit, Lebenserfüllung und

Lebenskraft in der Gemeinschaft der neuen Kirche finden sollen.

Die aus inneren Gründen aus der Kirche ausgetretenen Sozialisten sind in unseren Reihen willkommen.

Allen nach der letzten Wahrheit, nach Erlösung und Ewigkeit suchen den Menschen steht der Bund der religiösen Sozialisten offen.

Was verlangen wir von den Kirchen?

1. Sie sollen die restlose Trennung der Kirchen vom Staat durchführen.
2. Sie sollen die kapitalistische Wirtschaftsordnung anklagen und an ihrem Sturz mitkämpfen.
3. Sie sollen für den Völkerfrieden und die Völkerversöhnung predigen und dazu auffordern in allen Ländern, dass von einem Christen kein Militäretat genehmigt, keine Waffe hergestellt und kein Kriegsdienst geleistet werden darf.
4. Sie sollen ihren Einfluss benutzen dafür, dass die öffentliche Fürsorge für die Armen und Schwachen, die Opfer des Mammonsdienstes, ausgebaut werde.
5. Sie sollen die Bedürfnisse der kirchlichen Verwaltung vermindern, die Kirchensteuergerechter gestalten und herabsetzen.
6. Sie sollen die kirchlichen Sitten und den Aufbau des Gottesdienstes umgestalten, dass sie den heutigen Menschen unmittelbare Frömmigkeit übermitteln.
7. Sie sollen den Religionsunterricht selbständigen, ihn methodisch ändern, seinen Besuch freiwillig gestalten und ihn von freiwilligen Kräften erteilen lassen. Er soll vor allem aus der kapitalistischen Staatsschule losgelöst werden.

Eine neue Partei?

Wir denken nicht daran, eine neue politische Partei ins Leben zu rufen. Wir sind, wenn wir politisch oder gewerkschaftlich organisiert sind, in den bestehenden proletarischen Parteien, der sozialdemokratischen oder kommunistischen Partei und in den freien Gewerkschaften oder Angestelltenverbänden. Zur Durchführung unserer besonderen Aufgabe haben wir ein sinngemäß gegliedertes Zweckverbandssystem.

Protestanten und Katholiken?

Die konfessionelle Spaltung in die katholische und evangelischprotestantische Kirche ist geschichtlich bedingt. Sie wird nach der Ansicht der religiösen Sozialisten in der sozialistischen Zeit überwunden werden. Die Übereinstimmung der protestantischen und katholischen Sozialisten in ihrem gemeinsamen Kampf um die Befreiung des Christentums wird die Vorbedingungen schaffen für die Überwindung der Konfessionen in einer einheitlich christlich gläubigen und sozialistisch kämpfenden Gemeinschaft, für die Kirche der Zukunft.

Wir sind Revolutionäre

Die religiösen Sozialisten sind sich wohl bewusst, dass ihr Kampf einen Umsturz des religiös kirchlichen Lebens bedeutet. Sie wollen diesen Umsturz.

Als Jesus Christus sagte: »Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon!« und »Ich bin gekommen, dass ich ein Feuer anzünde auf Erden, was wollte ich lieber, als es brennte schon« und »Selig seid ihr Armen« und »Wehe euch Reichen, die ihr voll seid«, und »Selig sind, die um der Gerechtigkeit willen verfolgt werden«, da wollte er, dass seine Nachfolger Revolutionäre seien solange, bis Gerechtigkeit sei auf Erden, Reichtum und Armut versunken seien in einer neuen Ordnung menschlicher Gemeinschaft!

Die religiösen Sozialisten suchen nicht das Ihre. Sie kämpfen nicht um aufzulösen, sondern um zu erfüllen. Das Symbol, unter dem sie ihren besonderen Kampf kämpfen, ist die rote Fahne der proletarischen Revolution mit dem schwarzen Kreuze Jesu Christi.

Drei Sätze eines Religiösen Sozialisten

*Jeder Sozialismus, dessen Grenze enger ist
als Gott und der Mensch, ist uns zu wenig.*
(Leonhard Ragaz)

Martin Buber

1

Religiöser Sozialismus kann nicht Verknüpfung von Religion und Sozialismus bedeuten, dergestalt, dass jeder seiner beiden Bestandteile auch unabhängig vom anderen, wenn nicht sein Genügen, so doch sein selbständiges Leben finden könnte und die beiden nur eben einen Vertrag geschlossen hätten, um ihre Selbständigkeiten zu einer des gemeinsamen Seins und Wirkens zusammenzufügen. Religiöser Sozialismus kann vielmehr nur bedeuten, dass Religion und Sozialismus wesensmäßig aufeinander angewiesen sind, dass jedes von beiden zur Erfüllung und Vollendung des eigenen Wesens des Bundes mit dem andern bedarf.

Die religio, das ist die Selbstbindung der Menschenperson an Gott, kann ihre volle Wirklichkeit nur am Willen zu einer Gemeinschaft des Menschengeschlechtes – als die allein Gott sein Reich bereiten darf – gewinnen. Eine socialitas, das ist ein Genossenschaftwerden der Menschheit, ein Genosse werden von Mensch zu Mensch. Es kann nicht anders wachsen als aus der gemeinsamen Beziehung zu der, wenn auch wieder und noch namenlosen, göttlichen Mitte.

Verbundenheit mit Gott und Gemeinschaft zu den Kreaturen gehören zusammen. Religion ohne Sozialismus ist entleibter Geist, also auch nicht wahrhafter Geist.

Martin Buber, Religions- und Sozialphilosoph und religiöser Sozialist, *1878, gehört mit Leonhard Ragaz zu den Begründern eines verständnisvollen neuzeitlichen Dialogs zwischen Judentum und Christentum. 1916 gründete er zusammen mit Salman Schocken die Monatszeitschrift »Der Jude«, die bis 1928 erschien. Im selben Jahr siedelte Buber mit seiner Familie von Berlin-Zehlendorf nach Heppenheim an der Bergstraße über, wo er sein philosophisches Hauptwerk »Ich und Du« veröffentlichte und gemeinsam mit Franz Rosenzweig eine Neuübertragung der Hebräischen Bibel ins Deutsche begann.

Der jüdische Gelehrte verlor 1933 seine Professur für jüdische Religionslehre und Ethik in Frankfurt und musste Deutschland 1938 verlassen, 1965 starb er in Jerusalem. Als Teilnehmer an den religiös-sozialistischen Tagungen warb er immer wieder für den Mut zur »Verwirklichung im Kleinen«, wie in den Lebensgemeinschaften der Bruderhöfe oder der Kibbuzim.

Die Drei Sätze eines Religiösen Sozialisten wurden zuerst 1928 in der von Leonhard Ragaz gegründeten und herausgegebenen Zeitschrift Neue Wege veröffentlicht. Religion und Sozialismus sind »wesensmäßig aufeinander angewiesen«, ist die Botschaft seiner Leitsätze.

Sozialismus ohne Religion ist entgeisteter Leib, also auch nicht wahrhafter Leib. Aber: Sozialismus ohne Religion vernimmt die göttliche Ansprache nicht, er geht nicht auf Erwidierung aus, und doch geschieht es, dass er erwidert. Religion ohne Sozialismus vernimmt die Ansprache und erwidert nicht.

2

Alle »religiösen« Formen, Institutionen und Verbände sind je nachdem real oder fiktiv, ob sie einer wirklichen Religio – einer wirklichen Bindung der Menschenperson an Gott – zum Ausdruck, zur Gestalt und zum Träger dienen, oder nur neben ihr her bestehen, oder gar die Flucht vor der wirklichen Religio – als welche die konkrete Antwort und Verantwortung des Menschen im Jetzt und Hier einschließt – decken. So sind auch alle »sozialistischen« Tendenzen, Programme und Parteien je nachdem real oder fiktiv, ob sie einer wirklichen Socialitas – einem wirklichen Genossenschaftwerden der Menschheit – zur Kraft, zur Anweisung und zum Werkzeug dienen, oder nur neben ihrem Wachstum her bestehen, oder gar die Flucht vor der wirklichen Socialitas – als welche das unmittelbare mit einander Leben und für einander Leben der Menschen im Jetzt und Hier einschließt – decken. In der Gegenwart sind die geltenden religiösen Formen, Institutionen und Verbände, in die Fiktivität eingetreten, die geltenden sozialistischen Tendenzen, Programme und Parteien noch nicht aus der Fiktivität hervorgetreten.

So steht heute im Bezirk der Geltung Schein gegen Schein. Aber im Bezirk der verborgenen Künftigkeit hat die Begegnung zu geschehen begonnen.

3

Der Ort, wo Religion und Sozialismus einander in der Wahrheit zu begegnen vermögen, ist die Konkretheit des persönlichen Lebens. Wie Religion in ihrer Wahrheit nicht Glaubenslehre und Kulturvorschrift, sondern das Stehen und Standhalten im Abgrund der realen wechselseitigen Beziehung mit dem Geheimnis Gottes ist, so ist Sozialismus in seiner Wahrheit nicht Doktrin und Taktik, sondern das Stehen und Standhalten im Abgrund der realen wechselseitigen Beziehung mit dem Geheimnis der Menschen. Wie es Vermessenheit ist, an etwas zu »glauben«, ohne – wie unzulänglich auch – auf das zu leben, woran man glaubt, so ist es Vermessenheit, etwas »durchsetzen« zu wollen, ohne – wie unzulänglich auch – auf das zu leben, was man durchsetzen will. Wie das Dort versagt, wenn das Hiernicht drangegeben wird, so muss das Dann versagen, wenn das Jetzt es nicht bewährt. Die Religion soll wissen, dass es der Alltag ist, der die Andacht heiligt und entheiligt. Und der Sozialismus soll wissen, dass die Entscheidung darüber, wie ähnlich oder unähnlich der erreichte Zweck dem einst gesetzten ist, davon abhängt, wie ähnlich oder unähnlich dem gesetzten Zweck das Mittel war, durch das er erreicht wurde. Religiöser Sozialismus bedeutet, dass der Mensch in der Konkretheit seines persönlichen Lebens mit den Grundfakten dieses Lebens Ernst macht: den Fakten, dass Gott ist, dass die Welt ist, und dass er, diese Menschenperson, vor Gott und in der Welt steht.

Die Frau und der Friede

Clara Ragaz-Nadig

Also doch wieder kämpfen? Ja, kämpfen und zwar einen bitteren, schweren, harten Kampf kämpfen. Keinen Kampf mit Kanone und Maschinengewehr, Kriegsschiff und Militärluftschiff, aber einen Kampf gegen Kanone und Maschinengewehr, Kriegsschiff und Militärluftschiff. Und ich glaube, daß der noch der schwerere sein wird; denn das sind die Götter geworden, denen die Völker ihre Geschicke anvertraut haben, und sie anzugreifen, heißt heilige Güter angreifen.

Aber noch gegen andere Götter müssen wir kämpfen: gegen den Staat, der um seiner selbst willen da ist, für einen Staat, der um der Menschen willen da ist. gegen einen Staat, in dem eine Handvoll Männer in einem Augenblick diplomatischer Schwierigkeiten über Millionen von Menschen Not und Tod bringen können, für einen Staat, der seine Entscheidungen im Blick auf das Wohl und Wehe dieser Millionen trifft. gegen einen Staat, der seine Beziehungen zu den auswärtigen Mächten in Dunkel und Geheimnishüllt, für einen Staat, der seinen Angehörigen Einblick gewährt in seine Geschäfte, deren Risiko sie voll mitzutragen haben. gegen einen Staat, der Ehre und Recht dem bloßen Waffenglück anvertraut, für einen Staat, der Ehre und Recht der Weisheit seiner geistigen Führer anvertrauen kann. [...]

Wir müssen um eine Wirtschaftsordnung kämpfen, die Brot und Land, Macht und Recht wieder gleichmäßiger verteilt, und nicht durch Anhäufung ungeheurer Schätze in den Händen einiger Weniger diese Wenigen zu den Beherrschern der-

Die Frau und der Friede ist die bekannteste Schrift der schweizer Pazifistin und Feministin Clara Ragaz-Nadig. Sie zählte 1902 zu den Gründerinnen des schweizerischen Bundes abstinenter Frauen in Basel. 1907 trat sie der Union für Frauenbestrebungen bei und engagierte sich 1908–1915 in der Sozialen Käuferliga. 1909 leitete sie die Schweizerische Heimarbeitsausstellung in Zürich.

Neben ihrem sozialen Engagement für die Arbeiterinnen in Aussersihl und neben ihrer Lehrtätigkeit als Dozentin an der Sozialen Frauenschule leitete sie 1929–1946 als Vizepräsidentin die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF), deren schweizer Sektion sie 1915 mitgegründet hatte.

Mit ihrem friedenspolitischen Engagement beeinflusste sie auch ihren Mann, den religiösen Sozialisten Leonhard Ragaz. Clara Ragaz' Schrift »Die Frau und der Friede« wurde von den Nationalsozialisten im Dritten Reich 1938 verboten. Wir geben einen ganz kurzen Auszug wieder.

C. Ragaz-Nadig kämpfte für einen »Staat, der um der Menschen willen da ist«, für eine Wirtschaftsordnung, »die Brot und Land, Macht und Recht wieder gleichmäßiger verteilt«

Märkte und damit zu den eigentlichen Herrschender Welt macht.

Ein Wort der religiös-sozialistischen Internationale über Nationalismus und Faschismus an die europäische Christenheit

26 **A**ls Vertreter einer Bewegung, zu deren Zielen die Neuordnung der Gesellschaft im Geiste Christi und aus den Kräften des Reiches Gottes gehört, fühlen wir uns durch die steigende Welle des Nationalismus und Faschismus in ihren verschiedenen Formen und die dadurch vermehrte Gefahr des Bürgerkrieges und Völkerkrieges tief beunruhigt und in unserem Gewissen verpflichtet, darüber ein Wort der Mahnung und Bitte besonders an die christlichen Kreise zu richten.

Wir bemühen uns gewissenhaft, das Recht und den tieferen Sinn der nationalistic und faschistischen Bewegung nicht zu verkennen. Sie ist sowohl durch die geistige wie durch die wirtschaftliche Not der heutigen Weltlage erzeugt und ein neues Symptom der Unhaltbarkeit unserer Zustände. [...] Unter solchen Gesichtspunkten dürfen wir auch in ihr eine Mahnung zu tieferer Besinnung auf die heiligen und ewigen Fundamente der Gesellschaft, wie alles Lebens überhaupt, erblicken.

Aber im bewußten oder unbewußten Streben nach einer Erneuerung des Lebens von diesen Fundamenten her verirren sich Nationalismus und Faschismus auf einen Weg, der weit von ihnen weg in Irrtum und Fluch gerade der Welt führt, die es zu verlassen gilt. Sie wissen keine ernsthafte Hilfe für die materielle Not. Ihre wirtschaftlichen Vorschläge sind größtenteils unreif und rein demagogisch, dazu von äußerster Dürftigkeit, und ihr Sozialismus

Seit 1926 dokumentierten die religiösen Sozialisten regelmäßig das Anwachsen faschistischen Geistes in der Kirche. Horst-Wessel-Lied als Orgelmusik, Stahlhelm, Säbel und Gewehr auf dem Altar, Hakenkreuzfahne an der Kanzel waren Symptome dieser Entwicklung.

Der am 30. November 1930 gedruckte Aufruf der religiös-sozialistischen Internationale entlarvt den Faschismus als fanatische »Religion völkischer und rassischer Selbstvergottung«. Er sieht klar: Das Kreuz als »Sinnbild der vergebenden und rettenden Liebe Gottes« ist verkehrt in das Zeichen »selbstgerechter und hochmütiger Ausschließlichkeit, ja sogar des Hasses und der Gewalt«.

Der BRSD wurde 1933 zerschlagen. Führende Mitglieder gingen ins Exil oder wurden in Gefängnis und KZ verschleppt oder versetzt bzw. aus dem Dienst entlassen. Trotz dieser vielfältigen Verfolgungen wurde der Widerstand gegen das Unrechtsregime weitergeführt. Religiös-sozialistische Initiativen bewirkten die Rettung von rassisch und politisch Verfolgten.

Hat nicht Bertolt Brecht recht mit seinem Gedicht aus dem Jahr 1933, in dem es heißt: »Unsere Niederlagen nämlich beweisen nichts, als dass wir zu wenige sind, die gegen die Gemeinheit kämpfen.«

vollends ist bei den wichtigsten Führern bloß ein Köder zur Einfangung der Massen für andere Zwecke. Darum fehlen ihr für einen organischen Aufbau der durch das kapitalistische Lebenssystem mechanisierten, atomisierten und mammonisierten Gesellschaft ebenso die wirtschaftlichen Voraussetzungen, wie ihr die geistigen fehlen und ist der Berufsstaat wie die Volksgemeinschaft und die Überwindung des Klassenkampfes auf diesem Boden bloße Fiktion. Eine gewaltsame Erzwingung dessen, was nur organisch wachsen könnte, raubt dem faschistischen Versuch vollends alle Wahrheit. Die Demokratie wird durch eine Demagogie, die in ihrer Verbindung von Roheit und Raffiniertheit alles bisher Dagewesene überbietet, schwerlich eines Besseren belehrt. Auch die Diktatur wird damit bloß zur Krönung der Demagogie. Kein ernsthafter Mensch kann darin die Lösung des Problems der Autorität und des Führertums erblicken [...].

Sie schafft auch nicht echte Ordnung, sondern bloß Scheinordnung, auf die erst recht das Chaos folgt. Und ebensowenig vermögen der Nationalismus und Faschismus die Versumpfung der heutigen Zivilisation zu überwinden. Abgesehen davon, daß die Diktatur selbst erfahrungsgemäß eine Quelle der schlimmsten Korruption wird, fehlt es gerade dieser Bewegung, die den Naturtrieb vergöttert, wieder an den geistigen Voraussetzungen für eine solche Reinigung der Welt, wie es ihr an den wirtschaftlichen fehlt, da sie die Hauptquelle dieser Versumpfung, die kapitalistische Ordnung, nicht ernsthaft abgraben will und kann. Und schließlich versagt sie gerade auch da, wo sie ihr Zentrum hat: der Nationalismus, der das Volkstum erhalten und befreien will, zerstört es vielmehr,

nach dem Worte, daß sein Leben verliert, wer es – egoistisch – erhalten will. Vollends würde die nationalistische Außenpolitik die europäischen Völker nicht zur Befreiung, sondern in Chaos und Untergang führen. Sie ist im Angesicht der Wirklichkeit, mit der wir zu rechnen haben, aus Unwissenheit entstandene, romantische Utopie, ja gefährliche Kinderei, wenn nicht gewissenlose Demagogie.

Was uns aber besonders beunruhigt, ist der unerträgliche Widerspruch, worin die Bewegung mitall jenen geistigen Mächten gerät, die wir meinen, wenn wir Christus sagen. Dies tritt besonders an ihrem Nationalismus zutage. Dieser wird bei ihr zuletzt zu einer fanatischen Religion völkischer und rassenhafter Selbstvergottung, die nicht nur aller geschichtlichen Wahrheit und ernsthafteren Wissenschaft widerspricht, sondern auch in ihrem Wesen mit Christus wahrhaftig nichts mehr zu tun hat, vielmehr ganz offenkundig von dem einen Gott und Vater aller Menschen zu den vielen Volksgöttern des Heidentums in seiner schlimmsten Form zurückführt und am Ende zu einem dämonischen Kultus des Moloch entartet. Sollte unser Christentum, sollten unsere Kirchen so weit von der Empfindung der christlichen Grundwahrheit abgekommen sein, daß sie das nicht mehr sähen? Dann wäre die Stunde ihres Unterganges gekommen. Wie kann sich ein Jünger Christi zu einem Rassenhochmut bekennen, der die Mitmenschen anderer Völker oder Rassen von aller höheren Kultur ausschließt, im besonderen zu der geistverlassenen Roheit desüblischen Antisemitismus, wenn noch das Apostelwort gilt: »Da ist nicht Jude noch Grieche, nicht Knecht noch Freier, nicht Mann noch Weib, sondern sie sind alle Eins in Christus Jesus«? Gewiß hat

auch für einen Jünger Christi alle Natur, als Gottes Schöpfung, ihr Recht [...], aber die Natur muß durch Kräfte, die über sie hinausgehen und die im Kreuze ihren höchsten Ausdruck finden, von den Dämonen des blinden Triebes erlöst werden und über Volk und Vaterland steht das Reich Gottes mit seinen heiligen Ordnungen.

Diesen gehorchend, dem Reiche Gottes dienend, werden sie selbst gesund und groß, sich selbstdienend werden sie eine Beute der Dämonen, verbreiten Fluch und gehen selbst an diesem Fluch zugrunde.

Man darf sich nicht durch den christlichen Schein der Bewegung über ihren wahren Charakter täuschen lassen. Abgesehen davon, daß das christliche Bekenntnis in ihrem Munde zugestandenermaßen oft bloß wieder Demagogie ist, also schlimmster Mißbrauch des Heiligen zu fremden Zwecken, so liegt doch offen zutage, daß sie das Kreuz Christi unter der Hand in das Hakenkreuz verwandelt, also das Sinnbild der vergebenden und rettenden Liebe Gottes für Alle in das Zeichen selbstgerechter und hochmütiger Ausschließlichkeit, ja sogar des Hasses und der Gewalt. Ist das nicht die schlimmste Lästerung des Kreuzes, die man sich denken kann? Ihr Vertreter der Sache Christi, solltet Ihr das nicht sehen? Solltet Ihr nicht die ungeheure Gefahr für die Sache Christi sehen, die in dieser Verwechslung liegt? Wenn der Gewaltgedanke, der mit diesem Götzendienste des Nationalismus aufs engste verbunden ist, mit einer noch nie dagewesenen Frechheit sein Credo in die Welt schreit, wer wäre so abgestumpft, um ihn nicht als freche Gottlosigkeit zu empfinden? Und der cäsaristische Despotismus, der den Staat zum Gottemacht, der nichts neben sich gelten läßt, der keine Regung

des selbständigen Gewissens duldet und seine Gegner mit Gewalt und Mordunterdrückt, wie kann er neben Anspruch auf die Freiheit des Christenmenschen bestehen, die das Palladium des Protestantismus und neben dem Anspruch auf die Herrschaft Christi über alles Leben, die der Sinn des Katholizismus ist?

Erwachtet, die Ihr Euch durch den nationalistischen und faschistischen Trug und Rausch habt verblenden lassen, werdet des Abgrunds gewahr, vor dem Ihr steht. Erwachtet zur Wahrheit Christi, kehret von Cäsar und Wotan zu Christus, vom Lektorenbündel zur Dornenkrone des Menschensohnes und vom Hakenkreuz zum wirklichen Kreuze zurück, dem allein der Sieg über die Weltverheißten ist. Der Bund des Christentums mit dem Nationalismus und Faschismus ist Abfall von der Wahrheit Christi und ist eine größere Gefahr, als jede offene Feindschaft gegen seine Sache.

Wenn diese Bewegung also auf der einen Seite viel Recht und Wahrheit enthält, auf der andern aber diese in Torheit, Demagogie und dämonischer Verirrung verloren geht, so ist offenbar die Aufgabe gestellt, sie auf bessere Weise zu verwirklichen. Diesen besseren Weg erblicken wir in einer Umkehr von den Götzen einer in Blut, Chaos und Fluch versinkenden Welt zu jenem lebendigen Gott, dessen Herz und Wille uns in Christus kund wird. Er ist die Autorität, auf welcher eine Gesellschaft ruhen muß, die Bestand haben soll, er ist aber auch die Freiheit. Die wirtschaftliche wie die geistige Not, der Mangel am Nötigsten neben dem Überfluß an allen Gütern, die Arbeitslosigkeit neben der Fülle der Aufgaben, die rücksichtslose und entseelende Rationalisierung der Arbeit, die Mechanisierung, Atomisierung und Mammonisierung des

Lebens mit aller daraus folgenden Verderbnis, Verflachung, Versumpfung des ganzen Menschenwesens kann nur überwunden werden durch eine Umkehr vom Mammon zu Gott, von der Ware zur Seele, vom Profit zum Menschen, von der Konkurrenz zum gegenseitigen Dienst von der Entartung alles Lebens in Götzendienst zu den erlösten ursprünglichen Ordnungen der Schöpfung. Auf diesem Wege leuchten wieder, verjüngt, die wahren und ewigen Ziele auf, für die es sich lohnt, das Leben einzusetzen. Auf diesem Wege allein kann es wieder zu wirklicher Volksgemeinschaft, sinnvoller Arbeit, neubeseelter Kultur kommen. Auf der Grundlage einer solchen sozialen und religiösen Erneuerung, eines neuen Glaubens und einer neuen Liebe, die zu Gerechtigkeit werden, kann eine neue Demokratie und ein neues Führertum entstehen. Hier verbindet sich die wahre Freiheit mit wahrer Ordnung. Die Formen der Demokratie mögen sich wandeln müssen, das Prinzip bleibt eine notwendige Erfüllung der Botschaft von der Gotteskindschaft und Bruderschaft des Menschen. Der Weg zu einer neuen Freiheit der Völker aber führt gerade über eine Abwendung von Gewaltglauben und nationalistischem Egoismus zum Glauben an eine Völkergemeinschaft, über welcher Gottes heiliges Recht für Alle waltet aus dem eine Friedensordnung der Völkerwelt fließt, in deren Schutz alles Volkstum erst recht aufblühen kann. Diese Wendung bildet die Voraussetzung für eine wirkliche Liquidierung des Weltkrieges wie für die Überwindung aller Kriege, Bürgerkrieges wie des Völkerkrieges. Nicht die Niederstämpfung der sozialistischen Arbeiterbewegung und die Wiederaufrichtung gestürzter Götterbilder ist der Sinn der Stunde und unsere Hilfe, sondern eine tie-

fe Verbindung der Kräfte der sozialen mit denen der religiösen Erneuerung zu einer Kraft und zu einem Strom.

Die Lage Europas, die durch den sich zuspitzenden Kampf besonders zwischen dem Faschismus und dem Sozialismus gekennzeichnet ist, bedeutet also eine gewaltige Mahnung an die Christenheit zur Besinnung auf sich selbst, zur Umkehr von falschen Wegen und zu helfender Tat. Besonders die furchtbaren Tatsachen der Arbeitslosigkeit und des drohenden Mangels am Nötigsten bei einem großen Teil der Volksgenossen mahnen zu großen und raschen Entschlüssen. Sonst wird Weihnachten zur Lüge. Nicht mit den Göttern der bloßen Natur zu altem Fluch zurück, sondern mit Christus zu Gott und dem Menschen vorwärts geht der Weg der Rettung.

Der Internationale Ausschuss der religiösen Sozialisten.

- Der Präsident: Dr. L. Ragaz, Zürich.*
- Für Deutschland: Erwin Eckert, Pfarrer, Mannheim.*
- Für England: Fred. Hughes, Parlamentsmitglied, London.*
- Für Frankreich: Professor Paul Passy, Paris, Bourg-la-Reine, Seine.*
- Für Holland: Dr. W. Banning, Barchem.*
- Für Österreich: Otto Bauer, Redakteur, Wien.*
- Für Schweden: J. M. Ljungner, Oerebro.*
- Für die Schweiz: Dr. L. Ragaz. Hélène Monastier (Sekretärin).*

Christliche Männer u. Frauen

ihr müßt am 14. September

sozialistisch wählen!

Am 14. September sind die Wahlen zum Deutschen Reichstag. Auch die christliche werktätige Bevölkerung muß sich entscheiden, welche Männer sie wählen, welcher Partei sie ihre Stimmen geben will.

Wahlbeteiligung ist Pflicht für jeden Christen, denn auch er ist verantwortlich am Schicksal des Volksganzen, in dem er lebt.

Christliche Volksgenossen, ihr könnt nur eine Partei wählen, die durch ihre Forderungen und Taten bewiesen hat, daß sie für die Mühseligen und Beladenen, für die ausgebeuteten Schichten unseres Volkes eintritt.

Ob ihr an der Maschine steht in der Fabrik, an der Arbeitsbank in der Werkstatt, ob ihr hinter dem Pfluge hergeht oder im Büro über euer Schreibpult gebeugt sitzt, ihr seid alle Arbeiter, die allein von dem Ertrag der Arbeit ihrer Hände oder ihres Geistes das Leben fristen müssen.

Ihr müsst zusammenstehen ohne Unterschied des Berufs und der Konfession

Ihr habt kein Kapital, dessen Zinsen euch und eure Kinder ernähren, ihr lebt nicht von der Arbeit anderer, sondern von den schlechten Löhnen, die man euch in der heutigen kapitalistischen

Wirtschaftsordnung gibt, die darauf bedacht ist, den größtmöglichen Profit aus den Betrieben herauszuholen, gleichgültig, ob dabei Tausende von Arbeitern und Angestellten zugrunde gehen und in ein freudloses Dasein hineingezwungen werden.

Ihr kennt die grausame Not der Arbeitslosigkeit.

Wer kämpft allein und entschlossen gegen diese Not? Die sozialistischen Parteien!

Wer tritt ein für den Rechtsanspruch der Arbeitslos gewordenen auf ausreichende Unterstützung? Die sozialistischen Parteien!

Wer sorgt dafür, daß die Arbeitszeit verringert, die Arbeitsweise vernünftig, das Arbeitsrecht ausgebaut wird? Die sozialistischen Parteien!

Wer tritt ein für die Invaliden der Arbeit, die Witwen und Waisen, für den Schutz der Unmündigen? Die sozialistischen Parteien!

Wenn ihr alt geworden seid, abgearbeitet, invalide geworden seid, dann habt ihr einen ruhigen Lebensabend verdient, dann sollt ihr euch nicht sorgen müssen um das tägliche Brot.

Die Witwen und Waisen der werktätigen Bevölkerung und gerade sie, die im

größten Elend sind, sollen nicht verlassen sein. Das Volksganze, dem ihr, dem eure Männer und Väter mit ihrer Arbeit gedient haben, muß die alt und krank Gewordenen versorgen.

Die politische Vertretung der Besitzenden, die bürgerlichen Parteien, kümmern sich nicht um euch!

Nur die sozialistischen, die »gottlosen« Parteiensorgen dafür, daß die selbstverständliche Christenpflicht des Staates, der Gesellschaft, an den Schwachen und Armen erstgenommen wird.

Aber die bürgerlichen Parteien geben alle vor, die eigentlichen Schützer des Christentums und der christlichen Kirchen zu sein! Sie reden fromm und tun so, als sei ihnen christliche Art Voraussetzung aller Lebensgestaltung. Aber ihre Taten sehen anders aus, ihre Absichten sind direkt widerchristlich. Sie wollen die heutige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufrechterhalten, sie ist nach ihrer Ansicht sehr wohl vor dem Gewissen eines Christen zu rechtfertigen. Sie verfälschen das Evangelium und die Aufgabe der Kirche, um beide in den Dienst ihrer selbstsüchtigen Interessenpolitik stellen zu können. Wir aber fordern euch auf zum Protest gegen die bestehenden unchristlichen Zustände in Wirtschaft und Gesellschaft.

Ein rechter Christ muß ein Revolutionär sein, denn alles, was er im öffentlichen Leben sieht, was er als Grundlage der heutigen Verhältnisse erkennen kann, ist antichristlich.

Oder haltet ihr es für christlich, daß die Schätze der Erde, die Gott allen gegeben hat, damit durchgemeinsame Arbeit für alle ein menschenwürdiges Leben gesichert sei, daß der Grund und Boden, die Rohstoffe, Kohlen und Erze, die aus der

Der Wahlauf Ruf aus dem Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1930, Nr. 34, stellt die sozialistischen Parteien als Fürsprecher der Armen und Arbeitslosen vor, während die Vertiefung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durch die bürgerlichen Parteien als »widerchristlich« entlarvt wird.

Der Aufruf wirbt für eine Friedens- und Sozialpolitik, für den Sozialismus aus christlicher Verantwortung, spricht Katholiken gesondert (contra Zentrum) und Protestanten (contra Christlich-Sozialer Volksdienst) an, warnt ausdrücklich vor den Nazis, die »Hetzaposteln und Haßpropheten« genannt werden, die Juden als Sündenböcke hinstellten und Bürgerkrieg führen würden.

Auch die SPD hatte vor dem Faschismus gewarnt mit Plakaten »Gegen Bürgerblock und Hakenkreuz«. Nie wieder Krieg war auch die Parole bei Großkundgebungen der KPD und SPD in Berlin.

Bei der Wahl wurde die NSDAP zweitstärkste Fraktion mit 6,4 Millionen Stimmen und 107 Sitzen gegenüber 143 Sitzen der SPD und 77 Sitzen der KPD.

kollektiven Arbeit gewordenen Werte in den Fabriken und Verkehrsmitteln, die Geldsummen in Banken und Kassen Einzelnen gehören, die damit machen können, was sie wollen, und zur Unterdrückung der breiten Massen benützen?

Haltet ihr es für christlich, daß die einen in Palästen wohnen, die anderen aber in Löchern und Spelunken?

Haltet ihr es für christlich, daß die Kinder der Besitzenden die bestmögliche Ausbildung aller ihrer Fähigkeiten empfangen, die Kinder der arbeitenden Massen aber in Stadt und Land verkümmern müssen an Leib und Seele, Kinder, denen Gott auch Fähigkeiten und Kräfte gegeben hat, die nicht verderben sollen?

Haltet ihr es für christlich, daß über 23 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger im Monat kaum 150 Mk. (!) für den Aufwand ihrer oft vielköpfigen Familie zur Verfügung haben, auch wenn sie voll arbeiten – wie das aus einer amtlichen Statistik erwiesen ist – und daß zur gleichen Zeit an die Aufsichtsräte und Aktionäre großer Betriebe, die Arbeiter abbauen und »rationalisieren«, Gelder verschenkt werden, von denen viel hunderttausend Arbeiterfamilien leben könnten.

Wer aber kämpft dafür, daß die für das Leben aller notwendigen Rohstoffe und Betriebsmittel aus der Willkür der Reichen in die verantwortliche Verwaltung des Volksganzen überführt und dadurch allen, die arbeiten wollen, ein menschenwürdiges Dasein gesichert sein wird?

Wer kämpft gegen die Wohnungsnot – für gesunde Massenwohnungen?

Gegen die Kindernot – für Kinderhilfe?

Gegen Völlerei und Luxus – für das tägliche Brot aller Werktätigen – für die gesicherte Existenz aller Schaffenden?

Nur die sozialistischen Parteien

Sie allein wollen ernsthaft die Versöhnung der Völker, den Frieden auf Erden, die Verbrüderung der Nationen.

Es war die Geld- und Ländergier, die Macht- und Ruhmsucht des Bürgertums in allen Ländern Europas und der neuen Welt, die eure Väter und Söhne, eure Brü-

der und Freunde ermordet hat im Weltkrieg.

Du sollst nicht töten!

Wollt ihr es als Christen nicht ernst nehmen mit diesem Gebot? Wollt ihr nicht dafür sorgen, daß dies der letzte Krieg gewesen ist, an dem unser Volk teilnimmt?

Wenn ihr aber eine Gewähr dafür haben wollt, daß Friede sei für unser Volk, Friede in Europa, Friede in der Welt, dann müßt ihr den politischen Einfluß der sozialistischen Parteien stärken. Nur die Verständigung, die Verbrüderung der arbeitenden Massen aller Völker kann den Frieden vorbereiten und sichern.

Christliche Männer und Frauen, aus allen diesen Gründen müßt ihr dafür sorgen, daß auch bei der bevorstehenden Reichstagswahl am 14. September die sozialistischen Stimmen zunehmen!

Gerade jetzt müßt ihr wachsam sein.

Die bürgerlichen Parteien setzen alles daran, eine Mehrheit im neuen Reichstag zu bekommen, die sie in den Stand setzt, ihre gegen das Wohl der werktätigen Bevölkerung gerichteten politischen Maßnahmen durchzusetzen.

Bei den gegenwärtigen politischen Entscheidungen, auch bei diesem Wahlkampf um die neue Zusammensetzung des Reichstags, handelt es sich nämlich im besonderen darum, daß die kapitalistisch-bürgerliche Front von Hitler bis zu Brüning und zu der Staatspartei des Herrn Arthur Mahraun durch Einschränkung und Aufhebung sozialpolitischer Gesetze (Arbeitslosenversicherung, Kriegsbeschädigtenfürsorge, Kranken- und Invalidenversicherung) den Lebensraum der Arbeiter und Angestellten einengen wollen. Dadurch sollen die wirtschaftlich Abhängigen gezwungen

werden, unter den schlechtesten Bedingungen und für den geringsten Lohn ihre Arbeitskraft zu verkaufen und dabei langsam, aber sicher zugrunde zu gehen.

Laßt euch nicht irre machen durch die »christlichen« Aushängeschilder der bürgerlichen Parteien. Nicht nur die Deutschnationale, nicht nur die Deutsche Volkspartei, nicht nur die Konservative Volkspartei und wie sie sonst alle heißen, sondern auch die sich besonders christlich geben, Zentrumspartei, die Bayerische Volkspartei, der »Christlichsoziale« Volksdienst, sind trotz ihres triefenden »Christentums« auf der Seite der bürgerlichen Macht- und Interessenpolitik, auf Seiten der Reaktion!

Die werktätige Bevölkerung hat von allediesen Parteien nichts zu erwarten.

Ihr müßt sozialistisch wählen!

Laßt euch nicht dadurch ins Boxhorn jagen, daß die bürgerlichen Agitatoren behaupten, man könne als Christ kein Sozialist sein und keine Sozialisten wählen, weil die Sozialisten antichristlich, gottlos seien! Laßt sie reden, was sie wollen. Das Christentum zeigt sich nicht in frömelnden Phrasen, sondern in helfender Tat.

In der sozialistischen Arbeiterschaft aber, in ihrem politischen und wirtschaftlichen Kampf ist mehr von christlicher Verantwortung zu erkennen, als in der oberflächlichen Frömmelrei bürgerlicher Kirchlichkeit.

Vertraut uns, wenn die euch durcheinander machen wollen.

Wir sind seit Jahren, seit Jahrzehnten in den sozialistischen Parteien organisiert und wir sind Christen geblieben, ja wir haben gemerkt, daß wir erst jetzt, seitdem wir auch teilnehmen an den Kämp-

fen der Arbeiterklasse um eine bessere und gerechtere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, mit gutem Gewissen Christen bleiben können. Wir müssen jetzt doch wenigstens nicht mehr das Bewußtsein haben, Tag für Tag und bei jeder öffentlichen Stellungnahme, daß wir durch unsere Taten unsere christliche Gesinnung verraten.

Wir haben jetzt erst wieder die Hoffnung, daß einmal auch in der Welt, in der menschlichen Gesellschaft, der uns in Christus geoffenbarte Wille Gottes Geltung haben wird.

Man kann nicht zwei Herren dienen!

Ihr müßt euch entscheiden. Wir leben in Deutschland, wie überall, wo die kapitalistischen Besitzverhältnisse herrschen, in einem Klassenstaat.

Das Gerede von der Volksgemeinschaft ist leider leeres Geschwätz.

Eine Volksgemeinschaft wird es erst in der sozialistischen Ordnung, in der klassenlosen Gesellschaft geben. Heute aber sehen wir auf allen Gebieten des Lebens eine Verschärfung des Kampfes zwischen den Interessen der einzelnen Klassen. Die Besitzenden stehen gegen die Armen, die Gebildeten gegen die Ungebildeten, die Vornehmen gegen die Geringen. Die Mächtigen wollen Gewalt ausüben und die Geldherren wollen groß sein, die Armen unterdrücken.

Wir aber, christliche Brüder und Schwestern, sollen alle auf der Seite der Mühseligen und Beladenen stehen, zu denen sich Jesus Christus einst gehalten hat, die unter der heutigen ungerechten Ordnung leiden müssen und im Elend verkommen.

Katholiken!

Das Zentrum will euch von der Partei

der arbeitenden Massen wegziehen. Damit die bürgerlichen Gruppen um so leichter mit der Arbeiterklasse fertig werden, suchen sie die Einheit der Werktätigen unmöglich zu machen unter dem Vorwand, ein Katholik könne nur in konfessionell katholischen Organisationen sein und nur ihnen seine Stimme geben!

Habt ihr schon einmal davon gehört, daß es konfessionelle Unternehmerverbände gibt? Sichernicht, es gibt keine. Aber die Arbeiter versucht man aus »konfessionellen« Gründen aus der Front der Parteien, ja die allein ihre Interessen vertreten, aus den sozialistischen Parteien, fernzuhalten.

Wir aber sagen euch, es ist eine Lüge, daß ein Sozialist kein guter Christ sein kann, daß er seinen Glauben aufgeben müsse.

Wir sind Christen und Sozialisten, bei uns sind Tausende von guten Katholiken, die sich endgültig frei gemacht haben von der politischen Bevormundung des Zentrums, dieser Partei der katholischen Unternehmer und der katholischen Hierarchie.

Protestanten!

Laßt euch nicht verdummen durch die Parole:

»Evangelischer, wähle evangelisch, wähle den Christlich-Sozialen Volksdienst!«

Das gleiche Manöver wie beim Zentrum. Man will euch aus der Front der Arbeiterklasse, wohin ihr gehört, loslösen, um die Front der sozialistisch kämpfenden Massen zu schwächen.

Kleinbürgerliche Idealisten, Pfarrer, die von der Wirklichkeit des harten Lebens nichts wissen, kleine Beamten, die sich

gern in den Vordergrund stellen wollen, halbverkrachte Parlamentarier der Deutschnationalen Partei suchen mit Hilfe kirchlicher Vereine und Verbände die evangelischen Christen von der Masse der um eine bessere Zukunft kämpfenden zu trennen!

Gebt diesen Leuten keine Stimme, es ist vergeudete Kraft, sie zu unterstützen. Sie sind politische Kinder! Hört nicht auf sie, ordnet euch ein in die geschlossene Front aller Werktätigen.

Wendet euch ab von den völkischen Radaumachern, den Nationalsozialisten,

diesen Hetzaposteln und Haßpropheeten. Sie sind weder national, denn sie führen unser Volk ins Unglück, noch sind sie Sozialisten, denn sie wollen im Grunde nur die ungerechte kapitalistische Gesellschaft vor dem Sturm der Masse retten.

Mit der Phrase: »Die Juden sind an allem schuld« wollen sie die Schuld des »christlichen« Militarismus und des Kapitalismus verdecken. Sie arbeiten mit allen Mitteln auf einen blutigen Bürgerkrieg hin.

Wollt ihr den Bürgerkrieg?

Dann wählt diese Schreier, die nichts anderes sind als die bezahlte Angriffstruppe der Kapitalisten zum Bürgerkrieg.

Noch einmal:

Kein Christ, der zum arbeitenden Volk gehört, darf eine bürgerliche Partei wählen!

Nach unserer Auffassung müßten sogar auch alle Christen, die wirklich an Gott den Vater aller Menschen, der will, daß allen geholfen werde, glauben, ohne Rücksicht auf Vermögen und Stand sich aus innerster Verantwortung zu dem Kampf der Unterdrückten und Ausgebeuteten bekennen und darum sozialistisch wählen.

Jesus Christus war sicher nicht der erste Sozialist; aber wer aus seinem Geiste und aus seiner Art heute im 20. Jahrhundert im öffentlichen Leben arbeiten und kämpfen will, der kann nur Sozialist sein.

Darum:

**keine Stimme den bürgerlichen
Parteien!**

keine Stimme den Splitterparteien!

Wählt nur

die sozialistischen Parteien

**des werttätigen Volkes
am 14. September!**

Wählt links!

Wählt rot!

Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands

Geschäftsstelle: Mannheim, Jungbushstr. 9

Warum bin ich als Christ Sozialist?

Helmut Gollwitzer

Thesen

1. Was sagt einer, der von sich sagt: »Ich bin Sozialist«?

1.1. Ein Sozialist hält eine bessere Gesellschaft, als es die gegenwärtige ist, für möglich und für nötig.

1.2. Mit »besserer Gesellschaft« sind dabei nicht nur Verbesserungen innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung gemeint, sondern eine gegenüber der bestehenden Gesellschaft in grundlegenden Strukturen veränderte Gesellschaft.

Dass der Sozialist an Verbesserungen innerhalb der bestehenden Gesellschaft mitarbeitet, verbindet ihn mit allen sich sozial verantwortlich wissenden Menschen dieser Gesellschaft zu tätiger Zusammenarbeit. Dass er darüber hinaus grundlegende Strukturveränderungen für möglich und nötig hält, unterscheidet ihn von ihnen.

1.3. Die Zielvorstellung der Sozialisten ist eine möglichst egalitäre Gesellschaft, d.h. eine Gesellschaft mit möglichster Chancengleichheit und möglichster Selbstbestimmung (Freiheit) und Mitbestimmung jedes Gesellschaftsmitgliedes, ohne Privilegien durch Geburt oder Besitz, negativ ausgedrückt: mit möglichster Minimierung von Ausbeutung, von Herrschaft und von Ungleichheit in der Aneignung des Sozialproduktes.

1.4. Der Sozialist macht damit ernst mit den ursprünglichen Zielen der bürgerlichen Gesellschaft – »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« –, die in dieser Gesellschaft wegen ihrer Sicherung von Privilegien und Ungleichheit immer nur einge-

schränkt verwirklicht, oft auch, wenn es die Sicherung der Privilegien ratsam erscheinen lässt, verleugnet werden (»Faschismus« in all seinen Spielarten). Friedrich Naumann (1908): »Der Sozialismus ist die denkbar weiteste Ausdehnung der liberalen Methode auf alle modernen Herrschafts und Abhängigkeitsverhältnisse«.

Godesberger Programm der SPD: »Der Sozialismus kann nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie nur durch den Sozialismus vollendet werden.«

1.5. Der Sozialist hat die Phantasie, sich Alternativen zur gegenwärtigen Gesellschaft vorzustellen und von da aus gegenwärtige Ordnungen ohne Beschönigungen zu kritisieren. Er unterstreicht, dass die gegenwärtige Gesellschaft weder natur- oder gottgegeben noch Ende und Ziel aller Geschichte ist. Sie ist vielmehr historisch geworden und historisch überholbar, sowohl durch Sozialismus wie durch Barbarei.

1.6. Der Sozialist kämpft für eine strukturelle Veränderung der Gesellschaft. Insofern ist er revolutionär. Die Veränderung, um die es ihm geht, ist ein langer Prozess. insofern denkt er evolutionär. Ob für die Veränderung eine politische Revolution mit Gewaltanwendung nötig ist, oder ob sich der Übergang von der alten Ordnung zur neuen allmählich, schrittweise und friedlich vollzieht, hängt von den Umständen ab, besonders davon, mit welchem Maße von Gewaltanwendung und Aufhebung demokratischer Rechte die am bestehenden Privilegienthema interessierten Kräfte ihre Privilegien zu sichern versuchen.

1.7. Der Sozialist vertritt keine Heilslehre. Er weiß, dass gesellschaftliche Ordnungen die Menschen nicht gut oder böse machen und das Glück des Einzelnen nicht garantieren können.

Er weiß aber auch, dass gesellschaftliche Zustände die Menschen bis tief in ihr Denken, Fühlen und Verhalten hinein prägen und dass sie – wie wir am krassensten in der Zeit des Nazismus erlebt haben – unzählige Menschen besser oder schlechter machen können, und dass ein Privilegiensystem unzähligen Menschen große materielle Not und Lebensverkümmern bereitet.

1.8. Der Sozialist ist durch Gründe zu der Überzeugung gekommen, dass auf der Basis der heutigen wissenschaftlich technischen Entwicklung eine strukturelle Veränderung, die die bisherigen Privilegien abbaut und zu einer realen Demokratie führt, denkbar und möglich ist und ebenso, dass sie angesichts der destruktiven Auswirkungen dieser wissenschaftlich technischen Entwicklung, solange sie im Dienste des Privilegiensystems (also partikularer Interessen) steht, dringend nötig ist, wenn die Zukunft nicht der Barbarei verfallen soll.

2. Die heutigen Schwierigkeiten des Sozialisten

2.1. Das Wort Sozialismus ist vieldeutig geworden und für die einen mit positiver, für viele aber auch mit negativer Bedeutung besetzt.

2.2. Die negative Bedeutung des Wortes Sozialismus in unserem Lande rührt her

- von dem abschreckenden Bilde, das – verstärkt durch antisozialistische und antikommunistische Propaganda – die heute sich sozialistisch nennenden Staaten dem Bundesbürger bieten.

*Helmut Gollwitzer, *29.12.1908, †17.10.1993 war Schüler Karl Barths, Mitglied der Bekennenden Kirche, half Juden zur Flucht, hatte Kontakt zum Widerstand, war mehrmals verhaftet und hatte Redeverbot. Über seine Gefangenschaft in der UdSSR berichtete er in seinem Buch »... und führen, wohin du nicht willst«.*

Er war ein Gegner der Wiederaufrüstung und atomaren Bewaffnung der Bundeswehr. Bis 1975 lehrte der Professor Systematische Theologie an der Freien Universität Berlin und an der Kirchlichen Hochschule.

Unter seinem Einfluss wurde der Streit zwischen Barthianern und Religiösen Sozialisten überflüssig, ebenso der Streit zwischen revolutionärem und evolutionärem Denken. Wir haben ihm »viel zu verdanken«. Tatsächlich weisen in den Jahren 1978–1993, den Gründungsjahren der 1977 erneuerten Vierteljahres-Zeitschrift, neun Beiträge auf ihn hin. CuS 4/2008 hat seines 100. Geburtstags im Schwerpunkt-Thema gedacht.

- daher, dass die Umwälzungen in diesen Staaten durch blutige Bürgerkriege zustande gekommen sind.
- daher, dass diese Umwälzungen sich in agrarischen, »unterentwickelten« Ländern ereignet haben und deshalb ein Vorbild für den Übergang eines entwickelten Industrielandes zu einer neuen, nichtkapitalistischen Gesellschaft noch nicht besteht.

2.3. Die Vieldeutigkeit des Wortes Sozialismus rührt auch daher, dass dieses Wort Verschiedenes meint:

- a) die Zielvorstellung der neuen Gesellschaft,
- b) die sozialistischen Organisationen (Parteien und Gruppen), die dafür kämpfen.
- c) die strukturellen Maßnahmen, die schrittweise zum Ziele führen sollen.

Über a) besteht im Raume von b), also innerhalb der sozialistischen Organisationen, weithin Einigkeit. über c), sowohl über die einzelnen Maßnahmen wie über die nötige Strategie, liegen sie miteinander im Streit.

2.4. Durch diese doppelte Vieldeutigkeit ist das Wort Sozialismus nahezu unbrauchbar geworden.

Wer sich heute als Sozialist bezeichnet, muss sofort hinzufügen, in welchem Sinne er Sozialist ist. Er kann aber auch beanspruchen, dass mit ihm nur über den Sozialismus, den er vertritt, verhandelt wird.

2.5. Der Sozialist befindet sich damit heute in einer ähnlichen Lage wie der Christ. Auch wer sich als Christ bezeichnet, muss angesichts der Vielzahl von christlichen Konfessionen und Gruppen sofort hinzufügen, in welchem Sinne er sich als Christ bezeichnet, und kann beanspruchen, dass mit ihm darüber gesprochen wird und dass ihm nicht die Sünden anderer christlicher Gruppen zur Last gelegt werden. Die Behauptung, dass solche Sünden aus dem Wesen des Christentums bzw. des Sozialismus notwendig folgen, wird der Christ bzw. der Sozialist durch sein anderes Verständnis von Christentum bzw. Sozialismus bestreiten und widerlegen. Die abschreckende Realität von Staaten, die sich sozialistisch nennen, ist für den Sozialisten das gleiche leidvolle Problem wie den Christen die abschreckende Realität von

Staaten und Parteien, die sich christlich nannten oder noch nennen.

3. Warum wird ein Mensch Sozialist?

3.1. Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionärer Veränderung oder aus beidem.

3.2. Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

3.3. Solche Vordergrundsphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen

Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

3.4. Hinzu kommt, dass gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung in in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammen gehören wie zwei Seiten derselben Medaille.

3.5. Der Zusammenhang all dieser Erscheinungen wird nach Meinung des Sozialisten sichtbar, wenn man nach der grundlegenden, jetzt auf den ganzen Erdball expandierenden Produktionsweise unserer Zeit fragt, nämlich der kapitalistischen, nach ihren Gesetzen und ihren Auswirkungen.

3.6. Der Sozialist hält diese Produktionsweise nicht für die einzige, wohl aber für die Hauptursache des heutigen Weltelends und der heutigen Zukunftsgefahren. Er sieht, wie ohne Erkenntnis dieser Hauptursache alle Analysen der heutigen Probleme und alle Lösungsvorschläge an der Oberfläche bleiben und deshalb keinen Ausweg zeigen. Er hat Gründe für die Prognose, dass ohne Überwindung dieser Hauptursache das heute zum erstenmal in der Geschichte gefährdete Überleben der Menschheit nicht gelingen kann.

4. Warum wird ein Christ Sozialist?

4.1. Auf die Frage, weshalb ein Mensch heute Sozialist wird, wurde im wesentli-

chen ein negativer Impuls genannt: die Einsicht in die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten, umfassenden Schäden der heutigen Gesellschaft. Nach Jean Ziegler (Professor für Soziologie in Genf) ist die unerlässliche Bedingung in der heutigen Weltlage für den Sozialisten: »sich in seinem tiefsten Innern den Sinn für den Schrecken zu bewahren, ihn zum Fundament der täglichen Wahrnehmung zu machen«.

Für den Christen kommt entscheidend ein positiver Impuls aus dem Evangelium hinzu.

4.2. Das Evangelium zeigt uns

- die Welt als Gottes geliebte Schöpfung, indie die Menschen gesetzt sind, sie »zu bauen und zu bewahren« (1. Mose 2,15),
- die Menschen als Gottes geliebte Kinder, die Gott durch seine Selbsthingabe, in seinem Sohne Jesus Christus retten will vor den Folgen ihrer sündigen Selbsterstörung und die er zu einer geschwisterlichen Familie zusammenfügen will,
- die für das leibliche und geistliche Leben der Menschenschwister verantwortliche tätige Liebe als Frucht des Glaubens, zu der wir vorher an unsere Interessen egoistisch gefesselte Menschen durch den Geist Jesu Christi befreit werden.

4.3. Dadurch entsteht eine neue Einstellung zu allen Privilegien, die wir besitzen:

- Was ich an Privilegien besitze, soll in Dank an Gott, der sie mir gegeben hat, zum Dienst am Nächsten eingesetzt werden: »Was nicht im Dienst steht, steht im Raub« (Luther)
- Was ich über meine kreatürlichen und geistlichen Privilegien hinaus an ge-

sellschaftlichen Privilegien besitze, soll zu Rechten aller werden. Ich werde mich also nicht am Kampfe derer beteiligen, die ihre Privilegien behaupten wollen, sondern am Kampfe derer, die diese Privilegien zu Gunsten der bisher Benachteiligten abbauen wollen. Das Evangelium weist mich an, die Gesellschaft von ihrem untersten Ort her, von daher, wo die Benachteiligten aller Art stehen, zu sehen und deshalb zu verändern.

4.4. Alle historischen Gesellschaften seit der Ackerbauzeit waren Privilegiengesellschaften.

Ihre Geschichte, ihre Systeme von Recht, Kultur und Religion waren vom Interesse der privilegierten Schichten, ihre Privilegien zu behaupten, bestimmt: Klassenkampf von oben. Die christliche Gemeinde ist dazu bestimmt, eine privilegiengfreie, herrschaftsfreie Bruderschaft zu sein.

Damit steht sie im Gegensatz zu der sie umgebenden Privilegiengesellschaft. Zu ihrer Weltverantwortung gehört, dass sie nicht nur eine anders lebende Insel ist, sondern eine hinauswirkende Zelle, die sich am Abbau des Privilegiensystems in Zusammenarbeit mit gleichgerichteten Bestrebungen beteiligt.

4.5. Das Privilegiensystem durchdringt infolgedes Zusammenhangs mit der umgebenden Gesellschaft auch die christliche Gemeinde. Im Laufe ihrer Geschichte sind die christlichen Kirchen vielfältige Bündnisse mit den Privilegiensystemen eingegangen und haben ihnen ideologische Dienste geleistet. Dadurch sind sie an viel Unterdrückung und Ungerechtigkeit mitschuldig geworden (»Klassenbindung der Kirche«). Für die heutige Welt gilt: Während die Klassengegensätze in-

nerhalb der Ursprungsländer des Kapitalismus »abgemildert« sind, besteht der »krasse Klassengegensatz ... heute zwischen der ersten Welt einschließlich der Arbeiter und den Massen der dritten Welt«. (C. Fr. von Weizsäcker, »Fragen zur Weltpolitik«, München 1975, S. 42). Darum gilt für uns Christen in Deutschland das Wort eines Lateinamerikanischen Bischofs: »Kein Deutscher kann sagen, er sei unschuldig«.

4.6. Die Umkehr, zu der die christliche Gemeinde durch Gottes Wort täglich gerufen wird, umfasst auch die Abkehr von ihrer Einbindung in das herrschende Privilegiensystem und ihren tätigen Einsatz für gerechtere, also nicht mehr durch gesellschaftliche Privilegien bestimmte Gesellschaftsstrukturen.

Deshalb ist die primär wichtige Frage heute nicht die nach dem Verhältnis von Christentum und Sozialismus, sondern zuerst die nach dem Verhältnis von Christsein und Kapitalismus: Kann man als Christ das gegenwärtige Gesellschaftssystem samt der ihm zugrundeliegenden Wirtschaftsordnung bejahen und verteidigen, oder muss das für einen Christen nicht unerträglich sein?

4.7. Wird einem Christen die Unverträglichkeit zwischen Evangelium und kapitalistischem Privilegiensystem bewusst und sieht er sich vom Evangelium unvermeidlich und unaufhaltsam in die Teilnahme am Kampfe für eine gerechtere und solidarischere Gesellschaft gedrängt, dann muss er mit seiner Vernunft erforschen und entscheiden, in welchem Ausmaße eine Gesellschaftsveränderung jetzt möglich und nötig ist, welche Strategie, welche Bündnisse und welche Kompromisse dafür zu wählen sind, wie die jetzt fälligen strukturellen

Änderungen jetzt aussehen sollen. Dies geschieht in rationaler Diskussion und in politischen Entscheidungsprozeduren.

Auf dem Felde der Vernunft gibt es keine absoluten Entscheidungen, darum auch keine absoluten Gegensätze. Dagegen ist die »Richtung und Linie« (Karl Barth) unserer politischen Tätigkeit vom Evangelium festgelegt: hin auf eine solidarisch demokratische, privilegienfreie Gesellschaft.

So gibt das Evangelium dem Christen für seine politische Verantwortung Motiv, Ziel und Kriterien für die Wahl der Mittel und Kampfesweisen.

4.8. Ist »Richtung und Linie« vom Evangelium festgelegt, so ist die Entscheidung für den Sozialismus eine zwar daraus hervorgehende, aber nicht vom Evangelium festgelegte Entscheidung.

Sie ist abhängig von vernünftiger Beurteilung der Lage und von ausreichender, von ideologischer Bindung an Privilegien freier Information über die Lage.

4.9. Sozialismus ist nicht identisch mit Marxismus.

Es gibt viele nicht marxistische Sozialisten, und es gibt fast so viele marxistische Richtungen, wie es christliche Theologien gibt. Marxismus ist ein theoretisches Instrument für den Sozialismus zur Analyse der Lage und zur Entwicklung der Strategie. Dieses Instrument kann der Christ als Sozialist gebrauchen, unabhängig davon, dass es von Atheisten erfunden und aus historischen Bedingungen mit atheistischer Weltanschauung verbunden worden ist. Er gebrauchtdieses Instrument gemäß dem Grundsatz christlicher Freiheit: »Alles prüfet, das Gute (wörtlich: das Schöne) behaltet!« (1. Thesalonicher, 5,21) und in christlicher Freiheit, also nicht daran »glaubend«. nicht

als starre Doktrin, sondern in freier Prüfung je nach Tauglichkeit.

4.10. Zur Bewegung in dieser »Richtung und Linie« und zur Freiheit für die praktischen Konsequenzen, zu denen auch die vorurteilslose Prüfung der sozialistischen Gedanken gehört, fordern uns oft genug auch die Tageslosungen auf, z.B. die vom 24. Januar 1979: »Ich weiß, der Herr führt der Elenden Sache« (Psalm 140,13). – »Höret zu, meine lieben Brüder! Hat nicht Gott erwählt die Armen auf dieser Welt? Ihre aber habt den Armen Unehre getan« (Jakobus 2,5.6). – »Da warten so viele: die Blinden, die Alten,/die Krüppel, die Tauben. Wer misst denn ihr Leid?/Und wir? Wir wollen unser Leben erhalten – verlieren die Zeit und die Ewigkeit«. (Paul Toaspern)

Wirtschaftsordnung des demokratischen Sozialismus

Reinhard Gaede

Der demokratische Sozialismus sieht den Menschen mehrdimensional motiviert.

Als soziales Wesen verhält sich der Mensch eigennützig, seinen Vorteil suchend. Er ist aber auch fähig, Anteil zu nehmen am Schicksal anderer, Mitgefühl für berechnete Bedürfnisse von Mitmenschen zu haben. Es gibt demgemäß keine perfekten Institutionen für die Verwirklichung des Gemeinwohls. Entsprechend kann Wettbewerb nicht das einzige Prinzip sein. Ordnungselemente einer wirtschaftlichen Demokratie sind nötig. Demokratische Kontrolle des politischen, aber auch des wirtschaftlichen Systems ist notwendig.

So nützlich Märkte sind, um Bedürfnisse und Produktionsmöglichkeiten zu koordinieren, so sehr bedürfen Eigentums-, Unternehmens-, Arbeits-, Wirtschafts- und Politische Verfassung der Veränderung, damit folgende Ziele erreicht werden:

- Gerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen (Differenzierung hinsichtlich Leistung und Motivation muss einsehbar funktional und glaubwürdig sein.),
- Humanisierung der Arbeit (Arbeitsbedingungen, die die Entfaltung der Persönlichkeit fördern.),
- Versorgung mit meritorischen Gütern (z.B. Recht auf Bildung, berufliche Ausbildung, Zugang zu kulturellen Einrichtungen und Kulturgütern),
- Recht auf angemessene Wohnung,

- konjunkturelle Stabilisierung des Wirtschaftsprozesses,
- Erreichen eines hohen Beschäftigungsstandes (Recht auf Arbeit als Staatsziel, Vergesellschaftung des Beschäftigungsrisikos),
- Erreichen eines sozial und umweltverträglichen wirtschaftlichen Entwicklungspfades, entsprechender Umbau der Produktionsstruktur,
- qualitatives Wachstum (Nachhaltigkeit),
- Vereinbarung international verträglicher Austauschbeziehungen zwischen den Ökonomien der Ersten Welt und den Ländern der Dritten Welt.

Diese Ziele und zieladäquaten Maßnahmen werden auf der mikro-, meso- und makroökonomischen Ebene verfolgt. Regierungen, Verbände und gesellschaftliche

Entsprechend seinem Menschenbild fordert der demokratische Sozialismus Ordnungselemente einer wirtschaftlichen Demokratie, die Handeln für das Gemeinwohl ermöglichen und gerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen sichern sollen.

Unterschiedliche öffentliche Träger und privatwirtschaftliche Unternehmen müssen zwecks Planung und Kontrolle kooperieren.

Dieses partizipatorische Plan-Markt-Modell auf der Grundlage annähernder Gleichheit hat ein religiös-sozialistischer Denker, der Nationalökonom Eduard Heimann, entworfen.

Initiativen (Bürgerbewegungen) vereinen sich zum Handeln für das Gemeinwohl.

Die Grundlage einer meritorisch gesellschaftlichen Absicherung auf makroökonomischer Ebene ist nötig, damit die Akteure zur Mobilität, zu Lernen und Bildung und zum Wagnis bereit sind.

Auf der mikroökonomischen Ebene ist die Reform der Unternehmensverfassung nötig. Die Arbeitnehmer müssen Rechte der Mitbestimmung und der Gewinnbeteiligung erhalten. Die Eigentümer-Rechte müssen durch widergelagerte Wirtschaftsbürgerrechte ausbalanciert werden.

Neben dem Typ privatwirtschaftlich geführter Erwerbsunternehmen befürwortet der demokratische Sozialismus Unternehmen der öffentlichen oder freien Gemeinwirtschaft, die dem Gemeinwohl (meritorischen Zielen) verpflichtet sind. Unterschiedliche öffentliche Träger sind denkbar: Kommunen, Zweckverbände, Länder, Bundesstaat. Auch autonome öffentliche Körperschaften (z.B. Öffentliche Rundfunkanstalten), Freigemeinwirtschaftliche Unternehmungen, die öffentliche Versorgungsziele verfolgen, sind förderungswürdig (z.B. Freigemeinwirtschaftliche Krankenhausbetriebe oder Wohnungsgenossenschaften, Freie Schulen). Unterschiedliche Talente und Wertorientierungen können in solch gemischtem Wirtschafts-System am besten integriert werden.

Daneben muss eine gesellschaftliche Planung treten, in der mit den Wirtschaftseinheiten Vereinbarungen getroffen werden. Sie sollen öffentliche Planung und Kontrolle der Wirtschaft sichern:

- Zur besseren Sozial- und Umweltverträglichkeit
- zur Erreichung eines hohen Beschäftigungsstandes,

- zur konjunkturellen Stabilisierung der Ökonomie.

Für die politische Verfassung folgt daraus, dass der Parlamentarismus ergänzt werden muss durch sinnvoll arbeitenden Korporatismus (in vielen westlichen Demokratien institutionalisiert).

Regierungsstellen, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände arbeiten zusammen. In Wirtschafts- und Sozialräten für einzelne Branchen, auf regionaler, nationaler und supranationaler Ebene kann solch öffentliche Planung organisiert werden.

Was der demokratische Sozialismus will, ist eine Übertragung der demokratischen Ideen aus dem politischen System auch auf das wirtschaftliche.

Erst so kann die demokratische Gesellschaft eine Kontrolle über die Wirtschaft gewinnen, die derzeit im Kapitalismus soziale Lebensverhältnisse und die Umwelt der Menschen zerstört.

Diese Veränderungen sind innerhalb des Rahmens möglich, den das Grundgesetz vorgibt.

Dieses partizipatorische Plan-Markt-Modell auf der Grundlage annähernder Gleichheit hat ein religiössozialistischer Denker, der Nationalökonom Eduard Heimann entworfen. Vertreten wird es heute u.a. von Siegfried Katterle, Prof. für Volkswirtschaft in Bielefeld, vorher in den sechziger Jahren von Kurt Nemitz. Auch Gedanken von Ota Sik, Wirtschaftsminister im Prager Frühling sowie von Arthur Rich t, Schüler von Leonhard Ragaz, Sozialethiker in Zürich, gehen in diese Richtung.

Autoritärer Kapitalismus und Schuldenerlass

Franz Segbers

Dieses eine Prozent verfügt über so viel, wie die ganze ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.

Die Politik hat die Krise für beendet erklärt. Sie verweist auf gute Wirtschaftsdaten, die sinkende Arbeitslosenquote und die zunehmende Beschäftigung. Um es gleich zu sagen: Diese Krise ist nicht vorbei, wenn die Politik ihr Ende erklärt. Sie ist vorbei, wenn Armut, die soziale Spaltung der Gesellschaft und prekäre Beschäftigung vorbei sind. Wir haben es mit einer Krise neuen Typs zu tun, auf die wir auch als Christinnen und Christen eine klare Antwort geben müssen, wenn wir nach unserer Nachfolgepraxis fragen. Denn im Unterschied zu den Kirchen in der damaligen DDR, die sich immerhin fragte, was es heißt,

»Kirche im Sozialismus« zu sein, gibt es hierzulande auch mitten in der »Großen Krise« keinen Diskurs darüber, was Kirche sein und Nachfolgepraxis heißt angesichts des »befremdlichen Überlebens des Neoliberalismus« – so Collin Crouch.

Der Kapitalismus befindet sich in einer Vielfachkrise, die seit Jahren anhält: eine Bankenkrise, eine Krise der Staatsfinanzen und eine Wirtschaftskrise und eine alles überlagernde Ökologiekrise.

Dabei konnte die ökonomische und politische Klasse einen Überraschungscoup landen. Sie vermochte es, die Bankenkrise in eine Staatsschuldenkrise umzudefinieren. Jetzt sind nicht mehr die Banken die Schuldigen, sondern der Staat und vor allem die Bürger, die über ihre Verhältnisse

Eine Vielfach-Krise des Kapitalismus als Bankenkrise, Krise der Staatsfinanzen, Wirtschaftskrise und eine alles überlagernde Ökologiekrise sieht der Autor. Autoritär ist der Kapitalismus, weil er über Marktmechanismen und -zwänge Disziplin erzwingt.

In der Finanzkrise werden »private Schulden und Geldansprüche der Vermögenden in öffentliche Schulden umgewandelt. ... Die überschuldeten Nationalstaaten werden zu Protektorat des Finanzkapitalismus.« »Sünde als System« sind diese Verhältnisse nach biblischem Maßstab, der den Schuldenerlass und die Erlassjahr-Tradition kennt.

Kämpfe gegen den Finanzkapitalismus sind »der konkrete Ort der Nachfolge«.

gelebt haben. Vergessen gemacht wurde, dass die Bankenrettung mit Abermilliarden nichts weniger als ein Staatsstreich war, der gegen die Regierungen und die Bevölkerung gerichtet war.

Bei diesem Staatsstreich sind nicht Militärs aufmarschiert, sondern es wurde ein autoritäres Schuldenregime etabliert, das demokratisch legitimiertem Regierungshandeln jeden Spielraum nimmt.

1. Entdemokratisierung des Kapitalismus seit der Großen Krise 2008

Nach herrschender Meinung gehören Marktwirtschaft und Demokratie zusammen. Milton Friedmann war Berater Pino-

chets bei der neoliberalen Zerstörung Chiles und sprach trotz des von ihm gelobten Putsches in Chile über »Kapitalismus und Freiheit« wie siamesische Zwillinge.

Bundespräsident Joachim Gauck hatte jüngst bei seiner Jubiläumsrede der Walter Eucken Gesellschaft allein die Freiheit beschworen und dabei den anderen tragenden Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft still beiseite geräumt. Die Soziale Marktwirtschaft hatte ein Nachkriegsversprechen: Nach dem Desaster des freien Kapitalismus und gegenüber dem Sozialismus hatte sie eine konzeptionelle Balance zwischen Freiheit und Gerechtigkeit versprochen. Doch nun konnte Gauck den Pfeiler »Gerechtigkeit« beseitigen und die Freiheit rühmen. Er mokierte sich geradezu darüber, dass der Neoliberalismus unter Verdacht geraten sei und lobte das breite Spektrum des Liberalismus von Eucken bis hinzu Friedrich August von Hayek. Gauck entpupptsich als Propagandist eines neoliberalen Freiheitsverständnisses, wenn er sagt: »Wie freiheitlich eine Wirtschaftsverfassung ist, bemisst sich am Ende nicht allein daran, was in den Geschäften zu kaufen ist, sondern daran, ob sie allen Bürgerinnen und Bürgern die Chance auf ein selbstverantwortliches Leben eröffnet, ob sie möglichst vielen möglichst viele Optionen bietet.«

Nicht mehr »Wohlstand für alle« wie bei Ludwig Erhard kann der Bürger erwarten, sondern nur noch »Chancen auf ein selbstverantwortliches Leben«.

Hier ist eine wichtige Unterscheidung angebracht: Die neoliberalen Herolde der Freiheit sind nicht unbedingt auch Demokraten im Sinne des von den demokratischen Volksbewegungen und der soziali-

stischen Arbeiterbewegung erkämpften modernen Staates. Für den von Gauck gelobten Hayek war die parlamentarische Demokratie eine »totalitäre« Demokratie. Er wollte sie durch einen elitären »Rat der Weisen« ersetzen. Für Hayek und andere Chefdenker des Neoliberalismus hat die Politik, genauer der Staat nur eine Doppelaufgabe, das Privateigentum zu schützen und die Sicherheit der Tauschakte auf dem Markt zu garantieren.

Diese Freiheit ist nur die Freiheit des Marktes und seiner Akteure. Schon in den späten 90er Jahren hatte Pierre Bourdieu mit dem Namen des Präsidenten der deutschen Bundesbank Tietmeyer eine Politik kritisiert, die sich den Bewegungen der Finanzmärkte unterwirft, den Sozialstaat abbaut und letztlich die Demokratie aushöhlt. Er nannte es »Modell Tietmeyer«. Vollmundig hatte dieser Tietmeyer auf dem World Economic Forum in Davos 1996 den versammelten Regierungschefs angedroht: »Die meisten Politiker sind sich immer noch nicht darüber im Klaren, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden.«

(3.2.1996) Freiheit der Kapitalinteressen ist seitdem zum Programm geworden. Die Finanzkrise ist das Ergebnis genau einer solchen Politik der Unterwerfung unter die Finanzmärkte.

2. Wende zu einem autoritären Kapitalismus: Durchsetzung sozial-staatlicher Kürzungspolitik und Schuldenabbau

Unter dem Banner der Freiheit der Finanzmärkte ist der Kapitalismus entdemokratisiert worden.

Dieser Prozess ist seit der Krise von

2008 weit vorangekommen. Angela Merkel fordert ungeniert eine »marktkonforme Demokratie«. Demokratie untersteht damit einer doppelten Verpflichtung – gegenüber ihren Wählern und den Finanzmärkten.

Doch unter dieser doppelten Verpflichtung setzen sich die Finanzmarktakteure durch.

Sie verlangen eine Politik, die ihren Interessen entspricht. Die Freiheit der Finanzmarktakteurer bedeutet eine Abkehr vom alten Demokratieverständnis.

Der Staat steht nicht mehr allein seinen Bürgern gegenüber. Der demokratische Souverän ist abgelöst, und Politik wird allein den Finanzmärkten gegenüber rechenschaftspflichtig. Ist die Politik nicht finanzmarktkonform, dann wird ihr das Vertrauen der Finanzmärkte entzogen.

Auch wenn die geläufige Formel »mehr Markt und weniger Staat« einen Rückzug des Staates unterstellt, hat er sich jedoch keineswegs zurückgezogen.

Vielmehr wurden die Beziehungen zwischen Märkten und den Staaten neu strukturiert.

Den Nationalstaaten kam die Aufgabe zu, regulatorische Regime bereitzustellen, die darauf ausgerichtet sind, die Kapitalbewegungen zu erleichtern und zu fördern. Die Gesamtheit dieser Prozesse führt zu einer Wende, zu einem autoritären Kapitalismus, der den finanzmarktgetriebenen Kapitalismus und die Interessen der Finanzmarktakteure zum einzigen Maßstab für die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung erklärt und durchsetzt.

Neue Staatsziele sind Wettbewerbsfähigkeit und Abbau der Schulden. Zur Anpassung der Politik an diese Sachzwänge gibt es keine Alternative. Basta! So der frühere Bundeskanzler Schröder.

Der Staat bekommt ein grandioses Comeback am Kranken oder Totenbett des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. Seine Rückkehr ist keine Rückkehr zum demokratischen Nachkriegskapitalismus, sondern eine Verstärkung der disziplinierenden Elemente des Staates. Der autoritäre Kapitalismus diszipliniert weniger durch politische Gewalt als vielmehr über die Steuerungsmechanismen und die Anpassungszwänge der Märkte. Dieser Anpassungszwang setzt sich bis zu den Beschäftigten und den Erwerbslosen durch, von denen erwartet wird, dass sie sich dem offen auftretenden autoritären Hartz IV-Regime, den Sanktionen und der Prekarisierung ihrer Arbeitsbedingungen ausliefern.

Um die Kernschmelze des Kapitalismus abzuwenden, leitete Präsident Obama eine der größten ökonomischen Staatsinterventionen ein, die es je in der amerikanischen Geschichte gegeben hatte. Ähnlich gilt auch für die Europäische Union: Die Staatsverschuldung im Verhältnis zum BIP stieg von 59 Prozent (2007) auf 80 Prozent (2010).

Das Krisen- und Schuldenmanagement in der EU hat für die Durchsetzung der Interessen einer kleinen geradezu neofeudalen Finanzoligarchie ein autoritäres Wettbewerbs- und Kürzungsregime etabliert. Sie werden anonymisiert und »Märkte« genannt, sind jedoch in Investmentbanken, Hedgefonds, Schattenbanken, Ratingagenturen greifbar. Aber hinter ihnen und in deren Dienst steht eine kleine Finanzelite. Sie ist die derzeit herrschende Weltmacht. Jüngst hat die englische Entwicklungshilfeorganisation Oxfam geradezu zynisch obszöne neue Daten veröffentlicht:

- Ein Prozent der Bevölkerung verfügt

überfasst die Hälfte des weltweiten Reichtums.

- Dieses eine Prozent verfügt über so viel, wie die ganze ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.
- Diese ärmere Hälfte der Weltbevölkerung verfügt über genauso viel, wie die reichsten 85 Menschen haben.

Diese Refeudalisierung wird politisch vorangetrieben.

So stellt die führende US Bank Goldman Sachs mittlerweile alle führenden Finanzpolitiker: Mario Draghi, der Präsident der EZB, der frühere griechische Präsident Papademos ebenso wie der frühere italienische Präsident Monti.

Beide übrigens ohne demokratische Wahlen an die Macht gekommen. Mit Draghi und Monti hatten zwei italienische Wirtschaftswissenschaftler Regierungsposten inne, die auch auf der Lohnliste der höchst umstrittenen US-Bank Goldman Sachs standen. Und es sei daran erinnert, dass es auch die Bank Goldman Sachs war, die Griechenland dabei geholfen haben soll, einen Teil seiner Staatsschulden zu verschleiern, um überhaupt in den Euroraum aufgenommen zu werden. Das »Handelsblatt« nannte die Bestellung von Papademos zum griechischen Präsidenten einen »stillen Putsch« und sprach davon: nun »bekommen die Finanzmärkte, was sie wollen«. Die Überschuldung der Staaten ist das Vehikel, die Politik der Logik der Finanzmärkte zu unterwerfen.

Politisches Handeln ist auf das einzige Ziel ausgerichtet, das »Vertrauen der Finanzmärkte« zugewinnen. So hatte der Präsident der Europäischen Zentralbank Mario Draghi im WallstreetJournal 2012 angekündigt, dass das Sozialstaatsmodell ausgedient habe und nun oberstes Ziel sein müsse, das Vertrauen der Finanz-

märkte wieder herzustellen. »Vertrauen in die Finanzmärkte« besteht dann, wenn die bisherige Politik der Vermögensvermehrung weiterhin als oberstes und einziges Ziel durchgesetzt wird. Dafür werden massive Angriffe auf Wohlfahrtsstaat und Demokratie, auf soziale und demokratische Rechte durchgesetzt und demokratische Spielregeln wie beim ESM-Vertrag ausgehebelt. Der neue autoritäre Sicherheitsstaat sichert die Interessen der Kapitalfraktion durch Schuldenbremsen, Fiskalpakete, EU-Spardiktate sowie Forderungen nach tiefen Einschnitten im Sozialen und dem Abbau hart erkämpfter Arbeitnehmerrechte. Es findet ein Verteilungskonflikt zwischen Rentnern und Rentiers statt, bei dem es darum geht, welche Ansprüche Vorrang haben: Die Ansprüche der Bürger oder die der Kreditgeber. Der Sozialabbau dient dem Zweck, den Kreditgebern ihr Geld samt Zinsen zurückzugeben.

Wie die lateinamerikanischen Staaten in der Schuldenkrise zu autoritären Sicherheitsstaaten umgebaut wurden, so werden nun auch die demokratischen und sozialstaatlichen Rechtsstaaten in Europa zu Sicherheitsstaaten: sie sollen sicherstellen, dass alles Regierungshandeln sich dem Abbau von Schulden unterordnet. Die Finanzmärkte können dann ihre Vorstellungen von Gerechtigkeit unbehelligt von fixierten Staatsaufgaben exekutieren. Für den Schuldenstaat ist Schuldenabbau keineswegs ein Oberziel, sondern nur ein Mittel zur Etablierung eines autoritären neoliberalen Regimes. Die Durchsetzung sozialstaatlicher Kürzungspolitik und Schuldenabbau werden zur obersten Aufgabe der Politik.

Schuldenrückzahlung bekommt dabei den Rang eines Menschenrechts. Das

meint jedenfalls ein Hedgefond, der laut der New York Times vom 19. Januar 2012, gegen den Teilschuldenerlass beim Europäischen Gerichtshof in Straßburg mit der Begründung klagen will, dass die Menschenrechte der Anteilseigner verletzt würden. Einer der Beschwerde führenden Investoren wird in der New York Times zitiert: »What Europe is forgetting is that there needs to be respect for contract right.« Die Vertragsrechte, die die Rückzahlung der Schulden regeln, stehen hier im Rang eines Menschenrechts.

3. Aus Schulden werden Krisen

Was heißt überhaupt Schuldenkrise? Schulden sind Guthaben der Gläubiger. Schulden und Guthaben sind die zwei Seiten einer Medaille. Beide Partner, Gläubiger und Schuldner, verfolgen ihren Vorteil. Wird nun die Bedienung der Schulden zweifelhaft, hat der Investor ein Problem. Die Investoren haben keine realen Guthaben. Ihr Guthaben ist ein Anspruch, den sie bei den Gläubigern haben, und deshalb auch zunächst nur ein fiktives Guthaben, das allein durch Schuldentrückzahlung zu einem realen Guthaben werden kann. Bekommt Griechenland einen neuen Kredit? Zu welchem Zinssatz? Geld wird verliehen, damit es mit Zinsen vermehrt zurückkommt. Doch wie kann man die Bedienung und Tilgung von Schulden sichern? Das Problem bei Staatsschulden lässt sich leicht illustrieren: Wenn Sie ein Haus kaufen, dann wird es von der Bank, wo sie den Kredit beantragen, mit einer Hypothek beliehen. Das Haus gehört der Bank als Sicherheit. Doch bei der Staatsverschuldung gibt es solche Sicherheiten für Hypotheken nicht. Deshalb kommen jetzt Macht und sogar Gewalt ins Spiel.

In der Finanzkrise werden private Schulden und Geldansprüche der Vermögenden in öffentliche Schulden umgewandelt. Aus Staatsbürgern werden »verschuldete Menschen«, die für die Staatsverschuldung haftbar gemacht werden. »Der ›verschuldete Mensch‹ ist dem Machtverhältnis Gläubiger-Schuldner unterworfen und wird sein ganzes Leben lang von ihm begleitet, von der Geburt bis zum Tod.«¹ Alle sind in der einen oder anderen Weise, ob als Konsument bei einem Wohnungs- oder Autokauf oder als Bürger, verschuldet, denn es gibt im Schuldenstaat kein Jenseits eines Universums der Verschuldung.

Die überschuldeten Nationalstaaten werden zu Protektoraten des Finanzkapitalismus. Eine Troika aus EU, Weltbank und EZB setzt dabei deren Interessen durch. Ein Blick nach Griechenland zeigt, wie unerbittlich ein Land in bittere Armut gestürzt wird, nur damit die Schuldenbezahlt werden, genauer gesagt: Das Vermögensich mehren kann. In Griechenland breiten sich weiter Hunger und Verzweiflung aus. Renten werden gekürzt, Löhne wurden um 22 Prozent abgesenkt, das Gesundheitswesen zurückgefahren.

Der Mindestlohn und die Arbeitslosenunterstützung werden drastisch gekürzt. Die Arbeitslosigkeit beträgt 33 Prozent, bei den jungen Arbeitnehmern bei über 60 Prozent. Angestellte bekommen ihr Gehalt nicht. Patienten werden nur noch gegen Bares behandelt. Jeder vierte ist arbeitslos.

Die EU schreckt nicht einmal davor zurück, in bestehende Gesetze wie Tarifverträge einzugreifen. Unter dem Vorwand der Anti-Krisenpolitik werden Löhne gekürzt und Gewerkschaftsrechte eingeschränkt. Hunger, Armut, Arbeitslosigkeit

keit und Elend sind nach Europa zurückgekehrt. Der Work Report des Internationalen Arbeitsamtes in Genf hat im Jahr 2013 darauf hingewiesen, dass sich in 27 Mitgliedsländern der EU weltweit das höchste Potenzial für soziale Unruhen konzentriert.

Die vielen Milliarden Euro Hilfskredite, welche die EU und der Internationale Währungsfonds (IWF) nach Griechenland überwiesen haben, dienen zu nichts anderem als zur Sicherstellung der Interessen von Finanzinvestoren. 90 Prozent der Schuldtitel lagen vor 2010 bei Banken, Hedgefonds und anderen privaten Gläubigern. Ab 2010 wurden Griechenland Hilfskredite in Höhe von knapp 188 Milliarden Euro vom EU-Rettungsschirm und dem Internationalen Währungsfonds ausbezahlt. Und währenddessen kam es im Jahr 2012 zu einer großen Umwandlung: 2012 befinden sich nur noch rund 10 Prozent der Gesamtschulden in den Händen von privaten Gläubigern.

Für 90 Prozent der ehemals privaten Schuldtitel garantieren oder haften jetzt – direkt oder indirekt – die europäischen Steuerzahlerinnen und -zahler.

Banken, Hedgefonds und andere private Gläubiger, die sich einst aus freien Stücken zum Kauf von griechischen Staatsschulden entschlossen und lange Zeit daran gut verdient hatten, konnten sich binnen knapp zwei Jahren fast vollständig aus dem Staub machen.

Mit der Umdeutung der Finanzkrise in eine Schuldenkrise wurden die Bürger schuldig, weil sie Schulden gemacht haben. Die Bürger sollen jetzt zahlen mit Kürzungen von Sozialleistungen,

Sparpaketen und Schuldenbremsen. Doch das wird mit wohlklingenden Begriffen wie Stabilisierung des Euro, Ret-

tungsschirmen, Fiskalpakt, Schuldenbremse vertuscht. Gerettet werden allein die Guthaben der jetzigen und künftigen Gläubiger zu Lasten der Allgemeinheit.

Mit der Krise seit 2008 wurde eine neue Phase in der Entwicklung des neoliberalen Hegemoniezyklus eröffnet. Die Banken nehmen mit ihren Problemen jetzt ganz Europa in Geiselschaft von Irland, Island bis Griechenland. Es begann mit den Schieflagen deutscher Banken und Kundenschlangen vor der britischen Bank NorthernRock, dann ging mit Island fast ein ganzes Land unter. Anschließend griff die Krise auf die Banken in Irland, Lettland, Holland, Belgien, Frankreich und Großbritannien und schließlich auf Griechenland und Spanien über. Die Banker hinterlassen eine Blutspur durch ganz Europa. Die Steuerzahler gaben für Rettungsschirme, Hilfen oder Garantien an die Banken 1,6 Billionen ab: jeder einzelne Deutsche ist durch die Bankenkrise mit 20.000 Euro verschuldet – etwa zwei Drittel eines durchschnittlichen Jahreslohns. Oder es müsste jeder Deutsche, ob Kleinrentner oder Milliardär, ein Drittel seines Geldvermögens abgeben. Griechenland und die Bürger Europas stecken in einer modernen Form der Schuldknechtschaft des autoritären Kapitalismus.

Die Attacken des Finanzsektors bedrohen nicht nur Griechenland oder Zypern oder Spanien. Wir haben es mit einer Systemkrise zu tun, die für eine Umstrukturierung des Kapitalismus und des Verhältnisses von Demokratie und Kapitalismus genutzt wird. Der Schuldenabbau ist ein Modus im Klassenkampf der Vermögenden. Der US-Milliardär Warren Buffet spricht klar aus, worum es geht: »Es herrscht Klassenkampf, meine Klasse gewinnt, aber das sollte sie nicht.« Die Ver-

schuldung der Staaten ist kein Naturereignis, sondern Ergebnis neoliberaler Politik. Der Staat betreibt eine Politik, die es den vermögenden Klassen erlaubt, privates Überschusskapital zu bilden, das renditeträchtige Anlagen beispielsweise in Staatsanlagen sucht. Der Staat wiederum braucht Kapital, das er nicht über Steuern einzieht, sondern als Kredit bei den Vermögenden, die zuvorsteuerlich entlastet worden sind, aufnimmt.

Damit verewigt der Schuldenstaat die soziale Ungleichheit und die Macht der Vermögenden.

4. Der Schuldenerlass als eine widerständige Befreiungstradition im kulturellen Gedächtnis Europas

Schuldet jemand einem anderen Menschen einen Gefallen oder sogar sein Leben – dann gilt die Schuld speziell für diesen Menschen. Doch anders ist es beim Geld: Durch Geld wird eine wechselseitige Verpflichtung von Menschen zu einer abstrakten unpersönlichen Schuld, die sogar übertragen werden kann, wenn sie eingetrieben werden soll. Seit den frühen Hochkulturen mit dem Aufkommen der Geldwirtschaft werden Schulden zu einem Versprechen, dessen Einhaltung mit aller Macht und Gewalt durchgesetzt wird. »Schulden« sind aber nicht nur eine geldliche Schuld, sondern auch eine moralische Verpflichtung und eine moralische Waffe – und das seit der Zeit Mesopotamiens. Der amerikanische Soziologe David Graeber ist den Schulden in der Geschichte nachgegangen und hat aufgezeigt, dass der Kampf um die Rückzahlung von Schulden ein Ausdruck des Konfliktes zwischen Arm und Reich ist. In einer Gesellschaft, die in Arm und Reich gespalten ist, müssen die einen sich

verschulden, um überhaupt überleben zu können, und die anderen sind reich genug, Geld zu verleihen – und profitieren davon.

Der Konflikt zwischen Arm und Reich wird in eine moralische »Schuld« umgedeutet, um zu verdecken, dass nicht die Reichen den Armen etwas schuldig sind, sondern man will sicher stellen, dass die Armen die Schuldigen sind. Der Klassenkonflikt zwischen Arm und Reich wird moralisch bemäntelt, indem man finanzielle Schulden als moralische Schuld bezeichnet.

Das Problem der Überschuldung ist nur in seiner Komplexität modern, insofern Verschuldung privater Haushalte, von Staatshaushalten oder der Verschuldung ganzer Staaten gegenüber Geldgebern ineinander übergehen. Ansonsten reicht das Problem der Überschuldung zurück bis in die frühen antiken Hochkulturen und den Beginn der Geldwirtschaft. In der Antike war die Überschuldung die Hauptursache für die Verarmung der Massen. Gegen diese systemische und immer wiederkehrende Überschuldung gibt es eine Jahrtausend alte Tradition des Schuldenerlasses, die bis nach Mesopotamien zurückreicht und auch in der Bibel zu finden ist. Auch in Israel gerieten immer wieder Kleinbauern in Überschuldungsverhältnisse, wie bei Nehemia plastisch nachzulesen ist. Dort wird nachgezeichnet, wie überschuldete Kleinbauern Frauen, Kinder und dann Äcker verpfänden mussten. Als eine Revolte drohte, hat Nehemia einen Schuldenerlass organisiert.

(Neh 5) Eine rechtliche Antwort auf das gesellschaftliche Problem der Verschuldung gibt der Schuldenerlass alle sieben Jahre in Dtn 15,11f.

Diese Regelung war wirksam bis in die

römische Zeit, also die Zeit des Neuen Testaments. Sie geriet aber durch die Integration der Ökonomie Israels in die frühe griechische Globalisierung und in der Zeit der römischen Besatzung Israels unter erheblichen Druck. Daher hatte Rabbi Hillel (ca. 30 v. Chr. bis 9 n. Chr.) ein neuartiges am griechisch-römischen Eigentumsverständnis orientiertes Rechtsinstitut, den Prosbul, eingeführt.

Dieser Prosbul erlaubte es, dass beide Parteien in einen Darlehensvertrag eine Zusatzbestimmung aufnehmen konnten, um den Schuldenerlass der Tora so außer Kraft zu setzen. Der Prosbul erfüllte eine paradoxe Doppelfunktion: er ermöglichte es, den Schuldenerlass der Tora zu umgehen und gleichzeitig die Tora zu halten. Pacht, Darlehens- und Zinszahlungen aus der Verschuldung der Pächter konnten weiterhin trotz des Erlass und Sabbatjahrs fließen. Aus Sicht der überschuldeten Kleinbauern war der Prosbul jedoch nichts anderes als Klassenjustiz der herrschenden Priesterelite und Aristokratie. Kein Wunder, dass zu Lebzeiten Hillels das Erlassjahr nicht mehr praktiziert wurde. Doch für die Überschuldeten wurde faktisch durch diese »Modernisierung« ihr Gott gegebenes Tora-Recht abgeschafft. Für die religiöse und ökonomische Elite ist der Prosbul ein scheinbar legales Instrument, faktisch aber eine Rechtsbeugung. Wenn Jesus in Lk 4,19 bei seiner Rede in der Synagoge in Nazareth »das Gnadenjahr des Herrn« ausruft, knüpft er an diesen Konflikt an. Er stellt sich auf die Seite der überschuldeten Kleinbauern und Pächter und teilt deren Hoffnung auf ein »Gnaden-jahr« – ein Erlassjahr.

In zahlreichen Gleichnissen greift Jesus den gesellschaftlichen Konflikt der Über-

schuldung auf. So beschreibt das Gleichnis vom »Klugen Verwalter«, der eigentlich ein Verwalter des ungerechten Pächters ist (Lk 16,18), die Pharisäer als Menschen, »die am Geld hingen« (Lk 16,14), und die über den dort praktizierten Schuldenerlass lachten. Sie sind vermeintlich fromm und schaffen den Spagat, Gott und dem Mammon zu dienen.

Doch sie sind eher bereit, die Gesetze der Tora zu verletzen als die Rechte der Vermögenden auf ununterbrochene Geldvermehrung ohne Schuldenerlass.

Wenn die Tora ihren Kapitalinteressen widerspricht, wird ein neuartiges Rechtsinstitut wie der Prosbul geschaffen – um die Tora dennoch vermeintlich »halten« zu können. Genau diese Paradoxie aber, die Tora-Forderung eines Schuldenerlass zu umgehen, und die Tora vermeintlich zu halten, ist es, die Jesus kritisiert, wenn er sagt: »Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon« (Lk 16,13).

Die Jesusbewegung unterstützt das Tora-Recht der Schuldner, wie es in Dtn 15 festgeschrieben ist.

In der Bergpredigt heißt es: »Gib dem, der dich bittet, und wende dich nicht von dem ab, der etwas von dir borgen will« (Mt 5,42). Die Vaterunser-Bitte »vergib uns unsere Schulden« gehört ebenfalls in diese Erlassjahrtradition. Sie ist ein Notschrei und drückt eine jahrhundertlange Erfahrung der Menschen mit Schulden und Verschuldung aus.

Der biblische Schuldenerlass ist ein Instrument gegen die Macht der Vermögenden. Bei Schulden entsteht ein asymmetrisches Machtverhältnis, das auch eine biblische Spruchweisheit zum Ausdruck bringt: »Der Reiche herrscht über den Armen, und wer ausleiht, wird Sklave dessen, der verleiht« (Spr 22,7). Bis die

Schulden beglichen sind, muss ich der Schuldner unterordnen und kann keine Gleichbehandlung mehr erwarten. Diese Unterordnung des Schuldners unter den Kreditgeber wird verschleiert, indem die Schulden in eine moralische Schuld umgeformt werden, um Druck und Gewalt gegen die Schuldner legitimieren zu können. Die Rückzahlung der Kredite ist ein Modus des Klassenkonfliktes zwischen Arm und Reich.

5. Nachfolgepraxis im Schuldenstaat

Diese der Bibel bekannte Unterordnung des Schuldners unter den Kreditgeber drückt sich heute in einem autoritären Kapitalismus aus. Wenn Regierungen und Bürger nicht den Wünschen der Finanzanleger nachkommen, dann haben Finanzanleger die Macht, schnell aus einer Anlage in eine andere wechseln zu können. Den Druck verstärken die Ratingagenturen, die die Vertrauenswürdigkeit herabstufen können und dadurch die Darlehenskosten verteuern, was den Preis der Darlehen für die Vermögenden zusätzlich noch erhöht und dadurch die Verschuldung verschärft.

Diese Macht der Gläubiger wird erst dann gebrochen, wenn durch einen Schuldenerlass die Rechte und Lebensrechte der Schuldner verteidigt werden.

Der Klassenkampf, der im Schuldenstaat über die Verschuldung der Bürgerinnen und Bürger inszeniert wird, ist die Hauptarena der gegenwärtigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, in die heute auch Christinnen und Christen geschickt werden. In diese Auseinandersetzungen können internationalistische Christinnen und Christen die Erfahrungen der Kirchen des globalen Südens auf-

greifen und an die biblische Tradition des Schuldenerlasses erinnern. Denn der globale Süden war das erste Opfer der falschen neoliberalen Wirtschaftsdoktrin. Was der Norden zuerst dem Süden angetan hat, trifft nun auch den Norden selber.

Deutschland befindet sich auf dem Höhepunkt der bisherigen Reichtumsentwicklung. Das hauchdünne oberste Prozent verfügt über so viel Vermögen wie die Hälfte der Bevölkerung! Nach fünf Jahren Finanzkrise hat die Zahl der Millionäre mit 829.900 in Deutschland einen neuen Rekordstand erreicht. Das zeigt: Die Krise der Weltökonomie wurde von den Vermögenden zur Kapitalvermehrung genutzt. Sie haben sich auch in der Krise, wo allenthalben gespart wird, vor allem auf Kosten der Armen, der Erwerbslosen und prekär Beschäftigten bereichert. Die Superreichen haben die Reichtumsvermehrung zu einer globalen Regierungsform gemacht. Es herrscht eine »neofeudale Plutokratie«.

Der weltweite Reichtum wäre eine gute Meldung, denn zum ersten Mal in der Geschichte ist der objektive Mangel besiegt. Die Utopie eines gemeinsamen Glücks aller wäre materiell möglich.

Doch gerade jetzt findet eine Reifeudalisierung der Verhältnisse statt, welche die Feudalherren von ehedem, die Päpste, Fürsten und Konquistadoren des Mittelalters vor Neid erblassen lassen würde. Die Armut der vielen und der Reichtum der wenigen ist kein Naturereignis, sondern ist ökonomisch von der Geldelite gewollt und von den Politikern gemacht.

Das ist also die Welt, in der wir Christinnen und Christen leben. Es ist eine Gesellschaft, in der die Sünde System hat. Das ganze Leben ist von der Logik der Ökonomisierung und Kommerzialisie-

zung durchtränkt, hinter der sich eine ungeheure Akkumulation von Kapital vollzieht. Auf die eine oder andere Weise ist jeder und jede in das herrschende System verstrickt. Das gerade kennzeichnet eine Situation, die totalitär genannt werden kann. Aber gerade darum müssen Kirche und Christinnen und Christen diese Systemlogik demaskieren, verwerfen und Strategien entwickeln, sie wenigstens in Ansätzen zu überwinden und so Salz für eine andere Welt zu werden. Der Kampf um einen Schuldenerlass spielt dabei eine zentrale strategische Rolle.

Die internationalen Kapitalmärkte fordern die Kürzung der Löhne und Renten, sie bedrängen oder zerstören den Sozialstaat, damit die Renditen der Vermögenden sicher sind. Sie fordern Opfer für ihre Verheißung: Wenn ihr uns den Sozialstaat und seine Errungenschaften opfert, dann geht die Krise zuende. Dieses Opfer hat einen Namen: Abbau der sozialen Errungenschaften von Athen über Madrid bis Lissabon, Kürzung der Löhne und Renten, Entlassung von Staatsbediensteten, Zerschlagung von Tarifverträgen und Abbau regulärer Beschäftigung, damit die Geldelite auf den Finanzmärkte wieder Vertrauen gewinnen kann – sonst droht Ungemach. Theologisch gesprochen, handelt es sich hier um einen Opfer-Kapitalismus, der nicht einmal davor zurückschreckt, Menschen im armen Süden zu morden und im reichen Norden in Armut und Arbeitslosigkeit zu stürzen. Diese Opfer treffen den Süden wie den Norden – nur die Tragweite ist unterschiedlich. Papst Franziskus weiß aus seinen Erfahrungen im überschuldeten Argentinien, welche Opfer der Internationale Währungsfonds gefordert hatte und kommt

zu der Schlussfolgerung: »Die Ökonomie tötet Menschen.«

Der Opferkult gehört keineswegs in eine vergangene religiöse Epoche, sondern ist im Kapitalismus noch ärger als in archaischen Zeiten. Karl Marx hat es so gesagt: »Man hat ein Idol aus diesen Metallen (Gold und Silber) gemacht ... um sie zu Gottheiten zu machen, denen man mehr Güter und wichtige Bedürfnisse und sogar Menschen geopfert hat und immer noch opfert, als jemals das blinde Altertum seinen falschen Göttern geopfert hat«². Diesen Opfercharakter der Religion des Kapitalismus hatte Karl Marx 1864 angesprochen und süffisant von denen gesprochen, die meinen, »dass jede gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages die Totenglocke der britischen Industrie läuten müsste, die vampirgleich, nicht leben könne, ohne Blut und vor allem Kinderblut.

In alten Zeiten war der Kindesmord ein mysteriöser Ritus der Religion des Molochs. Doch er wurde nur bei ganz feierlichen Gelegenheiten ausgeübt, einmal im Jahr vielleicht, und dann hatte damals der Moloch keine ausschließliche Vorliebe für die Kinder der Armen.«³ Für Marx ist der Opferkult im Kapitalismus zum System geworden. Auch heute werden ärger als in der Antike Tag für Tag Menschen dem Moloch »Schuldendienst« geopfert.

Die gegenwärtige Schuldenkrise ist global und ein Zeichen eines fehlerhaften Finanzsystems, das theologisch als verschuldender Opferkapitalismus zu kennzeichnen ist. Der US-amerikanische Milliardär Warren Buffet hat die Finanzwirtschaft eine »Finanzielle Massenvernichtungswaffe« genannt. Es ist höchste Zeit, die Waffe aus der Hand zu schlagen. Schulden entstehen nicht, weil die »Grie-

chen zu faul sind« (BILDZeitung) oder wir »über unsere Verhältnisse leben« (A. Merkel). Der Kapitalismus braucht die Verschuldung.

Die Vermögenden können ohne Verschuldung ihr Vermögen nicht vermehren. Verschuldung ist nicht nur erwünscht ist, sondern ein notwendiger Bestandteil des destruktiven Finanzkapitalismus.

Deshalb ist zu fragen: Wer sind die Schuldigen?

Sind nicht die Reichen schuld an der Verschuldung, denn sie brauchen den Schuldner, um ihr Geld mehren zu können?

Die gegenwärtige Krise verlangt gewiss umfangreichere Regelungen als wir sie aus der biblischen Tradition kennen. Dennoch kann die Befassung mit dieser biblischen Regelung des Schuldenerlasses die heutige Suche nach Lösungen erweitern.

Die Auseinandersetzung um die Verschuldung ist ein Machtkampf zwischen den Interessen der Bürger und den Interessen der Finanzinvestoren.

Wessen Ansprüche haben Vorrang? Bei wem wird gekürzt: Bei den Kapitaleignern oder bei den sozialen Rechten der Menschen? Die biblische Tradition gibt für diese Auseinandersetzungen eine klare Orientierung vor, die sich an der Würde des Lebens der Menschen orientiert. Denen, die den Menschen und die kulturelle, ja zivilisatorischen Errungenschaften des Sozialstaates für den Finanzkapitalismus opfern wollen, setzt die Bibel die Befreiungstradition des Schuldenerlasses entgegen.

Kirche sein in diesem Geldmachtkomplex der Sünde bedeutet, aus dem Glauben heraus und auf biblischer Grundlage eindeutig Stellung zunehmen. Wenn die destruktive Logik des Finanzkapitalismus

nicht beendet wird, die alle Bereiche der Erde und des Lebens der Kapitalakkumulation unterwirft, dann wird das Leben zerstört.

Nachfolge wird deshalb eine Praxis sein müssen, die darauf drängt, die Bedürfnisse der Menschen und ihre natürlichen Lebensgrundlagen zum Zentrum des Wirtschaftens zu machen.

Wer sich in diese Arena begibt, dem tun sich auch die Felder auf, wo der Kampf gegen den Finanzkapitalismus konkret wird: In den Auseinandersetzungen um gerechte Löhne, auskömmliche Renten, faire Steuern und einen Sozialstaat, der Menschen vor den Stürmen des Kapitalismus in Sicherheit bringt, und vor allem den Schuldenstaat, der die Verteilung von unten nach oben organisiert. Das sind im Kern alles Verteilungsfragen. Diese Kämpfe zu unterstützen, ist der konkrete Ort der Nachfolge in einer sich ausbreitenden Lazarusgesellschaft, in der das Geld zur alles bestimmenden Wirklichkeit geworden ist und der Mammonismus herrscht.

In einer solchen Gesellschaft ist ein Schuldenerlass eine wirksame Waffe zur Verteidigung der Rechte und Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger gegen die Vermögensbesitzer und ihr Regime.

Deshalb ist es Zeit, an die alte Weisheit der Religionen zu erinnern, wie es im Vaterunser heißt: »Erlass uns unsere Schulden, wie auch wir denen vergeben, die uns etwas schuldig sind.«

1) Lazzarato, Maurizio, Die Fabrik des verschuldeten Menschen. Ein Essay über das neoliberale Leben, Hamburg 2012, 35, 43f.

2) Karl Marx, MEW 13, S. 103

3) Karl Marx, Ausgewählte Schriften, Moskau 1934, Bd. II, S. 450f.

Weiterführende Literatur.
 Frank Deppe, *Autoritärere Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand*, vsa Verlag, Hamburg 2013.
 Wolfgang Streeck, *Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin 2013.
 Franz Segbers, *Schuld und Schulden*, Theologisch-praktische Quartalsschrift 1/ 2014. 58–66.
 Franz Segbers, *Auf Mose und die Propheten hören in der Lazarusgesellschaft des Finanzmarktkapitalismus*, in: Arne Hilke (Hg.), *Damit es unwahr werde! Festschrift für Kuno Füssel zum 70. Geburtstag*, book on demand, 2011, 13–36.

Franz Segbers, »Sich Freunde machen mit dem Mammon der Ungerechtigkeit.« Eine Relecture des Gleichnisses vom »gerissenen Verwalter« (Lk 16,114) im Kontext der Finanzkrise:, in: Marlene Crüsemann, Claudia Jannsen (Hg.), *Gott ist anders: Gleichnisse neu gelesen auf der Basis der Auslegung von Luise Schottruff*, Gütersloh 2014.

Thesen 4–8

Der Sozialismus als Kirchenfrage

Paul Tillich, Carl Richard Wegener

4. Zu allen Zeiten und in all seinen Ausprägungen hat das Christentum in der Liebesethik Jesu die grundlegende Norm für das Gemeinschaftsleben gesehen. An ihr gemessen, hat das Christentum für gewisse Formen der Gesellschaftsordnung eine größere Affinität als für andere. Die Ethik der Liebe trägt in jede Gesellschafts- und Wirtschaftsform ein Ferment der Kritik, das um so erregender ist, je mehr sich jene auf Gewalt, Unterdrückung Eigennutz gründen. Darum konnte das Christentum mehr Verwandtes in der mittelalterlichen als in der spätrömischen Gesellschaftsstruktur finden und sich enger mit ihr verbinden. Darum muss es, unserer Überzeugung nach, im gegenwärtigen Moment in Opposition treten gegen die kapitalistische und milita-

ristische Gesellschaftsordnung, in der wir stehen und deren letzte Konsequenzen im Weltkrieg offenbar geworden sind.
 5. Die Ethik der christlichen Liebe erhebt Anklage gegen eine Gesellschaftsordnung, die bewusst und grundsätzlich auf dem wirtschaftlichen und politischen Egoismus aufgebaut ist, und fordert eine neue Ordnung, in welcher das Bewusstsein der Gemeinschaft das Fundament des gesellschaftlichen Aufbaues ist. (Idee des Sozialismus).
 6. Sie erhebt darum Anklage gegen den grundsätzlichen Egoismus der Privat- und Profitwirtschaft, die ihrem Wesen nach ein Kampf aller gegen alle ist, und fordert eine Wirtschaft der Solidarität aller und der Freude nicht am Gewinn, sondern am Werk selber.
 7. Sie erhebt Anklage gegen den grundsätzlichen Egoismus einer Gliederung der

Tillichs und Wegeners Thesen von 1919 haben die Leitsätze des BRSD nach 1976 geprägt. Die Ethik der Liebe klagt ein Gesellschafts- und Wirtschaftssystem an, »das auf Egoismus aufgebaut ist« und fordert »Gemeinschaft« als »Fundament«, »Solidarität aller und Freude nicht am Gewinn, sondern am Werk selber«.

Am 14. Mai 1919 hatten Paul Tillich, Privatdozent der Theologie an der Universität Berlin, und Carl Richard Wegener, Jugendpastor des Stadtsynodalbezirks Berlin bei der Ortsgruppe Zehlendorf der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) über das Thema Christentum und Sozialismus referiert. Das Evangelische Konsistorium Berlin hatte beide Referenten aufgefordert, sich hierüber zu äußern. Sie antworteten mit den Grundgedanken ihres Referates.

Paul Tillich (1886–1965) veröffentlichte 1933 »Die sozialistische Entscheidung«, eine Schrift gegen den Nationalsozialismus. Weil er außerdem zu den religiösen Sozialisten gehörte, wurde er aus dem Staatsdienst entlassen und emigrierte nach New York. Fast zwanzig Jahre lehrte er am Union Theological Seminary.

Beliebt sind seine Religiöse Reden (In der Tiefe ist Wahrheit, Das Neue Sein, Das Ewige im Jetzt) und seine Systematische Theologie. Mit seiner Methode der Korrelation pflegte er das Gespräch zwischen Theologie, Humanwissenschaften und Literatur.

Gesellschaft nach Klassen, durch welche der Klassenkampf notwendig verewigt wird. Gegen das auf Geld und Erbschaft gegründete Privileg der Bildung, das den sittlich zerstörenden Gegensatz von »Gebildet« und »Ungebildet« geschaffen hat. Sie fordert eine Gesellschaft, in der die Stände nicht zu Klassen werden, und die

gleiche Bildungsmöglichkeit der Befähigten jedes Standes.

8. Sie erhebt Anklage gegen den grundsätzlichen Egoismus der nationalen Machtpolitik und die Rechtfertigung der Lüge und Unterdrückung durch die nationale Idee und fordert die Beugung aller Staaten unter eine überstaatliche Rechtsordnung.

Zusammenleben von Christen und Muslimen

Was verbindet uns, was trennt uns

Hamideh Mohagheghi

Das Zusammenleben von Christen und Muslimen ist geprägt sowohl von friedlichem und konstruktivem Miteinander als auch gegenseitiger

Abgrenzung und Ablehnung bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen.

In den Konfliktsituationen werden die negativen Erfahrungen besonders hervorgehoben, um sich gegenseitig den Willen zum friedlichen Zusammenleben abzu-

sprechen. Die Hindernisse für ein Miteinander können theologische Gründe, institutionelle Interessen, sozialpolitische Konflikte und wirtschaftlich-politische Strategien sein und in den jeweiligen realen Situationen durch Beeinflussung gesteigert oder gemildert werden.

Wenn wir vom Zusammenleben von Christen und Muslimen sprechen, teilen wir zuerst Menschen in zwei Gruppen ein, und jeder Mensch hat sich in einer dieser Gruppen zu finden. Es entsteht ein individuelles und ein kollektives Selbstbild sowie ein Fremdbild von zwei Gruppen, die nicht gleich sind. Es findet eine Abgrenzung statt, die nicht unbedingt Ausgrenzung bedeutet, die aber zur Ausgrenzung und Ausschließung führen kann, wenn die jeweiligen Interessen dies erfordern.

Gibt es im Islam eine Ausgrenzung und Ausschließung der Christen, die mit den Quellen zu begründen sind?

Die erste authentische Quelle für die Muslime ist der Qur'an, der als wörtliche Inspiration und Vermittlung durch den Engel Gabriel an den Propheten Muhammad verstanden wird. Der Qur'an wurde innerhalb von 23 Jahren offenbart; neben den Aussagen über die Glaubensgrundsätze, Ritualen und Prophetengeschichten gibt es Verse, die unmittelbare Lösungsvorschläge darstellen, wie in der jeweiligen Situation angemessen und akzeptabel zu reagieren war. Es gibt Verse im Qur'an, die klare Position gegenüber Andersgläubigen beziehen, und es ist offensichtlich, dass die ersten Adressaten hierfür die Muslime und Andersgläubige sind, die im 7. Jh. auf der arabischen Halbinsel in irgendeiner Weise miteinander in Berührung kamen. Für uns, die keine Augenzeugen der Offenbarung sind, ist ein historischer Einblick in die Gesellschaftsstruk-

turen der Offenbarungszeit elementar, um diese Aussagen in ihrem unmittelbaren Wirkungsbereich zu verstehen. Das bedeutet, wenn im Qur'an Konflikte mit anderen und die dazu erteilten Empfehlungen zu Reaktionen dargestellt werden, sind diese nicht als ort- und zeitunabhängig zu betrachten sondern als Aussagen mit direktem Bezug auf die jeweilige epochale Gegebenheit und als angemessene Antwort auf die gesellschaftlichen Realitäten und Gewohnheitsrechte der jeweiligen Zeit.

Beziehung zu Schriftbesitzern im Qur'an

Die qur'anischen Verse werden nach ihrem Offenbarungsort in medinensische und mekkanische Verse eingeteilt. Sie unterscheiden sich voneinander hauptsächlich auf Grund der politischen und gesellschaftlichen Situation in den beiden Städten. In Mekka waren die Muslime in der Minderheit und hatten unter den Repressalien der eigenen Gesellschaft zu leiden, die sich massiv gegen sie stellte und sie letztendlich zwang, die Stadt zu verlassen. In Medina waren die Muslime eingeladen, dementsprechend wurden sie aufgenommen und bauten mit den anderen Einwohnern gemeinsam ein gesellschaftliches System auf und wurden politisch unabhängig.

Für die Herstellung der Ordnung und Beendigung der Stammeskonflikte, die es vorher in dieser Stadt gab, wurde unter der Leitung des Propheten Muhammad und der Beteiligung der jüdischen, christlichen und weiterer Stämme eine gemeinsame Erklärung verfasst und beschlossen.

In dieser Erklärung bekannten sich alle Unterzeichner, dass sie zu einer Gemeinschaft (umma wahida) gehören. Das be-

deutet, dass durch diese Vereinbarung eine pluralistische Gemeinschaft entstanden war, die gemeinsame Interessen hatte; jeder verpflichtete sich, für die gemeinsamen Interessen einzutreten. Diese Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft konnte nicht verhindern, dass es später Abgrenzungen, Misstrauen, und Verratgab, die Kriege verursachten.

Im Qur'an werden hauptsächlich vier Gruppen angesprochen, die zu den »anderen« gehörten: Schriftbesitzer (ahlul kitab), hiermit sind Juden und Christen gemeint, die vor Ort lebten, Leugner (kafirun), Heuchler (munafiqun) und Polytheisten (muschrikun). Der Qur'an als Zeugnis für den absoluten Monotheismus grenzt die Polytheisten, Leugner und Heuchler eindeutig ab.

Besonders wenn sie die Ordnung in der Gemeinschaft störten und ihre Verhaltensweise das friedliche Zusammenleben beeinträchtigte, hatten sie mit Sanktionen zu rechnen. Auch die Ermahnung, dass sie im ewigen Leben bestraft werden, ist der Gegenstand zahlreicher Verse im Qur'an.

Über die Schriftbesitzer gibt es unterschiedliche Aussagen, die sich inhaltlich von einander teilweise unterscheiden. einerseits gibt es Verse, die eine klare Distanz zwischen Muslimen und Schriftbesitzer aufzeichnen, andererseits gibt es auch Verse, die die Rechtgläubigkeit der Schriftbesitzer bezeugen. Dieser Umstand ist Beleg dafür, dass diese Verse über Ablehnung und Ausgrenzung nicht die allgemein gültige Beziehung zu den Schriftbesitzern darstellen, sondern sie beschreiben vielmehr die seinerzeit aktuellen Situationen, die diese Gruppen miteinander erlebt und erfahren haben.

Während die mekkanischen Verse über Schriftbesitzer wenig aussagen, gibt es in

den medinensischen Versen einige Stellen über sie. Der Vers 46 in Sure 29 ist signifikant für die mekkanische Zeit:

Und streitet nicht mit dem Volk der Schrift, es sei denn auf die beste Art und Weise. Ausgenommen davon sind jene, die ungerecht tun. Und sprecht: »Wir glauben an das, was zu uns herabgesandt wurde und was zu euch herabgesandt wurde. und unser Gott und euer Gott ist Einer. Und Ihm sind wir ergeben.«

Die Intention dieses Verses ist ein Dialog, darauf eine fundamentale Gemeinsamkeit basiert: die Ergebenheit gegenüber dem einzigen Gott.

Der Qur'an spricht über Schriftbesitzer, dass sie unter sich uneins sind und die Einheit der Gemeinschaft gefährden (Sure 3:213). Dass sie wissentlich und absichtlich die Wahrheit verheimlichen (Sure 2:146).

In CuS 4/2006 wurde dieser vor der Studientagung der Westfälischen Missionskonferenz und des Kirchenkreises Herford gehaltene Vortrag veröffentlicht.

Für die Autorin ist ein »historischer Einblick in die Gesellschaftsstrukturen der Offenbarungszeit« des Koran maßgebend, was eine fundamentalistische Deutung ausschließt. Das Verhältnis von »Schriftbesitzern« (Juden und Christen) und Muslimen im Koran wird geklärt, was »hilfreiche Aussagen« über das Zusammenleben von Christen und Muslimen möglich macht.

Hamideh Mohagheghi zitiert Sure 5,8 vom Wetteifern der Menschen bei guten Taten und sieht das »Angehen gegen Armut, Gewalt und Ungerechtigkeiten« als gemeinsame Aufgabe von Christen und Muslimen.

Dass sie die Leugner zu Vertrauten nehmen (Sure 5:80), dass sie ihre eigenen Schriften als »Werk Gottes« darstellen und manche Inhalte der Schrift den anderen vorenthalten (Sure 2:79, Sure 5:15) und dass »ein Teil von ihnen« den Bund mit Gott gebrochen habe (Sure 2:100). Sie meinen es mit ihrer Religion nicht ernst und handeln nicht nach ihren Schriften (Sure 5:57, Sure 3:99, Sure 5:68). Sie bedecken die Wahrheit mit Unwahrheit (Sure 3:71).

Neben diesen kritischen Stellen gibt es auch klare Zeugnisse, dass »es unter ihnen eine Gemeinschaft gibt, die standhaft ist, für das Gute eintritt, sich vor Gott niederwirft, das Rechte gebietet und das Unrecht verwehrt« (Sure 3:113–114, Sure 3:199). Sie gehören zu »den Tugendhaften«, werden »ihren Lohn bei Gott haben« und »sie brauchen sich nicht vor dem Jenseits zu fürchten« (Sure 2:62).

Nach dieser Darstellung ist festzustellen, dass der Islam den anderen Religionen nicht grundsätzlich das Existenzrecht abspricht oder sie in allen Punkten verneint. Der Islam versteht sich als eine Lebensweise, die von Beginn der Schöpfung den Menschen als Wegweiser für eine diesseitige und jenseitige Glückseligkeit dient (Sure 3:19).

In diesem Sinne kann die Aussage in Sure 3:19 nicht dahingehend ausgelegt werden, dass der »Islam« ausschließlich durch die Offenbarungen an den Propheten Muhammad beschrieben wird.

Das Wort Islam heißt »Gottesgebenheit« oder »sich in Vertrauen in Gottes Hand geben«, diese Haltung und Lebenseinstellung gab Gott dem Menschen als Grundlage für seinen Weg durch das Leben, damit er ihn in Verantwortung vor Gott gehen kann und sein Leben als Verpflichtung für den Erhalt der Schöpfung, Einsatz für Ge-

rechtigkeit und Frieden versteht. In diesem Sinne wird im genannten Vers die »Gottesgebenheit« (Islam) als die von Gott angenommene »Lebensweise« (Din) dargestellt.

Beziehung zu Christen im Qur'an und in der Tradition

Es ist im Qur'an nicht in allen Stellen über die Schriftbesitzer eindeutig festzustellen, in welchen explizit die Christen gemeint sind. Der Qur'an bezeugt zuerst die Botschaft Jesu im folgenden Vers:

Und Wir ließen in ihren Spuren Jesus, den Sohn Marias, folgen, der das bestätigt, was vor ihm in der Thora war. Und Wir gaben ihm das Evangelium, in der Leitung und Licht ist, und als Bestätigung dessen, was vor ihm von der Thora vorlag, und als Leitung und Ermahnung für diejenigen, die Ehrfurcht vor Gott haben. Sure 5:46

Die Akzeptanz aller Propheten und Offenbarungen gehört zu den Glaubensprinzipien des Islam:

[...] Der Prophet und die Gläubigen glauben an Gott, an seine Engel, seine Bücher und an seine Gesandten. Wir machen keinen Unterschied zwischen Seinen Gesandten [...]. Sure 2:285

In einigen Stellen werden Juden und Christen namentlich und nicht als Schriftbesitzer allgemein genannt. Diese Stellen befassen sich hauptsächlich mit den Konflikten zwischen Juden und Christen, die sich gegenseitig abgrenzten.

Die Christen werden an zwei Stellen ermahnt: In Sure 4 Vers 171 ist der Gegenstand der Ermahnung die Übertretung im Glauben und der Hinweis darauf, dass »der Mesias Jesus, der Sohn Marias, ein Gesandter Gottes und Sein Wort sei« Sie sollen davon ablassen »drei« zu sagen, weil Gott nur ein einziger Gott ist. Die

muslimischen Kommentatoren sehen den historischen Hintergrund für diesen Vers in den Streitgesprächen, die Muhammad mit den christlichen Delegationen aus Najran über deren Christologie führte.

In den Gesprächen soll die Meinung entstanden sein, dass diese Christen von einer biologischen Sohnschaft ausgingen und sie nicht metaphorisch verstanden; dies war nicht mit dem Monotheismus vereinbar, wofür der Islam entschieden eintrat.

In Sure 4 Vers 158 wird die Kreuzigung Jesu in Frage gestellt und zwar in einer Weise, die so verstanden werden kann, dass anstatt Jesus eine andere Person am Kreuz starb. Der Vers im Arabischen ist so formuliert, dass er in erster Linie die Spannung, die es zwischen Juden und Christen gab, entkräftet. Es wird hervorgehoben, dass Gott »Jesus zu sich erhoben hat«.

In der Tat berühren diese beiden Stellen zwei zentrale Elemente des christlichen Glaubens und können als Grundlage für eine Ablehnung dienen.

Obwohl es über das Leben des Propheten Muhammad wenige Quellen gibt, ist es soweit bekannt, dass er schon vor seiner Berufung Kontakt mit Christen hatte. Als Kaufmann traf er auf seinen Handelsreisen andersgläubige, darunter auch Christen. Die langen Reisezeiten waren u.a. ein Grund dafür, dass unterwegs genug Zeit und vor allem Interesse vorhanden war, sich miteinander auch über den Glauben auszutauschen.

Der Prophet Muhammad muss gute Vorstellungen und Vertrauen zu Christen gehabt haben, als er die Muslime anregte, nach Abessinien auszuwandern, nachdem sie die Repressalien in Mekka nicht mehr ertragen konnten. Er sagte zu ihnen, dass Abessinien von einem König regiert wird, der Christ und gerecht sei, und sie würden

bei ihm Unterstützung und Zuflucht finden.

In der medinensischen Zeit war der Kontakt der Muslime mit den Juden intensiver, weil sie erheblich zahlreicher als Christen vertreten waren.

Außer einigen kleinen Auseinandersetzungen lebten Christen und Muslime in Medina im Wesentlichen in Frieden mit einander.

Welchen Einfluss haben die qur'anischen Aussagen und die in der Tradition beschriebenen Beziehungen zwischen Christen und Muslimen heute?

Die kritischen Aussagen des Qur'an über die Glaubenseinstellungen und Verhaltenweisen einiger Christen könnten verallgemeinert und in einer Weise interpretiert werden, diesen Glauben als überholt und nicht mehr gültig anzusehen.

Für die Muslime ist jedoch die historische Betrachtungsweise dieser Verse notwendig, um für das Zusammenleben hilfreiche Aussagen aus dem Qur'an zu erarbeiten, in denen die anderen Religionen und Wege, die zu Gott führen, anerkannt sind. Abgesehen von regionalen Auseinandersetzungen haben die exzessiven Konflikte wie die Eroberungsversuche der Araber und die Kreuzzüge auch ihre Spuren für die gegenseitige Wahrnehmung hinterlassen. Obwohl sie Jahrhunderte lang keine Rolle spielten, ist insbesondere in den letzten Jahren zu erkennen, wie sie im Kollektivgedächtnis wieder erweckt werden und Angst und Misstrauen schüren. Es ist eine gemeinsame Aufgabe, jeweils in der eigenen Religionsgemeinschaft gegen den Missbrauch derartiger Wahrnehmung der anderen vorzugehen.

Was verbindet uns und was trennt uns?

Khatami, der ehemalige Staatspräsident Irans, äußerte sich bei einem Gespräch mit Christen in Tehran, dass wir für den Dialog eine Sprache entwickeln müssen. Er meinte: »Diese Sprache kann nicht die theologische Sprache sein.« In der Tat kann die theologische Sprache eher eine Trennung verursachen als eine Annäherung, besonders wenn diese dafür eingesetzt wird, den eigenen Weg als einzig richtigen und verbindlich für alle darzustellen.

Wir erleben hier seit einiger Zeit, wie intensiv besonders von Seiten einiger prominenter christlicher Theologen die Meinung vertreten wird, dass wir nicht den selben Gott anbeten: »Allah und Gott sind wesentlich von einander zu unterscheiden, Allah ist strafender Gott und Gott im Christentum ist Gott der Liebe« ist permanent zu hören. Es ist keine Frage, dass es unterschiedliche Gottesvorstellungen und Zugänge zu Gott gibt, aber die Meinung, dass wir zwei völlig verschiedene Götter anbeten, kann uns ein festes Fundament entziehen, worauf wir unser Zusammenleben aufbauen können. Die Spiritualität ist ein Weg, der die Menschen innerlich miteinander verbinden kann und ihnen Stärke schenkt, um gemeinsam die Probleme im Leben zu bewältigen.

Eine gemeinsame Quelle, aus der jeder mit eigenen Mitteln Kraft und Mut schöpft, ist eine große Hilfe und Unterstützung für das friedliche Zusammenleben. Die verschiedenen Wege führen zu einem einzigen Gott als Schöpfer und Erhalter der Schöpfung:

»[...] Wenn Gott gewollt hätte, hätte Er euch zu einer einzigen Gemeinschaft gemacht.

Er wollte euch aber in allem, was Er euch gegeben hat, auf die Probe stellen. Ihr sollt miteinander in guten Taten wetteifern. Zu Gott werdet ihr alle zurückkehren. Und dann wird Er euch Kunde geben davon, worüber ihr zu streiten pflegtet.« Sure 5:48

Es ist ein Grundsatz im Islam, dass alles im Leben Sinn und Ziel hat, auch unser Zusammenleben hat einen Sinn, den wir uns erschließen und für das Erreichen des Zieles einsetzen sollten.

Wir haben auf dieser Welt Verantwortung zu tragen und die Schöpfung Gottes zu verwalten.

Unsere Verhaltens- und Lebensweise hat Wirkung auf das Leben der anderen und in der Schöpfung. Das Angehen gegen Armut, Gewalt und Ungerechtigkeiten sind Aufgaben, die wir gemeinsam viel effektiver erfüllen können.

Wenn wir unser Zusammenleben als Geschenk Gottes annehmen, das zwar eine Herausforderung ist, aber auch gegenseitige Bereicherung mit sich bringt, und wenn wir uns als Gottes Geschöpfe sehen, die in allen Bereichen des menschlichen Lebens durch fairen und gesunden Wettbewerb zu positiven Entwicklungen beitragen können, sehen wir in anderen nicht eine Bedrohung, sondern eine unterstützende Kraft, die uns ermutigt und aufrichtet.

In unseren Traditionen gibt es genug Beispiele, die uns Mut machen können, uns gemeinsam auf den Weg zu einer besseren Zukunft zu begeben.

Die Geschichten im Qur'an und in der Bibel sind ermutigende Beispiele, die Hindernisse zu überwinden.

Die ethischen Werte sind nicht spezifisch muslimisch oder christlich, sondern menschlich.

Es gibt eine Reihe ethischer Grundlagen, die für uns als Menschen verbindlich und

in den jeweiligen Quellen zu finden sind: Respekt vor Leben, Achtung der anderen, Sorgfalt im Umgang mit der Schöpfung, soziales Engagement, bewusste Wahrnehmung der Notleidenden und die Bemühung, ihre Lage zu bessern, Einsatz für Gerechtigkeit und Frieden – dies sind grundsätzliche Aussagen sowohl der christlichen als auch der islamischen Lehre, sind u. a. gemeinsame Aufgaben.

BRSD – Aktuelle Positionen

Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Geld

Bund – eine lange Geschichte

„Bund“ – was für ein Wort. Gott schließt seinen Bund mit den Menschen im Zeichen des Regenbogens; er schließt seinen Bund mit dem Volk Israel. Und er schließt nach christlicher Überzeugung wieder einen Bund durch Leben, Tod und Auferstehung Jesu Christi. Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten verbünden sich miteinander, um am Reich Gottes hier und jetzt mitzubauen. Der jüdische Begriff *tikkun olam* – die Vervollkommnung der Welt – ist Auftrag, uns für einen besseren Welt einzusetzen. Das Reich Gottes ist bereits mitten unter uns (Lk 16.21) – wir wollen es sichtbar und erlebbar machen.

Religiös und sozialistisch?

„Gerechtigkeit“ und „Freiheit“ sind weitere zentrale Begriffe der Bibel, die von Menschen aufgeschrieben wurde, die Gott in allererster Linie als Befreier erlebt haben. Religion ist für uns kein „allgemeiner Trost- und Rechtfertigungsgrund“ (Marx) der bestehenden Verhältnisse, erst recht kein „Opium“ (Marx), sondern die wesentliche Kraft, aus der

Es liegt an uns, unser Zusammenleben als Chance und Hoffnung für eine bessere Welt oder als eine Bedrohung zu sehen, die nur destruktives bewirken kann. Und es liegt an uns, mutig aufzubrechen und uns für einander und mit einander auf den Weg zu geben, damit die späteren Generationen Gott dafür danken, dass wir unsere Aufgabe gemeinsam erfüllt haben.

wir schöpfen. Wir glauben, dass der Mensch als Ebenbild Gottes in der Lage ist, Frieden zu stiften. Wir glauben, dass die weltweiten materiellen Unterschiede zwischen den Menschen Gottes Weisung nicht entsprechen.

Wir glauben, dass Gottes Schöpfung und unsere natürlichen Lebensgrundlagen nicht kurzfristigen Profitinteressen geopfert werden dürfen.

Wir glauben, dass die derzeit von vielen Herrschenden verkündete „Alternativlosigkeit“ unseres derzeitigen Wirtschaftssystems mit der biblischen Botschaft von Gerechtigkeit und einem lebendigen Gott nicht vereinbar ist, denn: „Diese Wirtschaft tötet!“ (Papst Franziskus).

Ganz was Neues?

Der BRSD entstand in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg. Seit 1919 aktive Gruppen schlossen sich 1926 aus der Überzeugung zusammen, dass dauerhafter Friede entsprechend dem Gebot der Nächstenliebe (3.Mose 19; Mt. 19,19) nur verwirklicht werden kann, wenn das aus Egoismus und Rivalität gegründete

kapitalistische System überwunden wird. Die Gründung des BRSD war auch Protest dagegen, dass die Kirchen Demokratie und Arbeiterbewegung zumeist bekämpften und – insbesondere die Evangelischen Kirchen – den Ersten Weltkrieg glühend unterstützt hatten. In diesem Sinne war der BRSD „gegen die Kircheninstitution“, versuchte aber, diese von innen zu verändern. Nach ihrer Verstrickung und ihrem Desaster in der NS-Zeit haben sich die Kirchen in vielen Punkten auch von selbst verändern müssen. In vielen Fragen sind sie daher heute nicht mehr nur als reaktionäre Kraft anzusehen, sondern sind wichtige Stimmen gerade in sozialen Belangen. Auch in der Ablehnung des Krieges haben sich die Kirchen heute unter das Leitbild eines „gerechten Friedens“ den Positionen des BRSD angenähert.

Parteiisch – aber überparteilich!

In seiner Gründungszeit vor fast 100 Jahren war der BRSD in erster Linie sozialdemo-kratisch geprägt. Heute gehören ihm Mitglieder verschiedener Parteien an, aber ebenso parteilose, die sich in keiner der existierenden Parteien aufgehoben fühlen. Der religiöse Sozialismus wurde durch undogmatische, teils auch anarchistische linke Ideen geprägt. Die politische Vielfalt unserer Tradition und Mitgliedschaft empfinden wir als große Bereicherung. Uns alle eint die jesuanische Option für die Armen. Der BRSD ist keine politische Partei.

Überkonfessionell und interreligiös!

Die Mitglieder des BRSD sind mehrheitlich in einer christlichen Kirche. Mit den 1960er Jahren kommen mit der Befrei-

ungstheologie wichtige Impulse für die religiös-sozialist-ische Bewegung verstärkt aus dem katholischen Bereich, aber auch die katholische Soziallehre und Papst Franziskus geben wichtige Impulse. Der religiöse Sozialismus ist heute bei weitem kein konfessionelles Phänomen. Mehr noch: Bis zum Verbot des BRSD 1933 gab es auch eine starke Arbeitsgemeinschaft jüdischer Sozialistinnen und Sozialisten im BRSD. Uns sind Angehörige anderer Religionen herzlich willkommen, wenn sie sich mit unseren Idealen identifizieren können. Gerade sie könnten uns mit eigenen Quellen und Inspirationen bereichern. Dennoch stehen wir nicht für religiöse Beliebigkeit: Auffassungen, die Menschen entmündigen oder fundamentale Verengungen sind uns fremd. Religiöse Überzeugungen, die das Heil und die Gerechtigkeit Gottes nur im Jenseits suchen, lehnen wir ab. Der BRSD ist keine eigene Glaubensgemeinschaft.

Wie wir arbeiten

Mit unseren Ideen bringen wir uns in unsere jeweiligen Gemeinden, Kirchen oder andere Glaubensgemeinschaften ein. Wir schreiben unsere Positionen in Leitsätzen auf und formulieren diese je nach politischer Lage oder gewonnenen Einsichten neu. Seit 1976 haben wir uns oft auf die Frühsozialisten und ihre Wirtschaftsform der Genossenschaften bezogen und gesellschaftliche Leitziele weiterentwickelt. Die wichtigste Entscheidungsebene ist die Mitgliederversammlung. Zur Koordination der laufenden Arbeit gibt es den demokratisch gewählten Bundesvorstand. Darüber hinaus gibt es auch Regionalgruppen, und wir bemühen uns, weitere, auch thematische Gruppen aufzubauen. Unser Bund bringt ca. dreimal

im Jahr „Christ*in und Sozialist*in – Blätter des religiösen Sozialismus“ heraus, eine Mitgliederzeitschrift, die in Aufsätzen und Berichten sowie Rezensionen aktuelle Themen aufgreift. Wir sind religiös und sozialistisch, freie Menschen. Wir haben klare, basisdemokratische Strukturen, versammeln uns öffentlich. Wir können Spendenbescheinigungen ausstellen. Wir arbeiten transparent.

BRSD – noch aktuell!

Natürlich kann man seine persönliche Überzeugung auch individuell in die Gemeinden tragen, ohne Verein, ohne BRSD. Jede und Jeder kann zu Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung und zur Überwindung des Kapitalismus und unserer zutiefst ungerechten

BRSD – aktuelle Positionen.

Internationale Liga religiöser Sozialistinnen und Sozialisten – ILRS

ILRS: Inspiriert vom Glauben – der Gerechtigkeit verpflichtet

Die Internationale Liga religiöser Sozialistinnen und Sozialisten (ILRS) vertritt Organisationen von sozialistisch und demokratisch gesinnten Menschen, deren politische Ansichten von ihrem religiösen Glauben und von ihrer Glaubenserfahrung inspiriert sind.

Historie

Unsere Organisation (International League of Religious Socialists) wurde 1921 in der Schweiz und Deutschland gegründet. Historisch gesehen war die ILRS zuerst eine europäische Organisation. In den 1980er und 1990er Jahren erweiterte die ILRS jedoch ihre Kontakte weltweit und

Lebensweise beitragen. Viele kirchliche Verlautbarungen weisen in diese Richtung. Wir als BRSD verstehen uns als Plattform, sind uns einander Kraftquelle und in unseren Gemeinschaften Stachel im Fleisch. Religiöser Sozialismus heißt für uns heute Glauben, Hoffen und Handeln. „Unrechtsfesseln öffnen, Jochstricke lösen, Misshandelte als Freie entlassen, jedes Joch zerbricht ihr! Geht es nicht darum? (...) Dann wird dein Licht wie die Morgenröte hervorbrechen (...).“ (Jes. 58,6–8)

Wir laden Sie herzlich ein als Mitglieder bei uns mitzumachen.

Überkonfessionell und interreligiös, parteiisch – aber überparteilich, religiös und links!

Organisationen aus Nord- und Südamerika, Australien und Afrika wurden Mitglied. Zu dieser Zeit vertrat die ILRS mehr als 200.000 Sozialist*innen und Gläubige aus den verschiedenen sozialistischen, sozialdemokratischen und Arbeiterparteien der Welt.

Nach 2010 sind wir – bedingt durch die Probleme der sozialdemokratischen Parteien und der Linken insgesamt – wieder geschrumpft und nun besonders in Europa aktiv. In den letzten Jahren und bis heute sind die Organisationen der Religiösen Sozialist*innen jedoch in den USA und anderswo wieder stärker geworden.

Das gibt uns Hoffnung!

Was die ILRS will

In Zeiten der Globalisierung, der weltweiten Zunahme des enormen Reichtums einiger Weniger, der Marginalisierung und Prekarisierung Vieler und der brutalen Angriffe auf die Menschenrechte sind religiöse Sozialist*innen auf der ganzen Welt erneut aufgerufen, ihre Stimme zu erheben, zu protestieren und aktiv zu werden.

Im Gegensatz zu den Neoliberalen glauben wir, dass es eine Alternative gibt.

Unsere Alternative ist eine Orientierung an den Idealen des demokratischen Sozialismus, an den Rechten der Arbeitnehmer*innen, Frauen und Minderheiten, an den Menschenrechten. Wir sind für mehr Demokratie und mehr Möglichkeiten der direkten Beteiligung aller. Wir verbinden unseren Kampf für eine solidarische Wirtschaft mit dem Kampf für Ökologie und Demokratisierung.

Religion und Sozialismus

Als Religiöse Sozialist*innen gehen wir von der unveräußerlichen, von Gott gegebenen Würde jedes einzelnen Menschen aus – wir verbinden dies mit dem Kampf für die Rechte aller Menschen und der Bewahrung der Schöpfung Gottes.

Wir glauben, dass wir als religiöse Menschen auch die Verantwortung haben, den religiösen Fundamentalismus zu bekämpfen und den Missbrauch der Religion als politisches Instrument der Unterdrückung.

Die ILRS ist der Ansicht, dass wir für die Toleranz gegenüber der religiösen Vielfalt und für die soziale und wirtschaftliche Gleichstellung in der ganzen Welt kämpfen müssen. Wir müssen kämpfen, um die Armut zu beseitigen

und die soziale, kulturelle und wirtschaftliche Kluft zu überwinden, die in unseren Gesellschaften besteht.

Wir Religiösen Sozialist*innen leisten – historisch und auch heute – einen wichtigen Beitrag als Mitarbeiter*innen in den meistens säkular ausgerichteten sozialistischen Parteien und in der sozialistischen Bewegung. Wir möchten, dass dies anerkannt und gewürdigt wird.

Aktivitäten der ILRS

Wir organisieren internationale Foren zu sozialen und wirtschaftlichen Themen und alle drei Jahre eine Internationale Konferenz.

Wir sind assoziiertes Mitglied der Sozialistischen Internationale (SI) (Beobachterstatus) www.socialistinternational.org.

Wir sind ebenso mit der Progressiven Allianz verbunden. Diese wurde 2013 gegründet, nachdem es viel Kritik an der Mitgliedschaft von Parteien in der SI gab, die nur Unterstützungsorganisationen für regionale Diktatoren sind. www.progressive-alliance.info.

Wir sind mit der Foundation for European Progressive Studies (FEPS) verbunden. www.feps-europe.eu.

Wir führen auf der EU-Ebene einen Dialog mit religiösen und nicht-konfessionellen Organisationen nach Artikel 17 AEUV der Europäischen Union/des Europäischen Parlaments.

Deutschsprachige Kontakte in der ILRS

Die ILRS freut sich über Unterstützung Aller, die unsere Ziele teilen (religiöse Glaubensgemeinschaften, Institutionen, Organisationen).

Eine persönliche Einzelmitgliedschaft ist leider nicht möglich, sondern nur über

die jeweiligen (Mitglieds-) Organisationen im Herkunftsland.

- Bund der Religiösen Sozialist*innen Deutschlands e.V., Bundessekretariat c/o Andreas Herr, Effnerstr. 26, D-85049 Ingolstadt, www.brsd.de.
- ACUS Arbeitsgemeinschaft für Christentum und Sozialdemokratie, Mei-

selstraße 8/3/36, A-1150 Wien, www.acus.at.

- Religiös-Sozialistische Vereinigung der Deutschschweiz (RESOS), Gartenhofstraße 7, CH-8004 Zürich, www.resos.ch.
- ILRS – Internationale Liga Religiöser Sozialistinnen und Sozialisten, www.ilrs.net.

Weitere Resolutionen und Erklärungen des BRSD sind archiviert auf unserer Website <http://www.brsd.de>.

- Im Frühjahr und Herbst 1981 gegen die Stationierung neuer Atomraketen
- Im Herbst 1983 zur Arbeitslosigkeit und zur Sozialpolitik
- Im Januar 1990 mit religiössozialistischen Thesen zum Golf-Krieg.
- Im Mai 1990 mit der Resolution »Das Ende der DDR bedeutet nicht das Scheitern des Sozialismus«
- Im Juni 1991 mit der Schrift »Endsieg des Kapitalismus? Religiössozialistische Alternativen zur sozialen Marktwirtschaft«
- Im Oktober 1992 mit der Resolution »Von Rostock nach Sachsenhausen (Gegen rechtsradikale Gewalt)«
- Im Juni 1999 mit einem Flugblatt gegen den Bombenkrieg der Nato in Jugoslawien
- Im November. 2006 als Teil des »Aktionsbündnis für Zeitansagen«
- Im Sommer 2007 bei der Konsultation zum 10 jährigen Jahrestag des Sozialworts beider Kirchen
- Im März 2008 zum Scheitern einer rot-rot-grünen Koalition in Hessen
- Im Januar 2009 zur Eskalation des Kriegs im Nahen Osten
- Im Mai 2010 Zur Aussperrung von Arbeitenden und Verhinderung von Betriebsratswahlen
- Im Juni 2010 mit der Bewegung »Wir zahlen nicht für eure Krise«
- Im März und Dezember 2010 und Januar 2011 für Frieden in Afghanistan
- Am 23. Dezember 2011 in einer Presseerklärung zum Aufmarsch der Neonazis in Bielefeld
- Am 6. August 2012 und in folgenden Jahren zum Gedenken an Hiroshima
- Er unterstützt die Aktion »umfairteilen«
- Ebenso eine Protestaktion vor dem Bundestag: »Verfassungsschutz darf nicht über Gemeinnützigkeit entscheiden!«
- Im Juli 2014 mit einer Erklärung zur Eskalation des Krieges im Nahen Osten.
- Der Bund hat regelmäßig die Arbeit des Kirchentags mitgestaltet durch Teilnahme beim Markter Möglichkeiten, durch den Aufbau des Lehrhauses »Reich Gottes und Sozialismus« in Berlin
- Gelegentlich, jetzt wieder regelmäßig, unterstützt er die Arbeit des Katholikentages über die »Initiative Kirche von unten«
- Der Bund hat jährlich eine Tagung zur Organisation seiner Arbeit abgehalten, aber immer wieder auch als öffentliche Bildungsveranstaltung (z.B. die große Tagung über Christoph Blumhardt in Bad Boll)
- Der Bund unterstützt die Volksbildung in Nicaragua

Satzung des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. (BRSD)

§ 8 Gemeinnützigkeit

Der Verein führt den Namen Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V.

Er ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht Frankfurt/Main eingetragen.

§ 2 Zweck

- (1) Der Bund setzt die Arbeit des 1926 gegründeten »Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands« fort, in dem die seit Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland entstandene religiössozialistische Bewegung ihre organisatorische Form fand. Der Bund steht in dieser religiösen und politischen Tradition und sucht die Ziele der religiössozialistischen Bewegung den Aufgaben unserer Zeit entsprechend zu verwirklichen.

Richtungsweisendes Dokument sind hierbei die »Leitsätze für die Arbeit des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten«.

- (2) Der Bund ist Mitglied der International League of Religious Socialists.
- (3) Der Bund verfolgt unmittelbar und ausschließlich religiöse und gemeinnützige Zwecke im Sinne der Gemeinnützigkeitsverordnung vom 24.12.1953 (BGB, S.1592). Der Satzungszweck wird u.a. durch die Durchführung von Tagungen, die Beteiligung an Veranstaltungen, die Herausgabe der Bundeszeitschrift verwirklicht.

§ 3 Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft wird beim Bundessekretariat beantragt und durch Bestätigung des Vorstandes erworben.
- (2) Die Mitgliedschaft ist unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei oder einer Kirche oder Religionsgemeinschaft.
- (3) Der Mitgliedsbeitrag wird von der Mitgliederversammlung festgesetzt.
- (4) Mit der Mitgliedschaft verbunden ist das kostenlose Abonnement der Bundeszeitschrift.
- (5) Die Mitgliedschaft erlischt durch Austritt, Nichtzahlung des Beitrages trotz wiederholter Aufforderung oder durch Ausschluss.
- (6) Der Ausschluss erfolgt im Falle satzungswidrigen Verhaltens durch Beschluss der Mitgliederversammlung. Vor der Beschlussfassung muss dem Betroffenen Gelegenheit zur persönlichen Äußerung gegeben werden.

§ 4 Organe

Organe des Bundes sind

- die Mitgliederversammlung
- der Vorstand.

§ 5 Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung ist das oberste Bundesorgan. Sie wird vom Vorstand einberufen und tritt mindestens einmal im Jahr zusammen. Die Einladung erfolgt durch schriftliche Benachrichtigung der Mitglieder.

Die Einladung muss die vom Vorstand vorgeschlagene Tagesordnung enthalten und mindestens vier Wochen vor dem Zusammentritt erfolgen.

- (2) Auf Initiative von mindestens 10 v.H. der Mitglieder muss der Vorstand eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen.
- (3) Zu Beginn der Mitgliederversammlung werden nach Eröffnung durch ein Vorstandsmitglied eine Versammlungsleiterin oder ein Versammlungsleiter und eine Schriftführerin oder ein Schriftführer gewählt. Letztere/r fertigt ein Protokoll der Mitgliederversammlung an. Das Protokoll ist von der Versammlungsleiterin oder dem Versammlungsleiter und einem Mitglied des Vorstands zu unterzeichnen.
- (4) Die Mitgliederversammlung wählt die Mitglieder des Vorstands und die Rechnungsprüferin oder den Rechnungsprüfer für die Dauer von zwei Jahren.
- (5) Die Mitgliederversammlung fasst ihre Beschlüsse mit Ausnahme der Beschlüsse unter Absatz (6) mit einfacher Mehrheit. Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung binden den Vorstand.
- (6) Die Änderung der Satzung, der Leitsätze oder die Auflösung des Bundes können nur mit Dreiviertelmehrheit von der Mitgliederversammlung beschlossen werden.
Dies bezügliche Anträge müssen den Mitgliedern mindestens vier Wochen vor der Mitgliederversammlung zusammen mit der Einladung vorgelegt werden. Der Auflösung des Bundes müssen 3/4 der Mitglieder zustimmen.

§ 6 Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus 3–15 Perso-

nen, die die einzelnen Ressorts des Bundes zu verantworten haben. In jedem Fall zu besetzen ist das Ressort Verwaltung (Bundessekretärin/Bundessekretär) und Finanzen (Bundeskassenführerin/Bundeskassenführer).

Weitere Ressorts werden von der Mitgliederversammlung durch Beschluss gegründet und aufgelöst.

- (2) Der Vorstand leitet die Geschäfte des Bundes. Jeweils zwei Vorstandsmitglieder sind gemeinsam vertretungsbe-rechtigt.
- (3) Die Kassenführung ist jährlich durch die Rechnungsprüferin oder den Rechnungsprüfer zu prüfen.
- (4) Der Vorstand muss von der Mitgliederversammlung, höchstens jedoch einmal jährlich, Entlastung beantragen.

§ 7 Gruppen

(1) Mitglieder und Sympathisantinnen oder Sympathisanten des Bundes können sich zu Gruppen zusammenschließen.

(2) Mitglieder, die sich als Gruppe des Bundes betrachten, müssen dies dem Vorstand und der Mitgliederversammlung zum Ausdruck bringen. Die Gruppe muss in der Mitgliederversammlung über ihre Arbeit berichten. Die Mitgliederversammlung kann einer Gruppe den Status als Gruppe entziehen.

(3) Gruppen können auf der Grundlage der Leitsätze Stellungnahmen abgeben. Diese sind als Stellungnahme der jeweiligen Gruppe des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. zu kennzeichnen. Der Vorstand wird von der Gruppe über die jeweilige Stellungnahme umgehend unterrichtet.

§ 8 Gemeinnützigkeit

- (1) Der Bund ist selbstlos tätig. Er verfolgt

nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Einnahmen und Vermögen des Bundes dürfen nur für die Erfüllung der Aufgaben des Bundes Verwendung finden. Die Mitglieder haben keinen Anspruch auf Vermögensteilung und Erhalt der Anteile.

Auch sonstige Zuwendungen aus Bundesmitteln an Mitglieder sind ausgeschlossen. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Bundes fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

- (2) Die Funktionen des Bundes werden in der Regel ehrenamtlich ausgeübt.
- (3) Beschlüsse über Satzungsänderung und über die Auflösung des Bundes werden dem zuständigen Finanzamt angezeigt. Satzungsänderungen, die die in § 2(3) genannten gemeinnützigen Zwecke betreffen, bedürfen der Einwilligung des zuständigen Finanzamtes.
- (4) Bei Auflösung des Bundes oder bei Wegfall seines bisherigen Zwecks ist das Vermögen zu steuerbegünstigten Zwecken zu verwenden. Beschlüsse über seine zukünftige Verwendung dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamtes ausgeführt werden.

Stand: 2002

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen.

Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, auch mit Bildern. (Allerdings können wir dafür nicht haften.) Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für LeserInnenbriefe. Wer regelmäßig geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Artikel: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur in Ausnahmefällen Zeit für das Eingeben von Manuskripten. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden:

- **Texte** in einem der PC-/Mac-üblichen Formate (RTF, TXT oder DOC) auf CD, Diskette oder per E-Mail.
- **Bilder** bitte digital als JPG-, TIFF-, EPS- oder PDF-Format mit mindestens 300 dpi Auflösung. Keine (!) Internetbilder, da sie nicht den Anforderungen des Offsetdruckes entsprechen. Im Notfall als scanfähiges Foto per Post.

Adresse: brsd.nord@mailbox.org, Thomas Kegel, Oeltzenstr. 16, 30169 Hannover.

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die MitarbeiterInnen der Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

CuS. Christ und Sozialist. Christin und Sozialistin. Kreuz und Rose

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V./www.BRSD.de

Erscheint seit 1948 (vorher gab es bis zur Unterdrückung durch den Hitler-Faschismus: Das Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1924–1933, das Rote Blatt der Katholischen Sozialisten 1929–1930 und die Zeitschrift für Religion und Sozialismus 1929–1933).

„Er stürzt die Mächtigen vom Thron und erhöht die Niedrigen. Die Hungernden beschenkt er mit seinen Gaben und lässt die Reichen leer ausgehen.“ Lukas 1,52f

„Dieses Lied der Maria ist das leidenschaftlichste, wildeste, ja man möchte fast sagen revolutionärste Adventslied, das je gesungen wurde.“ Dietrich Bonhoeffer in einer Predigt 1933

Abonnements:

Bundessekretariat des BRSD
Andreas Herr
Effnerstr. 26
85049 Ingolstadt
Tel.: 08 41/9 00 42 65
E-Mail: brsd-sued@gmx.de

Bezugspreis (inkl. Versand):

Inland € 20,- pro Jahr · Ausland € 30,- pro Jahr
Föderabonnement € 25,- oder mehr. Bitte überweisen Sie den Betrag jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V.
KD-Bank · IBAN DE15 3506 0190 2119 4570 10
BIC GENODED1DKD
Kündigungen werden zum Jahresende wirksam